



Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

GI aktuell

Inhalt

Editorial	129
GI News	130
GI Leitsätze	131, 160
GI Entscheidungen	131
GI Literatur-Ecke	160

Versicherungsschutz

Gleichstellung von Sozios und Scheinsozios / Sozienklausel /
Veruntreuung durch Sozios
(BGH, Urt. v. 21.7.2011 – IV ZR 42/10)

Steuerberatungsvertrag

Sanierungsberatung / Gewerbliche Tätigkeit des Steuer-
beraters? / Wirtschaftsberatung / Faktischer Unternehmens-
lenker / Verbotene Rechtsberatung? / Tätigkeitsschwerpunkt /
Wegfall des Honoraranspruchs, Parteiverrat
(BGH, Urt. v. 12.5.2011 – III ZR 107/10)

Anwaltschaftung

Außergerichtliche Interessenwahrnehmung / Aufklärung
über Verjährungseintritt / Nichtherausgabe der Handakte,
Beweisvereitelung?
(Brandenburgisches OLG, Urt. v. 23.2.2010 – 11 U 177/07)

Anwalts-/Steuerberaterhaftung

Abgabe der Steuerbefreiungserklärung (StraBEG v. 3.2.2004) /
Unverzügliches Tätigwerden / Eröffnung eines Ermittlungs-
verfahrens / Verspätete Abgabe der Erklärung / Zahlungs-
fähigkeit des Mandanten
(OLG Braunschweig, Urt. v. 16.12.2009 – 3 U 200/08)

Versicherungsschutz

Vorvertragliche Obliegenheitsverletzung / Falsche Angaben
im Fragebogen / Anfechtung wegen arglistiger Täuschung /
Rückwärtsversicherung / Rückforderung gezahlter Anwalts-
honorare
(LG Düsseldorf, Urt. v. 11.8.2010 – 9 O 289/09)

Steuerberaterpflichten

Beihilfe zur Insolvenzverschleppung / Angaben in Rentabilitäts-
plänen / Berufspflichtverletzung, § 57 Abs. 1 StBerG / Bilanzielle
Verschuldung / Insolvenzantrag
(LG Stuttgart, Urt. v. 16.7.2010 – 14 StL 3/10)

145

150

158

138



Was auch kommt. Zählen Sie auf uns!



Immer eine runde Lösung.

Auch wenn es mal nicht ganz rund läuft, sind Sie bei uns in sicheren Händen. HDI-Gerling bietet Ihnen flexible Versicherungslösungen, die Ihre Sicherheit abrunden. Und das nicht nur für die Vermögensschaden-Haftpflicht, sondern auch auf dem Golfplatz.

HDI
GERLING

Versicherungen

www.hdi-gerling.de

Sie haben Fragen? Dann freuen wir uns auf Ihren Anruf:

HDI-Gerling
Vertrieb Firmen und Privat AG
Riethorst 2
30659 Hannover

 **0511-3031-126**

www.hdi-gerling.de

Besuchen Sie uns am
HDI-Gerling Stand beim
Deutschen Steuerberatertag
in Düsseldorf.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dr. Jürgen Gräfe
Rechtsanwalt



Die vorliegende GI befasst sich mit Entscheidungen, die zum Teil zu massiven wirtschaftlichen Problemen bei den Beratern geführt haben.

Es ist bekannt, dass der **angestellte Anwalt**, der gegenüber Mandanten auf Formularen und Kanzleischilddern als Sozios agiert, haftungsrechtlich „gefährlich lebt“. Wenn sein Arbeitgeber Fehler macht, wird auch er vom Mandanten auf Schadenersatz in Anspruch genommen. Das wird für ihn zu einer wirtschaftlichen Katastrophe, wenn der **Versicherer sich in diesem Fall auf einen Haftungsausschluss beruft**. Dieser hatte in der BGH-Entscheidung vom 21.7.2011 seine Leistung verweigert, weil der Schaden des Mandanten durch eine Veruntreuung der „echten“ Sozien verursacht wurde (§ 4 AVB-WSR). Er erstreckte diesen Haftungsausschluss auch auf den angestellten Scheinsozios (§ 12 AVB-WSR). Der BGH hat nun diese **Gleichstellung des Scheinsozios mit dem „echten“ Sozios durch den Versicherer** als rechtswirksam bestätigt. Das heißt: Der angestellte Anwalt/Scheinsozios muss bei Veruntreuungen/wissentlichen Pflichtverletzungen der Sozien/Kanzleiinhaber mit seinem Privatvermögen haften. Jeder angestellte Anwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, der Briefbögen und Kanzleischilder „ziert“, sollte deshalb bestrebt sein, seinen wahren Status in der Kanzlei offenzulegen, um so dem Rechtsschein vorzubeugen, er sei Sozios.

In einer weiteren Entscheidung vom 12.5.2011 setzt sich der BGH mit den **berufs- und zivilrechtlichen Grenzen einer Wirtschaftsberatung/Sanierungsberatung durch Steuerberater** auseinander. Gemäß § 57 StBerG ist dessen Wirtschaftsberatung zulässig. Die Tätigkeit wird unzulässig, wenn sie Risiken der Fremdverwertung von Geschäftsgeheimnissen in sich birgt oder wenn bei Übernahme weiterer Wirtschaftsberatungsmandate von Konkurrenzunternehmen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Steuerberaters gefährdet erscheint. Lesenswert sind auch die Ausführungen des BGH zur Einstufung einer Sanierungsberatung als erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung/Rechtsdienstleistung. Das Urteil befasst sich mit dem alten RBerG, ist aber in den angesprochenen Aspekten auch nach dem neuen RDG aktuell.

Im thematischen Zusammenhang steht das Urteil des LG Stuttgart, das sich mit den Berufspflichten des Steuerberaters im Fall der **Insolvenzreife des Mandanten** befasst. Es stellt die Pflicht zur **Belehrung über die Notwendigkeit der Insolvenzantragstellung** fest. Der Entscheidungssachverhalt spiegelt die Realität des Berateralltags wieder. Im konkreten Fall war der Steuerberater bereits wegen Beihilfe zur Insolvenzverschleppung zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Jürgen Gräfe

GI News

BFH: Vorstandstätigkeit für eine Bank ist mit dem Beruf des Steuerberaters nicht vereinbar

Mit Urteil vom 17.5.2011 – VII R 47/10 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass ein Mitglied des Vorstands einer Bank nicht als Steuerberater bestellt werden darf, weil die Vorstandstätigkeit mit dem Beruf des Steuerberaters nicht vereinbar sei.

In dem vom BFH entschiedenen Fall hatte ein ehemaliger Steuerberater, der inzwischen Mitglied des Vorstands einer Genossenschaftsbank geworden war, seine Wiederbestellung als Steuerberater beantragt, was die beklagte Steuerberaterkammer abgelehnt hatte. Auch die hiergegen beim Finanzgericht erhobene Klage wurde abgewiesen. Zu Recht, wie der BFH jetzt entschied.

Die Bestellung als Steuerberater sei zu versagen, solange der Bewerber eine Tätigkeit ausübe, die mit dem Beruf des Steuerberaters unvereinbar sei, was nach dem Steuerberatungsgesetz insbesondere für eine gewerbliche Tätigkeit gelte. Im Streitfall sei der Kläger gewerblich tätig, weil seine berufliche Tätigkeit als Vorstandsmitglied einer Genossenschaftsbank notwendig vom gewerblichen Charakter der Unternehmenstätigkeit der Bank geprägt werde. Die Voraussetzungen für eine nach dem Gesetz mögliche Ausnahme, falls durch die Tätigkeit eine Verletzung von Berufspflichten nicht zu erwarten ist, lägen im Streitfall nicht vor.

Vielmehr könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Kläger in einer Doppelfunktion als gewerblich tätiges Vorstandsmitglied und als Steuerberater insbesondere dann in einen Interessenskonflikt gerate, wenn ein Mandant Kunde der Genossenschaftsbank sei. Wegen der als gewerblich anzusehenden Vorstandstätigkeit des Klägers komme auch die nach dem Gesetz für sog. Syndikus-Steuerberater mögliche Ausnahme für den Kläger nicht in Betracht. (BFH, Urt. v. 17.5.2011 – VII R 47/10)

Pressemitteilung d. BFH v. 3.8.2011 ■

EuGH-Vorlage zum Reverse-Charge-Verfahren bei Bauleistungen

Mit Beschluss vom 30.6.2011 – V R 37/10 hat der Bundesfinanzhof dem Gerichtshof der Europäischen Union Zweifelsfragen zur Vereinbarkeit der Regelung zum sog. Reverse-Charge-Verfahren vorgelegt. Während im Regelfall der leistende Unternehmer die Umsatzsteuer abzuführen hat, schuldet für Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen, mit Ausnahme von Planungs- und Überwachungsleistungen, der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer, wenn er selbst ebenfalls solche Leistungen erbringt.

Die Regelung beruht auf der Ermächtigung des Rates vom 30.3.2004 (2004/290/EG) zum Reverse-Charge-Verfahren „bei der Erbringung von Bauleistungen an einen Steuerpflichtigen“. Unionsrechtliche Zweifel bestehen, ob diese Ermächtigung nur Baudienstleistungen (sonstige Leistungen), nicht dagegen (Werk-)Lieferungen betrifft. Denn nach der maßgeblichen Richtlinie (77/388/EWG) können die Mitgliedstaaten „als Lieferungen ... die Erbringung bestimmter Bauleistungen betrachten.“ Dies könnte darauf hindeuten, dass unter Bauleistungen nur (Bau-)Dienstleistungen zu verstehen sind.

Falls die Ermächtigung sich auch auf Lieferungen erstreckt, ist weiter zu klären, ob der Mitgliedstaat von der Ermächtigung abweichen und Untergruppen bilden kann. Denn während der Rat die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens erlaubt, wenn der Leistungsempfänger „Steuerpflichtiger“ (d.h. Unternehmer) ist, tritt nach dem deutschen Umsatzsteuergesetz die Umkehr der Steuerschuld nur ein, wenn der Leistungsempfänger ein Unternehmer ist, der selbst Bauleistungen erbringt. Dies war Anlass für das vorliegende Verfahren; denn die Finanzverwaltung geht insoweit davon aus, dass der Leistungsempfänger beim Bezug einer Bauleistung nur dann Steuerschuldner ist, wenn zumindest 10% seines „Weltumsatzes“ im Vorjahr aus derartigen Bauleistungen besteht. Ob die Klägerin die „10 %-Grenze“ überschritten hat, war Ausgangspunkt des Rechtsstreits.

Die Entscheidung hat nicht nur für die Vergangenheit Bedeutung. Die Ermächtigung wurde zwar mit Wirkung zum 1.1.2008 durch eine Regelung zur Umkehr der Steuerschuldnerschaft in der Richtlinie selbst ersetzt (inzwischen Art. 199 der Richtlinie 2006/112/EG). Auch diese Regelung verwendet den Begriff „Bauleistungen“ und nimmt ausdrücklich auf Art. 5 Satz 5 der Richtlinie 77/388/EWG (jetzt Art. 14 Abs. 3 der Richtlinie 2006/112/EG) Bezug, wonach die Mitgliedstaaten „die Erbringung bestimmter Bauleistungen“ als Lieferungen betrachten können. (BFH, Beschl. v. 30.6.2011 – V R 37/10)

Pressemitteilung d. BFH v. 3.8.2011 ■

Klarstellung des BFH: Kosten für berufliche Erstausbildung und Erststudium unmittelbar nach Schulschluss können in voller Höhe abziehbar sein

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteilen vom 28.7.2011 – VI R 38/10 und VI R 7/10 entschieden, dass das seit 2004 geltende Abzugsverbot für Kosten eines Erststudiums und einer Erstausbildung der Abziehbarkeit beruflich veranlasster Kosten für eine Erstausbildung oder für ein Erststudium auch dann nicht entgegensteht, wenn der Steuerpflichtige diese Berufsausbildung unmittelbar im Anschluss an seine Schulausbildung aufgenommen hatte.

In einem der vom BFH entschiedenen Fälle nahm der Kläger bei einer Tochtergesellschaft einer Fluglinie die Ausbildung zum Berufspiloten auf. Hierfür entstanden ihm Aufwendun-

gen von annähernd 28.000 EUR. In dieser Höhe beantragte er mit seiner Einkommensteuererklärung 2004 einen Verlustvortrag festzustellen. Er berief sich darauf, dass diese Ausbildungskosten vorweggenommene Werbungskosten für seine künftige nichtselbstständige Tätigkeit als Pilot seien. Im anderen Streitfall hatte die Klägerin ihre Schulausbildung 2004 mit dem Abitur abgeschlossen und anschließend das Medizinstudium aufgenommen. Auch sie machte ihre Aufwendungen für das Studium als vorweggenommene Werbungskosten geltend und beantragte ebenfalls eine entsprechende Verlustfeststellung.

Die Finanzämter lehnten die beantragten Verlustfeststellungen ab. Sie beriefen sich dazu auf die ab 2004 geltende Regelung des § 12 Nr. 5 des Einkommensteuergesetzes (EStG), die bestimme, dass Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine erstmalige Berufsausbildung und für ein Erststudium im Rahmen der Einkünfteermittlung nicht abziehbar sind, wenn die Aufwendungen nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses stattfinden. Dieser Auffassung folgten auch die Finanzgerichte.

Die dagegen eingelegten Revisionen der Kläger waren erfolgreich. Der BFH entschied, dass aus § 12 Nr. 5 EStG kein solches generelles Abzugsverbot folge. Denn § 12 Nr. 5 EStG regelte ausdrücklich, dass Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine erstmalige Berufsausbildung und für ein Erststudium bei den einzelnen Einkunftsarten und vom Gesamtbetrag der Einkünfte nur insoweit nicht abgezogen werden dürften, als in § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG nicht etwas anderes bestimmt sei. § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG bestimme jedoch etwas anderes. Denn danach greife der Grundsatz, dass Aufwendungen nur dann als Sonderausgaben abziehbar sind, wenn nicht der vorrangige Werbungskosten- und Betriebsausgabenabzug zur Anwendung kommt. In beiden Fällen seien aber die Kosten der Ausbildung hinreichend konkret durch die spätere Berufstätigkeit der Kläger veranlasst, so dass sie als vorweggenommene Werbungskosten berücksichtigt werden müssten.

(BFH, Urt. v. 28.7.2011 – VI R 38/10 und VI R 7/10)

Pressemitteilung d. BFH v. 17.8.2011 ■

Gl Leitsatz

Fristenverlängerungsantrag / Pauschale Begründung

Ein Prozessbevollmächtigter darf mit der Bewilligung einer erstmals beantragten Verlängerung der Berufsbegründungsfrist rechnen, wenn er zur Begründung des Verlängerungsantrags darauf verweist, eine ausreichende Rücksprache mit dem Mandanten und die notwendige Beschaffung von Unterlagen hätten innerhalb der Berufungsbegründungsfrist nicht erfolgen können. In der Regel reicht die pauschale Berufung auf einen dieser Gründe in der Antragschrift aus; eine weitere Substantiierung oder Glaubhaftmachung ist nicht erforderlich (BGH, Beschl. v. 16.3.2010 – VI ZB 46/09). ■

Versicherungsschutz

- Gleichstellung von Sozium und Scheinsozium
- Sozienklausel
- Veruntreuung durch Sozium

(BGH, Urt. v. 21.7.2011 – IV ZR 42/10)

Leitsatz:

Die Sozienklausel in § 12 I Nr. 1 i.V.m. § 12 III AVB-A ist wirksam und auf Scheinsozien anwendbar. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die Beklagte auf Versicherungsleistungen aus einem Berufshaftpflichtversicherungsvertrag in Anspruch.

Sie war von August 2000 bis Juli 2005 als angestellte Rechtsanwältin in einer Sozietät tätig, trat nach außen auf dem Briefpapier und in Anzeigen aber als Gesellschafterin auf. Sie wurde von einem ehemaligen Mandanten der Sozietät auf Schadenersatz in Höhe von 111.044,11 EUR wegen Veruntreuung von Geldern durch die beiden Sozien in Anspruch genommen. Der Rechtsstreit endete mit einem Vergleich, in dem sich die Klägerin verpflichtete, 55.000 EUR Schadenersatz zu zahlen, von denen sie bisher 4.400 EUR erbracht hat.

Dem Versicherungsvertrag mit der Rechtsvorgängerin der Beklagten liegen die Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Rechtsanwälten und Patentanwälten – AVB-A – zugrunde.

Diese lauten auszugsweise:

„§ 4 Ausschlüsse

Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf Haftpflichtansprüche ...

3. wegen Schäden durch Veruntreuung durch Personal, Sozien oder Angehörige des Versicherungsnehmers; ...

5. wegen Schadenverursachung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung. Der Versicherungsnehmer behält, wenn dieser Ausschlussgrund nicht in seiner Person und auch nicht in der Person eines Soziums vorliegt – unbeschadet der Bestimmungen des § 7 IV 2 – den Anspruch auf Versicherungsschutz.

§ 12 Sozien

I. 1. Als Sozien gelten Berufsangehörige, die ihren Beruf nach außen hin gemeinschaftlich ausüben, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch Gesellschaftsvertrag oder einen anderen Vertrag verbunden sind.

III. Ein Ausschlussgrund nach § 4, der in der Person eines Soziums vorliegt, geht zulasten aller Sozien.“

Das Landgericht hat der Klage auf Zahlung von 4.400 EUR und Feststellung von Deckungsschutz stattgegeben; das Oberlandesgericht hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Dagegen wendet sich die Beklagte mit der Revision. Die Revision hat Erfolg. ■

Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht ist der Ansicht, dass der in den Versicherungsbedingungen der Beklagten vorgesehene Ausschluss des Versicherungsschutzes wegen Schäden aus Veruntreuungen durch Sozien nicht eingreife. Denn die Klauseln in § 12 I Nr. 1 AVB-A, wonach auch Berufsangehörige, die nach außen als (Schein-)Gesellschafter auftreten, als Sozien gelten, und in § 12 III AVB-A, der zufolge ein Ausschlussgrund nach § 4 AVB-A in der Person eines Sozius zulasten aller Sozien wirke, seien nicht Vertragsbestandteil geworden und unwirksam. § 12 I Nr. 1 AVB-A sei als überraschende Klausel (§ 305c Abs. 1 BGB) „unwirksam“, weil sie im Text geradezu versteckt sei. Hilfsweise ergebe sich die Unwirksamkeit von § 12 I Nr. 1 i.V.m. § 12 III AVB-A daraus, dass die Klauseln inhaltlich unangemessen seien, weil sie mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen werde, nicht zu vereinbaren seien und auch wesentliche Rechte und Pflichten einschränkten, die sich aus der Natur des Vertrages ergäben. Der Vertragszweck sei gefährdet, weil der Risikoausschluss durch Erstreckung auf Scheinsozien über das nach § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO zulässige Maß hinaus ausgeweitet werde, so dass der gesetzlich vorgeschriebene Versicherungsschutz nicht mehr im vollen Umfang gewährleistet sei (§ 307 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BGB).

II. Das hält rechtlicher Nachprüfung nicht stand.

Die Ansicht des Berufungsgerichts, § 12 I Nr. 1 und § 12 III AVB-A seien nach § 305c Abs. 1 BGB als überraschende Klauseln wegen der Gleichstellung von Scheinsozien mit Sozien unter der Überschrift „Sozien“ nicht Vertragsbestandteil geworden, Hilfsweise seien sie nach § 307 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BGB unwirksam, ist rechtsfehlerhaft.

1. Die Anwendung der Klauseln scheitert entgegen der Auffassung der Revision nicht bereits daran, dass die Klägerin und ihre Kollegen jeweils **eigenständige Versicherungsverträge** mit der Beklagten abgeschlossen haben.

Vielmehr setzt die Sozienklausel nach ihrem dem Versicherungsnehmer erkennbaren Regelungszusammenhang den Abschluss eigenständiger Versicherungsverträge gerade voraus. **Sie erfasst solche Deckungskonzepte, bei denen mehrere Berufsträger, die ihren Beruf gemeinschaftlich ausüben, separat versichert sind.** Hingegen hat die Sozienklausel keine Bedeutung, wenn die Sozietät selbst Versicherungsnehmerin ist. Wenn eine Sozietät für sich eine Berufshaftpflichtversicherung abschließt, sind die in ihr tätigen Berufsträger in diese einbezogen (vgl. *Diller, Die Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte*, § 12 Rdnr. 4). Demgemäß werden Umstände, die aufgrund des Verhaltens eines Sozietätsmitglieds einen Haftungsausschluss begründen, der Sozietät zugerechnet, ohne dass es eines Rückgriffs auf § 12 III AVB-A bedürfte.

2. Der in § 12 I Nr. 1 i.V.m. § 12 III AVB-A festgelegte Leistungsausschluss für Scheinsozien hält einer **Bedingungskontrolle** stand. Die Klauseln sind Vertragsbestandteil geworden und wirksam.

a) Versicherungsbedingungen sind nach ständiger Rechtsprechung so auszulegen, wie ein durchschnittlicher Versicherungsnehmer sie bei verständiger Würdigung, aufmerksamer Durchsicht und Berücksichtigung des erkennbaren Sinnzusammenhangs verstehen kann (*Senatsurt. v. 17.12.2008 – IV ZR 9/08, VersR 2009, 341 Rdnr. 16 m.w.N.*; v. 23.6.1993 – IV ZR 135/92, BGHZ 123, 83, 85). Dabei kommt es auf die Verständnismöglichkeiten eines Versicherungsnehmers ohne versicherungsrechtliche Spezialkenntnisse und damit auch auf seine Interessen an, die u.a. dahin gehen, Risikoausschlussklauseln eng und nicht weiter auszulegen, als es ihr Sinn unter Beachtung ihres wirtschaftlichen Zwecks und der gewählten Ausdrucksweise erfordert (vgl. *Senatsurt. v. 17.12.2008, a.a.O., Rdnr. 17 m.w.N.*).

b) Das bedeutet hier:

In § 1 AVB-A verspricht die Beklagte Versicherungsschutz für den Fall, dass der Versicherungsnehmer wegen eines bei der Ausübung beruflicher Tätigkeit – von ihm selbst oder einer Person, für die er einzutreten hat – begangenen Verstoßes von einem anderen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird. Bei Durchsicht des in § 4 AVB-A enthaltenen Katalogs der „**Ausschlüsse**“ erfährt der Versicherungsnehmer jedoch, dass sich die allgemeine Leistungszusage nicht auf die dort näher umschriebenen Haftpflichtansprüche bezieht und insbesondere Schäden durch **Veruntreuung durch Personal, Sozien oder Angehörige des Versicherungsnehmers** ausnehmen soll. Bei weiterer Kenntnisnahme der Klauseln wird der Versicherungsnehmer unter § 12 AVB-A („**Sozien**“) in I Nr. 1 feststellen, dass als Sozien die Berufsangehörigen gelten, die ihren Beruf nach außen hin gemeinschaftlich ausüben, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch Gesellschaftsvertrag oder einen anderen Vertrag verbunden sind.

Bereits dadurch ist verdeutlicht, dass die Ausschlussgründe in § 4 AVB-A auf alle Sozien – und zwar **auch auf Scheinsozien** – Anwendung finden sollen. § 12 III AVB-A hebt nur nochmals hervor, dass ein Ausschlussgrund, der in der Person eines Sozius vorliegt, nach § 4 AVB-A zulasten aller Sozien, wie sie in § 12 I Nr. 1 AVB-A bestimmt werden, geht.

3. In dieser Auslegung, die Scheinsozien in den Anwendungsbereich einbezieht, handelt es sich bei § 12 I Nr. 1 i.V.m. III AVB-A **nicht um eine überraschende Klausel i.S.v. § 305c Abs. 1 BGB.**

a) Überraschend ist eine Klausel nur, wenn sie eine Regelung enthält, die von den Erwartungen des typischerweise damit konfrontierten Versicherungsnehmers – hier eines Rechts- oder Patentanwalts – in einer Art und Weise deutlich abweicht, mit der er nach den Umständen vernünftigerweise nicht zu rechnen braucht (*st. Rspr.*; *Senatsurt. v. 30.9.2009 –*

IV ZR 47/09, VersR 2009, 1622 Rdnr. 13). Es muss sich um eine objektiv ungewöhnliche Klausel handeln, was nach den Gesamtumständen zu beurteilen ist. Als zweite Voraussetzung muss hinzukommen, dass der andere Teil mit der Klausel „nicht zu rechnen braucht“. Dies kann auch dann der Fall sein, wenn sie im Vertragstext falsch eingeordnet und dadurch geradezu „versteckt“ wird. Dabei kommt es allerdings nicht darauf an, an welcher Stelle sich die Klausel im Bedingungswerk befindet (BGH, Urt. v. 21.7.2010 – XII ZR 189/08, NJW 2010, 3152 Rdnr. 27).

b) **Danach ist § 12 I Nr. 1 i.V.m. III AVB-A angesichts seines gegenüber § 4 Nr. 3 AVB-A lediglich klarstellenden Inhalts nicht überraschend.** Von einem Rechtsanwalt ist zu erwarten, dass er die Ausschlussstatbestände des § 4 AVB-A zur Kenntnis nimmt und sodann den nachfolgenden Klauseln hinreichende Beachtung schenkt. Das gilt auch für die ausdrücklich mit „Sozien“ überschriebene Klausel in § 12 AVB-A. Für einen Rechtsanwalt, der – wie die Klägerin – im Innenverhältnis als Angestellter tätig ist, im Außenverhältnis aber als Sozien auftritt, besteht sogar besondere Veranlassung, auch die „Sozien“ betreffenden Regelungen aufmerksam daraufhin durchzusehen, ob und in welchem Umfang sie für ihn Geltung haben sollen.

4. Der Leistungsausschluss für Scheinsozien ist weder mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, unvereinbar, noch schränkt er wesentliche Rechte und Pflichten ein, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben (§ 307 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BGB).

a) **Die Klauseln weichen nicht vom gesetzlichen Leitbild des § 152 VVG a.F. ab.**

aa) Nach § 149 VVG a.F. ist der Versicherer verpflichtet, dem Versicherungsnehmer die Leistung zu ersetzen, die dieser aufgrund seiner Verantwortlichkeit für eine während der Versicherungszeit eintretende Tatsache an einen Dritten zu bewirken hat. Dieser Grundsatz wird nachfolgend eingeschränkt, um zu verhindern, dass das Bestehen von Versicherungsschutz die Herbeiführung von Schäden begünstigt. Nach § 152 VVG a.F., der einen subjektiven Risikoausschluss enthält, besteht bei vorsätzlich widerrechtlicher Herbeiführung des Versicherungsfalles durch den Versicherungsnehmer keine Leistungspflicht des Versicherers. **Im Ausgangspunkt gefährdet der Versicherungsnehmer also (nur) bei eigenem vorsätzlichem Handeln seinen Versicherungsschutz.**

Allerdings **darf der Versicherer** von der Vorschrift durch Vereinbarung auch zum Nachteil des Versicherungsnehmers abweichen (vgl. *Senatsurt. v. 21.4.1993 – IV ZR 33/92, VersR 1993, 830 unter I. 3. b)*), wenn ihm dies auch nicht erlaubt, § 152 VVG a.F. schrankenlos durch die Gestaltung seiner AVB auszudehnen (vgl. *Senatsurt. v. 21.4.1993, a.a.O.*). Das ist indes durch die Sozienklausel nicht geschehen. Vielmehr hat der Gesetzgeber das Leitbild des § 152 VVG a.F. insoweit ergänzt, als **§ 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO** es ausdrücklich gestattet, dass der Berufshaftpflichtversicherer für Rechtsanwälte die Haftung für Ersatzansprüche wegen Veruntreuung durch Personal, Angehörige oder Sozien ausschließt.

bb) Die Möglichkeit zur Risikobegrenzung ist in § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO deshalb vorgesehen, um das **Risiko für den Versicherer kalkulierbar zu halten**. Der Versicherer soll nicht für Schäden aus vorsätzlichen Straftaten Deckung gewähren müssen, die in einer Sozietät begangen werden, was aber der Fall wäre, wenn er für einen mithaftenden Sozien eintreten müsste (vgl. *Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO 7. Aufl., § 51 Rdnr. 22; Zuehör/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft 2. Aufl., Rdnr. 2122*).

Der Gesetzgeber hat damit den Weg für eine Zurechnungsregelung eröffnet, nach der Versicherungsschutz aus der Berufshaftpflichtversicherung nicht gewährt werden muss, wenn der Versicherungsnehmer im Außenverhältnis deshalb haftet, weil einer seiner Sozien eine Veruntreuung begangen hat. Es ist nichts dafür ersichtlich, dass dem Gesetzgeber nicht bewusst gewesen wäre, dass dabei kein eigenes Verschulden des Versicherungsnehmers gegeben ist. Er hat vielmehr durch die Regelung in § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO dem dargestellten Interesse des Versicherers den Vorzug vor dem Interesse des Versicherungsnehmers an lückenlosem Versicherungsschutz gegeben.

Vor diesem Hintergrund ist eine **Gleichstellung der Scheinsozien mit den Sozien nicht zu beanstanden**, auch wenn sie vom Wortlaut des § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO unmittelbar nicht erfasst werden. Das vom Gesetzgeber als schützenswert anerkannte Interesse besteht überall dort, wo das Fehlverhalten eines Anwalts die Schadenersatzpflicht eines zweiten Anwalts nach sich zieht. Das trifft auch auf den angestellten Rechtsanwalt zu, der nach außen wie ein Sozien ausgewiesen wird und wie ein solcher auftritt.

cc) **Sozien und Scheinsozien** haften für Sozietätsverbindlichkeiten analog **§ 128 HGB**.

Das gemeinschaftliche Auftreten nach außen verpflichtet auch bei Fehlen einer gesellschaftsrechtlichen Verbundenheit alle gesamtschuldnerisch als Haftungsschuldner gegenüber dem Mandanten. Der Mandatsvertrag kommt nach Rechtsscheingrundsätzen mit allen Sozien und Scheinsozien zustande. **Der angestellte Anwalt, der nach außen wie ein Sozien agiert, gilt haftungsrechtlich als Sozien** (vgl. *BGH, Urt. v. 3.5.2007 – IX ZR 218/05, BGHZ 172, 169, 174; v. 24.1.1991 – IX ZR 121/90, NJW 1991, 1225 unter II. 1.; für einzelne Mitglieder: BGH, Urt. v. 8.7.1999 – IX ZR 338/97, NJW 1999, 3040 unter I. 2.; so auch die überwiegende Ansicht in der Literatur: Diller, a.a.O., § 1 Rdnr. 107; Terbille in: *Rinsche/Fahrendorf/Terbille, Die Haftung des Rechtsanwalts 7. Aufl., Rdnr. 1965; Stobbe in: Henssler/Prütting, BRAO 3. Aufl., § 51 Rdnr. 136, 146; Grunewald, Festschrift für Peter Ulmer 2003, 141, 142 ff; K. Schmidt, NJW 2005, 2801, 2809; Peres/Depping, DStR 2006, 2261, 2262 ff; Lux, NJW 2008, 2309, 2311*).*

Die Gleichstellung beider schützt den Mandanten, der in der Regel nicht ohne Weiteres erkennen kann, ob ein Anwalt die Stellung eines Sozien oder Scheinsozien innehat. **Die Haftung des Scheinsozien beruht auf dem Rechtsschein, den er gesetzt hat und der ihm zugerechnet wird.**

b) Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts **gefährdet der Ausschluss der Haftung nicht den Vertragszweck.**

aa) Eine Leistungsbegrenzung bedeutet für sich genommen noch keine Vertragsgefährdung, sondern bleibt zunächst grundsätzlich der freien unternehmerischen Entscheidung des Versicherers überlassen, soweit er nicht mit der Beschreibung der Hauptleistung beim Versicherungsnehmer falsche Vorstellungen weckt (*Senatsurt. v. 19.5.2004 – IV ZR 29/03, VersR 2004, 1035 unter II. 3. b) aa*; v. 24.3.1999 – IV ZR 90/98, BGHZ 141, 137, 143). Eine Gefährdung liegt erst dann vor, wenn die Einschränkung den Vertrag seinem Gegenstand nach aushöhlt und in Bezug auf das zu versichernde Risiko zwecklos macht (*Senatsurt. v. 11.2.2009 – IV ZR 28/08, VersR 2009, 533 Rdnr. 19 m.w.N.*).

bb) Dies ist hier nicht anzunehmen. **Der Ausschluss der Haftung dient dem legitimen Ziel des Versicherers, ihn und damit auch die Gemeinschaft der Versicherten vor unkalkulierbaren finanziellen Belastungen zu schützen.** Dieser Gefahr hat – wie ausgeführt – der Gesetzgeber mit § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO Rechnung getragen. Die Versicherungsnehmer werden dadurch nicht unangemessen benachteiligt. Die Verpflichtung, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus der anwaltlichen Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden abzuschließen und während der Dauer der Zulassung lückenlos aufrechtzuerhalten, dient vorrangig dem Schutz des rechtsuchenden Publikums (*BT-Drucks. 12/4993, 31 zu Nr. 22; Stobbe, a.a.O., § 51 Rdnr. 10*).

Die Berufshaftpflichtversicherung will zwar auch den Rechtsanwalt vor dem Risiko schützen, im Haftungsfall eigenes Vermögen einzubüßen oder bei sein Vermögen übersteigenden Schäden seine wirtschaftliche Existenz zu verlieren. Um aber sicherzustellen, dass jeder Rechtsanwalt im Haftungsfall erfolgreich in Anspruch genommen werden kann, wird die Pflicht zum Abschluss und zur weiteren Aufrechterhaltung der Berufshaftpflichtversicherung gesetzlich vorgeschrieben; **der Gesetzesbegründung ist dazu zu entnehmen, dass zur Existenzsicherung des Anwalts ein Versicherungsgebot, wie jetzt in § 51 Abs. 3 Nr. 5 BRAO vorgesehen, als ausreichend angesehen wurde** (*BT-Drucks. 12/4993, a.a.O.; Stobbe, a.a.O.*). **Angestellte Anwälte und freie Mitarbeiter können zudem einem Rechtsschein vorbeugen, indem sie ihren wahren Status auf Kanzleischilddern und Formularen deutlich machen.**

cc) Schließlich lässt sich eine Gefährdung des Vertragszwecks entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts auch nicht aus § 158b Abs. 2 VVG a.F. herleiten. § 152 VVG a.F. ist – wie ausgeführt – abdingbar. Dass § 51 BRAO eine Versicherungspflicht für den Anwalt begründet und der Versicherer dem Versicherungsnehmer den Bestand dieser Versicherung bescheinigen muss, ändert nichts daran, dass § 51 Abs. 3 BRAO Haftungsausschlüsse zulässt. (...) ■

Steuerberatungsvertrag

- Sanierungsberatung
- Gewerbliche Tätigkeit des Steuerberaters?
- Wirtschaftsberatung
- Faktischer Unternehmenslenker
- Verbotene Rechtsberatung?
- Tätigkeitsschwerpunkt
- Wegfall des Honoraranspruchs, Parteiverrat (*BGH, Urt. v. 12.5.2011 – III ZR 107/10*)

Leitsätze:

1. Zur Nichtigkeit eines zwischen einem Steuerberater und seinem Mandanten geschlossenen „Beratungsvertrags Sanierung“.
2. Zur Verwirkung des Vergütungsanspruchs für erbrachte Beratungsleistungen unter dem Gesichtspunkt der schwerwiegenden (Treue-)Pflichtverletzung. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagte auf Zahlung von Beraterhonorar für die Monate Januar bis Juni 2007 in Höhe von insgesamt 110.075 EUR in Anspruch.

Der Kläger war Steuerberater der Beklagten. Am 22.12.2004 schlossen die Parteien, nachdem die Beklagte in eine wirtschaftliche Krise geraten war, einen „Beratungsvertrag Sanierung“. Hiernach übernahm der Kläger mit Wirkung ab dem 1.12.2004 (§ 4 Nr. 1) die Aufgabe, „das Unternehmen zu sanieren und zu reorganisieren“ (§ 1 Nr. 1). Er war gegenüber den Geschäftsführern der Beklagten nicht an Weisungen gebunden (§ 2 Nr. 4) und seinerseits berechtigt, den Geschäftsführern „zu Sanierungszwecken“ im Einzelfall Weisungen zu geben (§ 2 Nr. 5). Zur Durchsetzung von Sanierungsmaßnahmen und zur rechtlichen Vertretung der Gesellschaft nach außen zu Sanierungszwecken gegenüber Angestellten und Dritten erteilte die Beklagte dem Kläger eine (umfassende) Handlungsvollmacht (§ 3 Nr. 1). Als Vergütung des Klägers wurde ein Tagessatz von 1.600 EUR zzgl. Umsatzsteuer vereinbart (§ 6 Nr. 1 Satz 1).

Mit Vertrag vom 19.10.2006 kaufte der Kläger von den Gesellschaftern E.-M. M., B. R.-S. und T.F. Geschäftsanteile an der Komplementärin der Beklagten sowie Kommanditanteile an der Beklagten. Hierfür hatte er neben der Übernahme von Verlustvorträgen der Verkäufer und der Pflicht zur Zahlung von Haftkapital auf die erworbenen (Teil-)Kommanditanteile einen (Bar-)Kaufpreis von 50.000 EUR zu entrichten. Den (Bar-)Kaufpreis von 50.000 EUR sowie die mit dem Anteilserwerb verbundenen Anwalts- und Notarkosten in Höhe von insgesamt 3.905,08 EUR zahlte der Kläger in den Monaten Oktober bis Dezember 2006 aus Mitteln der Beklagten. Diese Entnahmen wurden auf Anweisung des Beklagten zunächst als durchlaufende Posten gebucht. Anfang 2007 erfolgte die Umbuchung der Zahlungen als Entnahmen auf einem neu eingerichteten Gesellschafterkonto (Kapitalkonto 11).

Mit Schreiben vom 23.1.2007 (fälschlich datiert auf den 23.1.„2006“) widerrief die Beklagte die dem Kläger erteilte Handlungsvollmacht „mit sofortiger Wirkung“ und erklärte die fristlose Kündigung des „Beratungsvertrags Sanierung“. Zur Begründung führte sie u.a. aus, dass der Kläger die Mittel für den Erwerb der Gesellschaftsanteile unberechtigt aus dem Vermögen der Beklagten entnommen und ihrer Liquidität hierdurch in erheblichem Umfang Schaden zugefügt habe.

Die Beklagte hat eingewandt, der Beratungsvertrag sei gemäß § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG i.V.m. § 134 BGB nichtig und – jedenfalls – wirksam fristlos gekündigt worden, da der Kläger mit der unbefugten Entnahme der Mittel für den Erwerb der Gesellschaftsanteile eine vorsätzliche Untreue begangen habe. Dem ist der Kläger entgegengetreten.

Das Landgericht hat den Beratungsvertrag wegen Verstoßes gegen § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG gemäß § 134 BGB als nichtig angesehen und die Klage insgesamt abgewiesen. Das Oberlandesgericht hat dem Kläger für Beratungsleistungen in der Zeit vom 1. bis 23.1.2007 eine Vergütung von 11.424 EUR (zzgl. Zinsen) zugesprochen und die weitergehende Berufung des Klägers zurückgewiesen. Mit ihrer vom Berufungsgericht zugelassenen Revision erstrebt die Beklagte die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils. Demgegenüber verfolgt der Kläger im Wege der Anschlussrevision seine Klageforderung in vollem Umfang weiter.

Die Revision der Beklagten und die Anschlussrevision des Klägers haben keinen Erfolg. Zu Recht hat das Berufungsgericht die Honorarforderung des Klägers – nur – hinsichtlich eines Anteils in Höhe von 11.424 EUR (Beratungsleistungen in der Zeit vom 1. bis 23.1.2007) für begründet erachtet. ■

Aus den Gründen:

I. Das Oberlandesgericht hat zur Begründung seiner Entscheidung im Wesentlichen ausgeführt:

Der Beratungsvertrag sei nicht gemäß § 134 BGB unwirksam. Bei § 57 Abs. 4 StBerG handele es sich um ein einseitiges Verbotsgesetz, welches sich lediglich an einen der Vertragspartner wende. In solchen Fällen sei das verbotswidrige Rechtsgeschäft in der Regel gültig, wobei es jedoch entscheidend auf den Sinn und Zweck der Verbotsnorm ankomme. Ob die Beratungstätigkeit des Klägers die Merkmale einer gewerblichen Tätigkeit i.S.v. § 57 Abs. 4 StBerG erfülle, könne offenbleiben. Denn für den vorliegenden Fall forderten Sinn und Zweck des Verbotsgesetzes keine Nichtigkeit des Beratungsvertrages.

Das Risiko einer Fremdverwertung von Geschäftsgeheimnissen sei hier nicht gegeben. Dem Interesse an der Hebung des Berufs des Steuerberaters widerspreche die Tätigkeit als beratender Sanierer des Mandanten nicht. Für einen Verstoß gegen § 41 BOSTB gelte Entsprechendes. Allerdings habe die Beklagte den Beratungsvertrag am 23.1.2007 gemäß § 626 Abs. 1 BGB wirksam fristlos gekündigt. Durch die Entnahme der Mittel für den Erwerb der Gesellschaftsanteile aus dem Vermögen der Beklagten habe der Kläger eine Untreue i.S.v.

§ 266 StGB begangen und hiermit einen wichtigen Grund zur außerordentlichen Kündigung gesetzt. Auf Basis eines Tagessatzes von 1.600 EUR zzgl. Umsatzsteuer ergebe sich für sechs Arbeitstage (zwei Tage pro Woche) in der Zeit vom 1. bis 23. Januar 2007 ein Honorar von insgesamt 11.424 EUR.

II. Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung im Ergebnis stand.

A. Revision der Beklagten

1. Ohne Rechtsfehler hat das Berufungsgericht die Nichtigkeit des Beratungsvertrages wegen Gesetzesverstoßes (§ 134 BGB) verneint. Hiergegen wendet sich die Revision ohne Erfolg.

a) Eine Nichtigkeit ergibt sich nicht aus einem Verstoß gegen § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG, wonach eine gewerbliche Tätigkeit als mit dem Beruf des Steuerberaters unvereinbar gilt.

aa) Bei § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG handelt es sich um ein **Verbotsgesetz i.S.v. § 134 BGB**, das sich allerdings **ausschließlich gegen den Steuerberater und nicht auch gegen dessen Vertragspartner richtet** (BGH, Urt. v. 23.10.1980 – IVa ZR 28/80, BGHZ 78, 263, 264 f.; s. auch BGH, Versäumnisurt. v. 21.3.1996 – IX ZR 240/95, BGHZ 132, 229, 233 f.; OLG Hamm, NJW 1997, 666, 667; Maxl in: Kuhls u.a., StBerG 2. Aufl., § 57 Rdnr. 28; ähnlich Gehre/Koslowski, StBerG, 6. Aufl., § 57 Rdnr. 4).

Betrifft das gesetzliche Verbot nur einen Vertragspartner, so hat dies im Regelfall nicht die Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts zur Folge; anderes gilt aber, wenn es mit dem Sinn und Zweck des Verbotsgesetzes nicht vereinbar wäre, die durch das Rechtsgeschäft getroffene rechtliche Regelung hinzunehmen und bestehen zu lassen, und hieraus die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gefolgert werden muss (Senatsurt. v. 22.5.1978 – III ZR 153/76, BGHZ 71, 358, 360 f.; BGH, Urt. v. 25.6.1962 – VII ZR 120/61, BGHZ 37, 258, 262; v. 1.6.1966 – VIII ZR 65/64, BGHZ 46, 24, 26; v. 23.4.1968 – VI ZR 217/65, NJW 1968, 2286; v. 12.1.1970 – VII ZR 48/68, BGHZ 53, 152, 157; v. 10.12.1975 – VIII ZR 306/74, BGHZ 65, 368, 370; v. 23.10.1980, a.a.O., 265 sowie Versäumnisurt. v. 21.3.1996, a.a.O., 231 f.).

Die Verbotsnorm des § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG dient dem Bestreben, den Beruf des Steuerberaters, der **als unabhängiges Organ der Steuerrechtspflege** (§ 2 Abs. 1 BOSTB) **einen freien Beruf und kein Gewerbe** ausübt (§ 32 Abs. 2 StBerG), zu heben. Das Berufsbild des Steuerberaters ist ausgerichtet auf den **Vorrang der persönlichen berufsspezifischen Leistung vor den wirtschaftlichen Aspekten der Tätigkeit**. Es soll verhindert werden, dass der Steuerberater dem für eine Gewerbetätigkeit kennzeichnenden Gewinnstreben auch im Rahmen der Steuerberatung Raum gibt und seine Mandanten deshalb nicht mehr mit der **erforderlichen Unabhängigkeit** und **Unvoreingenommenheit**, also nicht mehr sachgerecht, berät oder jedenfalls in einen solchen Verdacht gerät (s. BGH, Urt. v. 23.10.1980, a.a.O., 266; v. 4.3.1996 –

StbSt(R) 4/95, BGHSt 42, 55, 57, 64; v. 25.2.2003 – StbSt(R) 2/02, NJW 2003, 1540; OLG Hamm, a.a.O.; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 396, 398, 412). Zudem geht es darum, der **Gefahr möglicher Interessenkollisionen** zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern zu begegnen (s. § 6 Abs. 1 BOSTB) und hierbei insbesondere auch der Gefahr, dass der Steuerberater die im Rahmen der Steuerberatung gewonnenen Kenntnisse im eigenen Gewerbe verwertet und seinem Mandanten Konkurrenz macht (BGH, Urt. v. 23.10.1980, a.a.O.; v. 4.3.1996, a.a.O., S. 59, 61; OLG Hamm, a.a.O.; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 396, 412, 422, 424; Gehre/Koslowski, a.a.O., § 57 Rdnr. 89).

Sinn und Zweck der Verbotsnorm, die insbesondere auch dem Schutz des Vertragspartners dient, gebieten es allerdings nicht, jegliche gewerbliche Tätigkeit eines Steuerberaters zu unterbinden, zumal wenn ausreichende berufsrechtliche Maßnahmen zu Gebot stehen. So hat es der Bundesgerichtshof nicht für erforderlich gehalten, einzelnen **Maklerverträgen**, die ein zugleich als gewerbsmäßiger Makler tätiger Steuerberater abgeschlossen hat, die zivilrechtliche Wirksamkeit zu versagen (BGH, Urt. v. 23.10.1980, a.a.O.). Auch sah der erkennende Senat keinen Anlass, das in einem Einzelfall von einem Steuerberater einem Mandanten gewährte und **„bankmäßig abgerechnete“ Darlehen** dem Verbot der gewerblichen Tätigkeit zu unterwerfen (Urt. v. 10.7.1986 – III ZR 77/85, NJW-RR 1986, 1495, 1496; s. allgemein hierzu Gehre/Koslowski, a.a.O., § 57 Rdnr. 4; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 28). Anders kann es freilich liegen, wenn der betroffene Vertrag seinem Inhalt nach gerade auf die (institutionelle) Verwirklichung eines gesetzeswidrigen Tatbestands gerichtet ist (s. OLG Hamm, a.a.O., für einen Verschmelzungsvertrag zwischen einer Steuerberatungs-GmbH und einer ein Handelsgewerbe betreibenden GmbH).

bb) Nach diesen Maßgaben erweist sich der „Beratungsvertrag Sanierung“ nicht als unwirksam.

(1) Dabei kann es offenbleiben, ob es sich bei der in dem Beratungsvertrag vereinbarten Tätigkeit des Klägers um eine **gewerbliche Tätigkeit** i.S.v. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG handelt.

a) In Anlehnung an die steuer- und gewerberechtliche Definition hat die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die nicht vereinbare (vom Berufsbild des freien Berufs nicht mehr erfasste) gewerbliche Tätigkeit i.S.v. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG als selbstständiges, **gleichmäßig fortgesetztes und maßgebend von erwerbswirtschaftlichem Streben nach Gewinn bestimmtes Handeln gekennzeichnet** (BGH, Urt. v. 23.10.1980, a.a.O., 264; v. 4.3.1996, a.a.O., 60; v. 25.2.2003, a.a.O.; Gehre/Koslowski, a.a.O., § 57 Rdnr. 90). Hierunter fällt etwa die Tätigkeit als persönlich haftender Gesellschafter oder Geschäftsführer eines gewerblich tätigen Unternehmens (s. § 41 Abs. 2 AOStB, Senatsurt. v. 10.7.1986, a.a.O.; BGH, Urt. v. 4.3.1996, a.a.O.; OLG Hamm, a.a.O.; Gehre/Koslowski, a.a.O.; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 421, 425). Demgegenüber ist die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erfolgende **Wirtschaftsberatung** mit dem Beruf eines Steuerberaters vereinbar (§ 57 Abs. 3 Nr. 3 StBerG).

Die berufliche Tätigkeit als Steuerberater umfasst auch die Wirtschaftsberatung, insbesondere auf dem Gebiet der betriebswirtschaftlichen Beratung; diese gehört inzwischen zum Berufsbild des Steuerberaters (s. BGH, Urt. v. 7.12.1989 – I ZR 3/88, NJW-RR 1990, 479; Gehre/Koslowski, a.a.O., § 57 Rdnr. 106; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 376 f.). Die Wirtschaftsberatung darf jedoch nicht im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit erfolgen oder in eine solche „umschlagen“ (BGH, Urt. v. 4.3.1996, a.a.O., 63; vgl. auch BGH, Urt. v. 25.2.2003, a.a.O., 1541; Gehre/Koslowski, a.a.O.; Maxl, a.a.O., § 57 Rdnr. 410).

b) Hiernach kommt für den vorliegenden Fall in Betracht, dass sich die im „Beratungsvertrag Sanierung“ vereinbarte Beratungstätigkeit des Klägers als gewerbliche Tätigkeit i.S.v. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG darstellt. Mit diesem – immerhin auf die Dauer eines Jahres mit Verlängerungsmöglichkeit (§ 4 Nr. 2) angelegten – Beratungsvertrag wird dem Kläger eine Position eingeräumt, die in einem gewissen **„Graubereich“ zwischen der Stellung eines reinen Wirtschaftsberaters und derjenigen eines faktischen Unternehmenslenkers liegt**. Er ist „Berater“, aber an Weisungen der Geschäftsführer der beklagten Handelsgesellschaft nicht gebunden und seinerseits befugt, der Geschäftsführung sowie den Angestellten der Beklagten Weisungen zu erteilen (§ 2 Nr. 4, 5 und 6, § 3 Nr. 2); zudem erhält er (umfassende) Handlungsvollmacht (§ 3 Nr. 1). Diese Weisungs- und Handlungsbefugnisse sind allerdings an die „Sanierungszwecke“ gebunden und hierdurch beschränkt, was dadurch verdeutlicht wird, dass die **Kompetenzen der Geschäftsorgane grundsätzlich unangetastet bleiben** (§ 2 Nr. 3).

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass die „Sanierungszwecke“ bei einem in die wirtschaftliche Krise geratenen Unternehmen einen weitgesteckten Aufgabenbereich erfassen können und mit den genannten Befugnissen dem Kläger eine Rolle zugewiesen wird, die über diejenige eines bloßen **„Beraters“** hinausreicht und einer **„faktischen Geschäftsführung“** (vgl. dazu § 41 Abs. 2 Satz 1 BOSTB) nahekommt. Andererseits erfolgt die **Honorierung** des Klägers erfolgsunabhängig auf Basis eines Tagessatzes nach konkret erbrachten Beratungsleistungen (§§ 5, 6), was (für sich betrachtet) wiederum eher auf eine freiberufliche Tätigkeit hinweist.

(2) Die vorerwähnte Frage bedarf hier jedoch keiner abschließenden Beurteilung, weil der „Beratungsvertrag Sanierung“ nach zutreffender Ansicht des Berufungsgerichts auch dann nicht gemäß § 134 BGB nichtig ist, wenn man eine gewerbliche Tätigkeit des Klägers i.S.v. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG annähme.

Die Sicherung der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Sachgerechtigkeit der Steuerberatung, die Besorgnis von Interessenkonflikten und insbesondere auch der Schutz der berechtigten Belange der Beklagten erfordern die Unwirksamkeit des Vertrages nicht. **Eine** (wenngleich gewissermaßen „lenkende“) **Wirtschaftsberatung zu Sanierungszwecken gerät in keinen unverträglichen Konflikt mit der Steuerberatung des Mandanten** (hier: der Beklagten). Wirtschafts- und Steuerberatung sind vielmehr häufig eng mit-

einander verwoben; daher ist dem Steuerberater die freiberufliche Wirtschaftsberatung auch ausdrücklich gestattet (§ 57 Abs. 3 Nr. 3 StBerG). Das Risiko der Fremdverwertung von Geschäftsgeheimnissen zugunsten eigener Erwerbszwecke des Steuerberaters zeigt sich für den vorliegenden Fall nicht, zumal nicht ersichtlich ist, dass der Kläger weitere „Sanierungsberatungsverträge“ abgeschlossen hat oder bei Wahrnehmung anderweitiger „Sanierungsberatungen“ in ein Konkurrenzverhältnis zur Beklagten oder anderer Mandanten geraten könnte. Für eine **Gefährdung der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Sachgerechtigkeit** der Steuerberatung sind tragfähige Anhaltspunkte weder vorgetragen noch sonst erkennbar. Dies gilt insbesondere auch für die Besorgnis, dass mit der vertraglich übernommenen Beratungstätigkeit dem **persönlichen Gewinnstreben** des Klägers eine mit dem Beruf eines Steuerberaters unvereinbare Priorität eingeräumt werden und die Orientierung an einer dem Gemeinwohl verpflichteten Berufsordnung (Maxl, a.a.O. § 57 Rdnr. 398) demgegenüber aus dem Blick geraten könnte.

Der „Beratungsvertrag Sanierung“ ist seinem Inhalt nach auch nicht auf die institutionelle Verwirklichung eines gesetzeswidrigen Tatbestands – wie etwa im Fall der Verschmelzung einer Steuerberatungsgesellschaft mit einem erwerbswirtschaftlichen Unternehmen – gerichtet.

b) Die Nichtigkeit des Beratungsvertrages ergibt sich auch nicht aus einem **Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG**.

Zwar ist das am 1.7.2008 außer Kraft getretene Rechtsberatungsgesetz auf den vorliegenden Fall anwendbar, da der Beratungsvertrag am 22.12.2004 geschlossen worden ist (vgl. *Senatsurt. v. 3.7.2008 – III ZR 260/07, NJW 2008, 3069 Rdnr. 14; BGH, Urt. v. 19.5.2009 – IX ZR 43/08, NZG 2009, 865, 866 Rdnr. 11*). Auch hat eine i.S.v. Art. 1 § 1 Abs. 1 RBERG unerlaubte Rechtsberatung die Nichtigkeit des dahin gehenden Vertrages zur Folge (s. etwa *BGH, Urt. v. 25.6.1962, a.a.O., 262; v. 17.2.2000 – IX ZR 50/98, NJW 2000, 1560, 1562 m.w.N.; v. 19.5.2009, a.a.O.*). Die Voraussetzungen dieses Verbotstatbestands, auf welchen sich die Beklagte erstmals im Revisionsrechtszug beruft und der in den Vorinstanzen nicht erörtert worden ist, sind jedoch nicht dargetan oder sonst ersichtlich.

aa) Eine erlaubnispflichtige geschäftsmäßige Rechtsbesorgung i.S.v. Art. 1 § 1 RBERG liegt vor, wenn eine geschäftsmäßige Tätigkeit darauf gerichtet und geeignet ist, konkrete fremde Rechtsangelegenheiten zu verwirklichen oder konkrete fremde Rechtsverhältnisse zu gestalten. Dabei ist zur Abgrenzung erlaubnisfreier Geschäftsbesorgung von erlaubnispflichtiger Rechtsbesorgung auf den **Kern und den Schwerpunkt** der Tätigkeit abzustellen, weil eine Besorgung wirtschaftlicher Belange vielfach auch mit rechtlichen Vorgängen verknüpft ist. Es ist daher zu fragen, **ob die Tätigkeit überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet liegt und die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange bezweckt oder ob die rechtliche Seite der Angelegenheit im Vordergrund steht und es wesentlich um die Klärung rechtlicher Verhältnisse geht** (s. *Senatsurt. v. 18.5.1995 – III ZR 109/94, NJW 1995, 3122*

m.w.N.; BGH, Urt. v. 6.12.2001 – I ZR 316/98, NJW 2002, 2877 f.; v. 5.10.2006 – I ZR 7/04, NJW 2007, 596, 597 Rdnr. 16; Beschl. v. 15.12.2009 – VIII ZR 296/08, BeckRS 2010, 04003 Rdnr. 2; BVerfG, NJW 2002, 3531, 3532). Für die Einstufung als erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung kann in Anbetracht der Tatsache, dass nahezu alle Lebensbereiche rechtlich durchdrungen sind und kaum eine wirtschaftliche Betätigung ohne rechtsgeschäftliches Handeln möglich ist oder ohne rechtliche Wirkung bleibt, nicht allein auf die rechtlichen Formen und Auswirkungen des Verhaltens abgestellt werden. Es bedarf vielmehr einer abwägenden Beurteilung, die insbesondere auch den Zweck des Rechtsberatungsgesetzes berücksichtigt, den Einzelnen und die Allgemeinheit vor ungeeigneten Rechtsberatern zu schützen und die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege nicht zu gefährden (s. *BGH, Urt. v. 6.12.2001, a.a.O., 2878 m.w.N.; ferner BGH, Urt. v. 17.2.2000, a.a.O.; v. 5.10.2006, a.a.O. 598 Rdnr. 22 m.w.N.*). Andererseits **kann eine Beratungstätigkeit, die überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet liegt, gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen, wenn der Berater daneben rechtliche Belange von nicht ganz unerheblichem Gewicht zu besorgen hat** (*Senatsurt. v. 18.5.1995, a.a.O., 3122 f.; v. 3.7.2008, a.a.O., m.w.N.*).

bb) Für den vorliegenden Fall findet sich indes kein tragfähiger Anhalt dafür, dass der Kläger gemäß dem „Beratungsvertrag Sanierung“ schwerpunktmäßig – oder von nicht unerheblichem Gewicht – mit der Wahrnehmung rechtlicher Belange oder der Klärung rechtlicher Verhältnisse befasst sein sollte oder war. Entgegen der Ansicht der Beklagten ergibt sich dies nicht bereits daraus, dass dem Kläger eine **Handlungsvollmacht** auch „zur rechtlichen Vertretung der Gesellschaft nach außen zu Sanierungszwecken gegenüber Angestellten und Dritten“ (§ 3 Nr. 1) bzw. „gerichtlich und außergerichtlich“ erteilt wurde. Mit diesen Formulierungen sollte, worauf die Revisionserwiderung zutreffend hinweist, ersichtlich nur die Befugnis zur allgemeinen – umfassenden – Vertretung der Beklagten im Rechts- und Geschäftsverkehr zum Ausdruck gebracht werden, wie sie vom Gesetz insbesondere auch einem Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten eingeräumt ist (vgl. § 49 Abs. 1, § 54 Abs. 1 HGB). Dass die „Sanierungsberatung“ der Beklagten durch den Kläger wesentlich von der Besorgung von Rechtsangelegenheiten geprägt war, ist nicht vorgetragen.

2. Der **Honoraranspruch** des Klägers für Beratungsleistungen in der Zeit vom 1. bis 23.1.2007 entfällt auch nicht aus anderen mit der Revision der Beklagten angeführten Gründen.

a) Mit ihrem ebenfalls erstmals in der Revisionsinstanz geltend gemachten Einwand, der Vergütungsanspruch des Klägers sei entsprechend §§ 654, 242 BGB wegen schwerwiegender Treuepflichtverletzung verwirkt worden, dringt die Beklagte nicht durch.

aa) Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **kann der Gedanke des § 654 BGB bei einem Anwaltsvertrag nur dann zum Ausschluss der anwaltlichen Gebührenforderung führen, wenn der Rechtsanwalt sich des vorsätzlichen Partei-**

verrats i.S.v. § 356 StGB schuldig gemacht – und damit eine dem Tatbestand des § 654 BGB vergleichbare unlautere Tätigkeit „für den anderen Teil“ verwirklicht – hat (s. *Senatsurt. v. 15.1.1981 – III ZR 19/80, NJW 1981, 1211, 1212 m.w.N.; BGH, Urt. v. 15.7.2004 – IX ZR 256/03, NJW 2004, 2817; v. 23.4.2009 – IX ZR 167/07, NJW 2009, 3297, 3300 f. Rdnr. 37*). Diese Rechtsprechung geht mit auf die Erwägung zurück, dass das Dienstvertragsrecht keine Gewährleistung kennt und der Verwirkung des Anspruchs auf Entgelt für tatsächlich geleistete Dienste somit enge Grenzen gesetzt sind (vgl. *BGH, Urt. v. 15.7.2004, a.a.O., m.w.N.*).

Will man diese Grundsätze auch auf den vorliegenden Beratungsvertrag anwenden, so liegen die Voraussetzungen für eine Verwirkung des Vergütungsanspruchs des Klägers nicht vor. Die unerlaubte Verwendung von Mitteln aus dem Vermögen der Beklagten für die Begleichung der Kosten des Erwerbs der Gesellschaftsanteile genügt hierfür – unabhängig von der Frage, ob dadurch die Merkmale einer strafbaren Untreue (§ 266 StGB) erfüllt worden sind – nicht.

Denn diese Handlung stellt sich nicht als eine „Doppeltätigkeit“ des Klägers „für den anderen Teil“, also etwa für Konkurrenten oder sonstige Vertragspartner der Beklagten, dar, wie sie mit dem in § 654 BGB oder § 356 StGB beschriebenen Tatbestand vergleichbar wäre. Auch § 242 BGB fordert in solchen Fällen – unter dem Gesichtspunkt der unzulässigen Rechtsausübung – einen Wegfall des Anspruchs auf Vergütung tatsächlich geleisteter Dienste jedenfalls dann nicht, wenn wie hier (s. dazu nachfolgend zur Anschlussrevision des Klägers unter B. 2.) der Dienstvertrag wegen vertragswidrigen Verhaltens des Dienstverpflichteten gemäß § 626 BGB wirksam fristlos gekündigt worden und der Dienstberechtigte daher gemäß § 628 Abs. 1 Satz 2 BGB zur Vergütung der erbrachten Dienstleistungen insofern nicht verpflichtet ist, als diese infolge der Kündigung für ihn kein Interesse haben (vgl. zu *Letzterem BGH, Urt. v. 30.3.1995 – IX ZR 182/94, NJW 1995, 1954*).

bb) Soweit der Bundesgerichtshof den Vergütungsanspruch von zu besonderer Treue verpflichteten Amtsinhabern – wie etwa den **Testamentsvollstrecker** (*BGH, Urt. v. 5.5.1976 – IV ZR 53/75, WM 1976, 771, 772; v. 13.6.1979 – IV ZR 102/77, DNotZ 1980, 164 f*), den **Insolvenzverwalter** (*BGH, Beschl. v. 6.5.2004 – IX ZB 349/02, BGHZ 159, 122, 131 f*) oder den **Zwangsverwalter** (*BGH, Beschl. v. 23.9.2009 – V ZB 90/09, NJW-RR 2009, 1710 Rdnr. 11 ff*) – bei besonders schwerwiegenden (Treue-)Pflichtverletzungen gemäß oder entsprechend §§ 242, 654 BGB als verwirkt angesehen hat, verhilft dies dem Verwirkungseinwand der Beklagten nicht zum Erfolg, da der Kläger nicht zu dem angesprochenen Personenkreis zählt und seine durch den „Beratungsvertrag Sanierung“ vermittelte Position mit der besonderen Funktion und Stellung der genannten Amtsinhaber nicht gleichzusetzen ist. (...) ■

Anwaltshaftung

- Außergerichtliche Interessenwahrnehmung
- Aufklärung über Verjährungseintritt
- Nichtherausgabe der Handakte, Beweisvereitelung? (*Brandenburgisches OLG, Urt. v. 23.2.2010 – 11 U 177/07*)

Leitsätze (d.Red.):

1. Der Anwalt hat bei außergerichtlicher Interessenwahrnehmung den Mandanten darüber aufzuklären, wann spätestens eine Klage einzulegen ist, um einen Verjährungseintritt zu verhindern.
2. Er muss konkret darlegen, wie seine Beratung ausgefallen ist. Es wird nicht verlangt, dass Gespräche mit dem Mandanten nach Ort und Zeit eingeordnet sind.
3. Der Mandant kann aus der Tatsache, dass die Handakte des Rechtsanwalts nicht herausgegeben wird, keine Beweislastumkehr wegen Beweisvereitelung des Inhalts herleiten, der Anwalt habe ihn nicht ausreichend beraten. Selbst wenn die Beratung nicht dokumentiert ist, führt das nicht zur Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung zugunsten des Mandanten.
4. Benennt der Anwalt für den Verjährungseintritt kein besonderes Datum, sondern meint, Klage sei sofort zu erheben, kann dies fehlerhaft sein. ■

Aus den Gründen:

I. Der Kläger nimmt den Beklagten unter dem Gesichtspunkt der Anwaltshaftung in Anspruch.

Der Kläger schloss am 9.3.1998 mit der ... Versicherungsgesellschaft AG einen Vertrag über eine Unfallversicherung ab, wonach ihm im Fall einer unfallbedingten Invalidität ab einem Invaliditätsgrad von 50% eine monatliche Unfallrente in Höhe von 2.500 DM (1.278,23 EUR) zustehen sollte. Das Versicherungsverhältnis begann am 10.3.1998 um 12:00 Uhr.

Am 7.4.1998 kam es zu einer Verletzung des rechten Auges des Klägers, in deren Folge er auf diesem Auge nahezu vollständig erblindete; das Auge wurde am 22.7.1999 entfernt. Aus der Gliedertaxe der allgemeinen Unfallversicherungsbedingungen 97 folgt hieraus ein Invaliditätsgrad von 50%.

Der Kläger hatte bei der D... Versicherung AG und der V... Versicherung AG weitere Unfallversicherungen abgeschlossen; die D... Versicherung AG erbrachte die vereinbarten Versicherungsleistungen, die V... Versicherung AG leistete erst aufgrund eines Urteils des Landgerichts Potsdam vom 9.8.2001 (13 O 515/99).

Nachdem der Kläger der ... Versicherungsgesellschaft a.G. das Unfallereignis mit Schreiben vom 21.4.1998 angezeigt hatte, bat diese ihn zunächst mit Schreiben vom 27.4.1999 um die Angabe seiner Bankverbindung. Mit weiterem Schrei-

ben vom 20.7.1999 lehnte sie ihre Einstandspflicht mit der Begründung ab, es könne nicht von einer unfreiwilligen Gesundheitsschädigung ausgegangen werden.

Nachdem der Beklagte den Rechtsschutzversicherer des Klägers (... Rechtsschutz-Service GmbH) mit Schreiben vom 15.2.1999 hinsichtlich aller bestehenden Unfallversicherungen um Kostendeckung für eine gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche gebeten hatte, teilte der Rechtsschutzversicherer mit Schreiben vom 20.10.1999 mit, lediglich eine alternative Deckungszusage für eine Klage entweder gegen die V... Versicherung AG oder gegen die ... Versicherung a.G. zu erteilen.

Mit Schreiben vom 23.11.1999 wies die ... Rechtsschutz-Service GmbH darauf hin, dass beide Unfallversicherungen (V... Versicherung AG und Versicherungsgesellschaft a.G.) sich aufgrund der identischen Anspruchsvoraussetzungen zu einer einheitlichen Vorgehensweise entschlossen hätten, und sich der eine Versicherer voraussichtlich dem Ausgang des Rechtsstreits mit dem anderen Versicherer anschließen werde. Der Rechtsschutzversicherer des Klägers riet diesem, vertreten durch den Beklagten, an, sich von der ... Versicherungsgesellschaft a.G. eine Bindung an das abschließende Ergebnis des Rechtsstreits gegenüber der V... Versicherung AG, verbunden mit einem Verzicht auf die Berufung auf Verjährungs- bzw. sonstige Verfallfristen, schriftlich bestätigen zu lassen. Sollte die ... Versicherungsgesellschaft a.G. eine solche Bestätigung nicht erteilen wollen, stellte der Rechtsschutzversicherer des Klägers anheim, auf die Sache zurückzukommen. Der Kläger, vertreten durch den Beklagten, verfolgte daraufhin zunächst nur Ansprüche gegenüber der V... Versicherung AG.

Mit Schreiben vom 13.8.2001 forderte der Beklagte die Versicherungsgesellschaft a.G. auf, mitzuteilen, ob sie bereit sei, ihre Einstandspflicht anzuerkennen, da das Urteil im Verfahren gegen die V... Versicherung AG eindeutig zulasten jenes Versicherers ausgefallen sei.

Mit einem an den Beklagten adressierten Schreiben vom 15.8.2001 erwiderte die ... Versicherungsgesellschaft a.G., ihre Leistungspflicht zurzeit nicht anerkennen zu können, da ihr der für die Überprüfung des gegen die V... Versicherung AG ergangenen Urteils benötigte prozessuale Schriftverkehr aus dem Parallelrechtsstreit nicht vorliege. Daraufhin erwiderte der Beklagte namens des Klägers mit Schreiben vom 20.8.2001 u.a., er werde seinem Mandanten empfehlen, ohne weiteren Schriftwechsel Klage zu erheben.

Die Versicherungsgesellschaft a.G. erklärte mit Schreiben vom 10.9.2001, dass der Ausgang des im Parallelverfahren von der V... Versicherung AG beabsichtigten Rechtsmittels abgewartet werden solle. Mit Schreiben vom 11.8.2003 informierte der Beklagte die ... Versicherungsgesellschaft a.G. darüber, dass die V... Versicherung AG mit Schriftsatz vom 11.7.2003 die Berufung im Parallelverfahren zurückgenommen hatte, und forderte den Versicherer auf, seine Einstandspflicht anzuerkennen, da dieser erklärt habe, sich einer rechtskräftigen Entscheidung im Parallelverfahren zu beugen.

Mit dem an den Beklagten gerichteten Antwortschreiben vom 19.8.2003 führte die ... Versicherungsgesellschaft a.G. u.a. aus:

„... Eine Erklärung mit dem Inhalt, dass wir einer rechtskräftigen Entscheidung im Verfahren Ihres Mandanten gegen die V... Versicherung bedingungslos folgen, ist von uns niemals abgegeben worden.

Wir haben mit Schreiben vom 20.7.1999 eine Leistung aus der hier bestehenden Unfallversicherung definitiv abgelehnt. Nach dem erstinstanzlichen Urteil haben wir mit Schreiben vom 15.8.2001 eine Anerkennung dieses Urteils ausdrücklich abgelehnt. Wir hatten Sie gebeten, den prozessualen Schriftwechsel zugänglich zu machen, damit wir das Urteil des Landgerichts eigenständig überprüfen können und ggf. eine Abänderung unserer Entscheidung vom 20.7.1999 in Betracht ziehen können. Dieser Bitte sind Sie nicht nachgekommen und haben Klageerhebung angekündigt.

Wir sind der Auffassung, dass der Unfallablauf von dem gerichtlich bestellten Gutachter völlig unzulänglich untersucht wurde. Der Gutachter hat sich lediglich mit biologischen Erwägungen befasst, die aber nur einen Teilaspekt der Problematik darstellen. Vorrangige physikalische Gesichtspunkte sind gar nicht erst in Erwägung gezogen worden. Aus unserer Sicht sind in der bisherigen Auseinandersetzung viele Fragen offengeblieben und es sind keine Umstände angesprochen worden, die zur Rücknahme unserer Entscheidung vom 20.7.2003 führen könnten. (...)“

Mit Schreiben vom 1.9.2003 bat der Beklagte namens des Klägers dessen Rechtsschutzversicherer um Erteilung der Deckungszusage für einen beabsichtigten Rechtsstreit gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. Nachdem der Rechtsschutzversicherer mit Schreiben vom 17.9.2003 den Beklagten zu einer Stellungnahme zu den Erfolgsaussichten für das klageweise Vorgehen unter besonderer Berücksichtigung der Verjährungsproblematik aufgefordert hatte, führte der Beklagte in dem an den Rechtsschutzversicherer gerichteten Schreiben vom 24.9.2003 u.a. aus, der Lauf der Verjährungsfrist sei nicht einmal in Gang gesetzt worden. Es sei im Gegenteil so gewesen, dass die Unfallversicherung mit Schreiben vom 27.4.1999 ihre Einstandspflicht gegenüber seinem Mandanten anerkannt und um Bekanntgabe seiner (des Mandanten) Bankverbindung gebeten habe. (...)“

Mit Schreiben vom 1.10.2003 wies der Rechtsschutzversicherer den Beklagten darauf hin, eine Anerkennniserklärung der ... Versicherungsgesellschaft a.G. liege nicht vor, so dass zunächst der mögliche Verjährungseintritt zu klären sei.

Mit einem auf den 31.12.2003 datierten Schriftsatz, der bereits am 30.12.2003 bei Gericht einging, erhob der Beklagte als Prozessbevollmächtigter des Klägers sodann Klage gegen die ... Versicherung a.G. auf Leistungen aus der Unfallversicherung vom 9.3.1998 (10 O 3/04 Landgericht Potsdam) und machte geltend, dass diese ihre grundsätzliche Einstandspflicht bereits mit Schreiben vom 27.4.1999 und

im Anschluss daran aufgrund einer telefonischen Zusage am 5.7.1999 anerkannt habe. Die Klage wurde der dortigen Beklagten am 19.2.2004 zugestellt; der erforderliche Gerichtskostenvorschuss in Höhe von 2.041,20 EUR wurde mittels eines der Klageschrift beigefügten Schecks beglichen. Der Beklagte hatte den Scheck ausgestellt; das Geld wurde von seinem Konto abgebucht. Die damalige Beklagte erhob die Einrede der Verjährung nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 VVG.

Mit Urteil vom 30.8.2004 wies das Landgericht Potsdam die Klage ab, da die Forderung verjährt sei. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung des Klägers wurde mit Urteil des 13. Zivilsenats des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 18.1.2006 (13 U 170/04) zurückgewiesen. (...)

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, der Beklagte sei aufgrund des erteilten Mandats verpflichtet gewesen, den Lauf der Verjährungsfristen zu überwachen. Er (der Beklagte) habe die Klage daher trotz entsprechenden Hinweises seiner (des Klägers) Rechtsschutzversicherung schuldhaft erst nach Ablauf der Verjährungsfrist erhoben.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat vorgetragen, der Kläger habe ihn zunächst nur mit der außergerichtlichen Interessenwahrnehmung gegenüber den drei Unfallversicherern sowie mit der Einholung von Kostendeckungszusagen für deren gerichtliche Durchsetzung bei seiner (des Klägers) Rechtsschutzversicherung mandatiert. Der Kläger habe jedoch das in Rechnung gestellte Anwaltshonorar für die Wahrnehmung seiner Interessen gegenüber der D... Versicherung AG in Höhe von 2.109,53 EUR (4.125,88 DM) sowie den für die Erhebung der Klage gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. erforderlichen Gerichtskostenvorschuss nicht beglichen. Er habe den Kläger im Übrigen dahingehend beraten, Klage gegen beide Versicherungen zu erheben, der Kläger habe jedoch das hiermit verbundene Kostenrisiko gescheut.

Anlässlich einer Besprechung in seinen Kanzleiräumen am 15.10.2003 sei sodann ein gerichtliches Vorgehen sowohl gegen die Rechtsschutzversicherung als auch gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. erörtert worden. Dabei sei eine Aufstellung der voraussichtlichen Kosten eines Rechtsstreits gegen den Unfallversicherer erstellt worden. Diese habe der Kläger nicht tragen können. Einem Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe habe er (Beklagter) aufgrund eines im Eigentum des Klägers stehenden Einfamilienhauses keine Erfolgsaussicht eingeräumt. Letztlich habe er den Kläger daher aufgefordert, die ausstehende Rechnung sowie den Gerichtskostenvorschuss zu begleichen, weil er jedenfalls ohne Zahlung des Gerichtskostenvorschusses nicht tätig werden würde. In der Folge habe der Kläger ihm sodann noch mehrfach telefonisch mitgeteilt, zur Begleichung dieser Forderungen nicht in der Lage zu sein.

Der Kläger sei sich des drohenden Eintritts der Verjährung bewusst gewesen. Diese Frage sei am 15.10.2003 Gesprächsgegenstand gewesen. Zudem habe der Kläger zu-

vor in einem an ihn (Beklagten) gerichteten Schreiben vom 8.10.2003 seine rechtliche Auffassung zur Verjährungsfrage geäußert.

Das Landgericht hat der Klage stattgegeben und zur Begründung im Wesentlichen ausgeführt:

Dem Kläger stehe der geltend gemachte Anspruch aus einer positiven Forderungsverletzung des Anwaltsvertrages i.V.m. Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB zu, da es der Beklagte schuldhaft verabsäumt habe, den Eintritt der Verjährung des klägerischen Anspruchs gegenüber der ... Versicherungsgesellschaft a.G. zu verhindern. Da die damalige Beklagte mit Schreiben vom 20.7.1999 mitgeteilt habe, eine unfreiwillige Gesundheitsschädigung könne nicht angenommen werden, die Voraussetzungen für eine Leistung aus der Unfallversicherung lägen damit nicht vor, sei der Beginn der Verjährung mit Ablauf des 31.12.1999 anzusetzen.

Ein die Verjährung unterbrechendes Anerkenntnis der ... Versicherung AG liege nicht vor, da sowohl das Schreiben des Versicherers vom 27.4.1999 als auch das vom Beklagten behauptete Telefonat vom 5.7.1999 zeitlich vor dem Beginn der Verjährungsfrist gelegen und daher keinen Neubeginn der Verjährung nach § 208 BGB a.F. hätten auslösen können. Im Übrigen enthalte das Schreiben der ... Versicherungsgesellschaft a.G. vom 27.4.1999 kein Anerkenntnis der Forderungen. Auch im Hinblick auf das behauptete Telefonat erscheine dies angesichts der vom Beklagten gefertigten Gesprächsnotiz zweifelhaft, da neben der Zusage einer Zahlungsanweisung in Höhe von 25.000 DM die Einholung weiterer ärztlicher Auskünfte begehrt worden sei.

Von einer Hemmung der Verjährung nach § 12 Abs. 2 VVG sei vorliegend nur in der Zeit vom 15.8.2001 bis zum 22.8.2001 sowie in der Zeit vom 11.9.2001 bis zum 25.8.2003 auszugehen, so dass die Verjährung kurz vor der Einreichung der Klage im Dezember 2003 eingetreten sei.

Da der Beklagte nicht rechtzeitig Klage erhoben oder anderweitig den Eintritt der Verjährung der Ansprüche des Klägers gegenüber der ... Versicherungsgesellschaft a.G. verhindert habe, habe er die ihm aufgrund seines Mandats übernommenen Pflichten verletzt. Soweit der Beklagte einwende, mit dem Kläger anlässlich des Gesprächs am 15.10.2003 auch die Frage der Verjährung erörtert zu haben, sei sein Vortrag hierzu trotz entsprechenden Hinweises nicht hinreichend substantiiert. Insbesondere habe er die konkrete anlässlich dieses Gesprächs erörterte rechtliche Einschätzung der Verjährung nicht dargetan.

Gleiches gelte, soweit der Beklagte meine, eine Pflichtverletzung komme auch im Hinblick auf seinen vom Kläger nicht beglichenen Honoraranspruch und wegen der Nichteinzahlung des Gerichtskostenvorschusses durch den Kläger nicht in Betracht. Zwar könne sich aus solchen Umständen grundsätzlich ein Mitverschulden des Mandanten eines Rechtsanwalts ergeben. Dies gelte jedoch nur, wenn der Anwalt den Mandanten hinreichend deutlich auf die hiermit verbundenen Folgen hingewiesen habe. Gerade ein solch ausdrück-

licher, konkreter Hinweis auf die Verjährungsproblematik sei seitens des insoweit sekundär darlegungsbelasteten Beklagten nicht dargetan worden. Zudem sei zu berücksichtigen, dass die Klageerhebung letztlich erfolgt und der Gerichtskostenvorschuss mittels eines Schecks mit der Klageschrift eingereicht worden sei.

Gegen dieses Urteil, auf dessen Tatbestand und Entscheidungsgründe wegen der weiteren Einzelheiten Bezug genommen wird (§ 540 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO), richtet sich die Berufung des Beklagten, mit der er unter Aufrechterhaltung seines erstinstanzlichen Vorbringens – im Wesentlichen wiederholend – wie folgt ausführt:

Er sei nicht verpflichtet gewesen, bis zum 31.12.2001 Klage zu erheben, da sich der Kläger damals entschieden habe, nur die V... Versicherung zu verklagen, weil dessen Rechtsschutzversicherer Deckungszusage nur für ein Verfahren erteilt habe.

Sein erstinstanzliches Vorbringen zum Inhalt der mit dem Kläger durchgeführten Besprechung vom 15.10.2003 sei ausreichend gewesen: Der Termin habe zweieinhalb Stunden gedauert. Wesentlicher Gesprächsgegenstand sei die Verjährungsfrage gewesen. Selbstverständlich könne das Gericht von ihm nicht verlangen auszuführen, mit welchem Wortlaut er den Kläger über die drohende Verjährung beraten habe. Es reiche vollständig aus, dass er über die drohende Verjährung beraten und sofort zur Klageerhebung geraten habe.

Er habe das rechtsanwaltliche Beratungsgespräch am 15.10.2003 mit dem Thema „Anerkenntnis“ begonnen. Der Rechtsanspruch des Klägers gegenüber der ... Versicherungsgesellschaft a.G. sei am 15.10.2003 nicht verjährt gewesen. Er habe sich seinerzeit auf das Schreiben der ... Versicherungsgesellschaft a.G. vom 27.4.1999 gestützt. Aus seiner Sicht habe dieses Schreiben ein Anerkenntnis dargestellt. Er habe den Kläger aber bei diesem Beratungsgespräch deutlich darauf hingewiesen, dass man dies rechtlich auch anders werten könne. Insbesondere habe er ihm gesagt, dass eine Verjährung drohen könne, wenn nicht „sofort“ gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. geklagt werde.

Er habe sein weiteres Tätigwerden allerdings von der Bezahlung ausstehender Rechnungen abhängig gemacht. Er habe zudem gesagt, der Kläger müsse den Gerichtskostenvorschuss einzahlen. Es sei eine klare Bedingung gewesen: Erst zahlen, dann klagen.

Der Kläger sei weder bereit gewesen, die Außenstände zu begleichen, noch den Gerichtskostenvorschuss zu zahlen, noch Prozesskostenhilfe zu beantragen, da er Letzteres aufgrund seiner finanziellen Verhältnisse – zutreffend – für nicht aussichtsreich gehalten habe.

Für ihn (Beklagten) wäre es ein Einfaches gewesen, die Klageschrift gegen die Versicherungsgesellschaft a.G. zu formulieren und fertigzustellen, da insoweit quasi ein Vorstück mit der Klage gegen die V... Versicherung vorgelegen habe.

Dass er (Beklagter) nachträglich mit eigenem Geld Klage erhoben habe, bedeute nicht, dass er hierzu verpflichtet gewesen sei.

Er sei auch nicht verpflichtet gewesen, den Versicherer zu einem Verzicht auf die Verjährungseinrede zu bewegen.

(Anträge ...)

Der Kläger verteidigt unter Wiederholung seines erstinstanzlichen Vortrags das angefochtene Urteil und führt im Wesentlichen ergänzend noch aus:

Der Beklagte habe sich allein auf das angebliche Anerkenntnis gestützt und es unterlassen, ihn auf die Verjährungsproblematik hinzuweisen. Es verwundere, dass der Beklagte nicht bereits in erster Instanz vorgetragen habe, ihn (Kläger) im Beratungsgespräch am 15.10.2003 auf die mögliche Verjährung hingewiesen zu haben. Dieser Umstand spreche dafür, dass ein solcher Hinweis nicht erfolgt sei. Da der Beklagte die anwaltliche Handakte nicht herausgegeben habe – dieser Umstand ist zwischen den Parteien unstrittig geblieben – sei ihm eine Beweisvereitelung vorzuwerfen.

Er habe sich nicht geweigert, Altschulden zu begleichen. Zwar habe der Beklagte Mandate möglicherweise nicht abgerechnet. Bevor es zum streitgegenständlichen Verfahren gekommen sei, habe der Beklagte aber keine Rechnung gestellt, so dass diesem keine fälligen Forderungen zugestanden hätten. Der Beklagte habe die Klageerhebung im Übrigen nicht aus diesem Grund verweigert bzw. nicht deshalb verspätet die Klage eingereicht. Der Beklagte habe für das Klageverfahren auch keinen Vorschuss verlangt. Er (Kläger) sei noch in der Rechtsmittelinstanz im Verfahren gegen die ... Versicherung a.G. davon ausgegangen, dass sein Rechtsschutzversicherer die Verfahrenskosten trage. Erst im Revisionsverfahren habe er erfahren, dass dies nicht der Fall sei. Der Beklagte habe ihm, nachdem in zweiter Instanz das Urteil zugunsten der Versicherungsgesellschaft a.G. ergangen sei, ein Prozesskostenhilfeformular vorgelegt. Dies habe er (Kläger) nicht ausgefüllt, weil er gewusst habe, dass ihm angesichts seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse keine Prozesskostenhilfe bewilligt werden würde.

Der Beklagte lasse bewusst offen, weshalb er schließlich doch die Klage eingereicht habe. (...)

II. Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte und in der verlängerten Frist des § 520 Abs. 2 ZPO ordnungsgemäß begründete Berufung des Beklagten ist zulässig.

Das Rechtsmittel bleibt jedoch in der Sache erfolglos. Das angefochtene Urteil beruht weder auf einer Rechtsverletzung i.S.d. § 546 ZPO noch rechtfertigen die nach §§ 529, 531 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen eine dem Beklagten vorteilhaftere Entscheidung (§ 513 Abs. 1 ZPO). Zutreffend geht das Landgericht im Ergebnis davon aus, dass dem Kläger der geltend gemachte Anspruch aus einer positiven Forderungsverletzung des Anwaltsvertrages i.V.m. § 5 Satz 1 EGBGB gegen den Beklagten zusteht. (...)

Zwischen dem Kläger und dem Beklagten ist ein **Anwaltsvertrag** gemäß §§ 675 I, 611 BGB zustande gekommen. Dessen Gegenstand war jedenfalls die **außergerichtliche Interessenwahrnehmung** der Rechte des Klägers u.a. gegenüber der ... Versicherungsgesellschaft a.G. In diesem Rahmen ist dem Beklagten eine Pflichtverletzung zum Nachteil des Klägers schon deshalb unterlaufen, da er den Kläger – nach seinem eigenen (des Beklagten) Vorbringen – nicht der anwaltlichen **Sorgfaltspflicht** entsprechend darüber aufgeklärt hat, wann spätestens eine Klage gegen den Unfallversicherer einzulegen ist, um einen **Verjährungseintritt** zu verhindern.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist ein Rechtsanwalt kraft des Anwaltsvertrages verpflichtet, innerhalb der Grenzen des (auch beschränkten) Mandats die Interessen seines Auftraggebers nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen (BGH, Urt. v. 9.7.2009 – ZR 88/08 m.w.N.). Dem Auftraggeber hat der Anwalt diejenigen Schritte zu empfehlen, die zu dem erstrebten Ziel führen können. Dabei muss er den Auftraggeber vor Nachteilen bewahren, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Deshalb hat der Anwalt insbesondere auch **darauf zu achten, ob dem Mandanten zwischenzeitlich wegen eines materiell-rechtlichen oder prozessualen Fristablaufs ein Rechtsverlust droht, und dem durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken** (vgl. BGH, Urt. v. 29.11.2001 – IX ZR 278/00; Rinsche/Fahrendorf/Terbille, Die Haftung des Rechtsanwalts 7. Aufl., Rdnr. 1749 ff).

In Rechtsstreitigkeiten wie der vorliegenden wird das berechtigte Interesse des Auftraggebers des Rechtsanwalts, mit seiner Klage nicht infolge unerfüllbarer Beweisforderungen zu scheitern, dadurch gewahrt, dass das **Bestreiten des Anwaltes nur erheblich ist, wenn dieser konkret die Beratung ausgesehen hat, die er erbracht haben will**. Der Anwalt kann sich also nicht damit begnügen, den Vorwurf allgemein in Abrede zu stellen. Vielmehr muss er den Gang der Besprechung schildern, insbesondere konkrete Angaben darüber machen, welche Belehrungen und Ratschläge er erteilt und wie der Mandant darauf reagiert hat (BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93).

Die Anforderungen an die Substantiierung richten sich nach den Umständen des Einzelfalls. **Keinesfalls wird verlangt, dass der Rechtsanwalt die Gespräche mit dem Mandanten nach Ort und Zeit genau einordnet**. Grundsätzlich genügt die nähere Erläuterung, wie er die von ihm jeweils geschuldete Pflicht erfüllt haben will (BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93; Fischer in: Handbuch der Anwaltshaftung 2. Aufl., Rdnr. 958 f, 545 jeweils m.w.N.). Ist dies geschehen, muss der klagende Mandant die von seinem früheren Berater gegebene Schilderung widerlegen.

Eine Beweisvereitelung durch den Beklagten, die hier zu einer Umkehr der Beweislast zu seinem Nachteil führen könnte, ist zunächst nicht ersichtlich. Eine solche folgt entgegen der Auffassung des Klägers nicht aus dem Umstand, dass der Beklagte seine **Handakte nicht an den Kläger zur Einsichtnahme herausgegeben** hat. **Handakten des Rechtsanwalts** i.S.v. § 50 Abs. 2 und 3 BRAO sind nur **Schriftstücke**,

die der Rechtsanwalt aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, nicht aber der Briefwechsel zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Auftraggeber und die Schriftstücke, die dieser bereits in Unterschrift oder Abschrift erhalten hat (§ 50 Abs. 4 BRAO).

Um Schriftstücke im Sinn dieser Regelung ging bzw. geht es dem Kläger bei seinem Herausgabe- bzw. Einsichtnahmeverlangen indes nicht. Vielmehr **will er aus dem – von ihm behaupteten – Schweigen der Handakte zu den hier streitigen Verjährungsfragen folgern, der Beklagte habe ihn nicht im ausreichenden Maße beraten**. Auch wenn der Beklagte den von ihm behaupteten Beratungsgegenstand möglicherweise nicht dokumentiert hätte, führte dies aber nicht zu einer Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung zugunsten des Klägers, da eine solche Pflicht für Rechtsanwälte nicht besteht (vgl. BGH, Urt. v. 13.6.2008 – V ZR 114/07; Urt. v. 11.10.2007 – IX ZR 105/06). Es ist auch nicht ersichtlich, dass sich aus dem zwischen den Parteien bestehenden Anwaltsvertrag insoweit etwas anderes ergibt.

Auf die vorstehenden Fragen einer etwaigen Beweislastumkehr zum Nachteil des Klägers kommt es indes nicht entscheidend an: Auch unter Berücksichtigung der ergänzenden Angaben des Beklagten im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Senat hat dieser gemessen an den vorstehend aufgezeigten Maßstäben schon unter Zugrundelegung seines eigenen Vortrags seiner Substantiierungslast nicht genügt, so dass der Kläger diesen Vortrag nicht zu widerlegen braucht:

Der Beklagte hat im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Senat am 29.4.2008 angegeben, dem Kläger anlässlich des Beratungsgesprächs am 15.10.2003 mitgeteilt zu haben, dass Verjährung drohen könne, wenn nicht sofort gegen die ... Versicherung a.G. geklagt werde, weil man das Schreiben der Versicherungsgesellschaft a.G. vom 27.4.1999 rechtlich – entgegen seiner (des Beklagten) Auffassung – auch so werten könne, dass dieses kein Anerkenntnis darstelle.

Selbst wenn der Beklagte – was zwischen den Parteien streitig ist – den Kläger in dieser Weise beraten hätte, genügt dies nicht den Anforderungen, die an eine ordnungsgemäße anwaltliche Beratung gestellt werden müssen. Die Verwendung des temporalen Adverbs „sofort“ **reichte angesichts der vom Beklagten vorgetragenen Gesamtumstände hierfür nicht aus, da sie dem Kläger nicht in ausreichender Weise vermitteln konnte, wann die Verjährung eintrat, und bis wann er geeignete Gegenmaßnahmen veranlassen musste**, um dies zu verhindern.

Zwar ist dem Beklagten zuzugeben, dass unter dem genannten Adverb verstanden werden kann, dass etwas ohne irgendeine Verzögerung unverzüglich, auf der Stelle zu geschehen hat (vgl. z.B. Duden, Das Bedeutungswörterbuch 3. Aufl., 825; Duden, Das Synonymwörterbuch 4. Aufl., 800). Es ist jedoch zunächst einmal nicht selbstverständlich, dass dem Mandanten eines Rechtsanwalts diese Bedeutung auch klar ist. Dies gilt auch im Hinblick auf den Kläger. Hinzu kommt, dass der vom Beklagten aus seiner Sicht geschilderte Ablauf des Beratungsgesprächs den Schluss nahelegt, dass

auch der Beklagte selbst seine Formulierung nicht in dem Sinn verstanden wissen wollte, dass „auf der Stelle“ Handlungsbedarf bestand und genau im Anschluss an einen solchen Hinweis des Beklagten – ohne jeden weiteren Zeit-aufschub – die Klage hätte eingereicht werden müssen.

Nach dem vom Beklagten vorgetragenen Inhalt des Beratungsgesprächs am 15.10.2003 will dieser den Kläger **dahin beraten haben, dass er das Schreiben der ... Versicherung a.G. vom 27.4.1999 als Anerkenntnis auffasse**. Der Beklagte ging damit davon aus, dass dann, wenn seine Rechtsmeinung zutreffend war, nicht „auf der Stelle“ Klage gegen die ... Versicherung a.G. zu erheben war. Nur so konnte auch der Kläger diesen Teil des Beratungsgesprächs verstehen. Aber auch soweit der Beklagte den Kläger darüber hinaus noch darauf hingewiesen haben will, das Schreiben könne rechtlich eventuell anders gewertet werden, in diesem Fall drohe Verjährung, lässt dies nicht den Schluss zu, der Beklagte habe dem Kläger deshalb zu einer Klageerhebung „auf der Stelle“ raten wollen.

Dem Vorbringen des Beklagten folgend, hatte dieser sein **weiteres Tätigwerden unter die Bedingung gestellt, der Kläger solle den Gerichtskostenvorschuss und noch ausstehendes Anwaltshonorar zahlen**. Da der Beklagte den Kläger vor dem Besprechungstermin nicht darauf hingewiesen hatte, dass er noch in diesem Termin die nicht unerheblichen Beträge – jedenfalls 4.125,88 DM (2.109,53 EUR) aus einer ursprünglich an den Rechtsschutzversicherer gerichteten, später auf den Kläger umgeschriebenen Kostennote bezüglich des Rechtsstreits ... sowie den Gerichtskostenvorschuss – begleichen müsse, wenn die Klageerhebung erfolgen solle, konnte der Beklagte nicht davon ausgehen, dass bereits im Besprechungstermin der Bedingungseintritt durch (Bar-)Zahlung der von ihm angeblich geforderten Beträge erfolgte. Daraus folgt aber, dass auch der Beklagte unter einer „sofortigen“ Klageerhebung nicht verstanden haben kann, dass alle maßgeblichen Schritte hierfür noch im Beratungsgespräch erfolgen mussten. Jedenfalls aus Sicht des Klägers hätte dieser die (behauptete) Beratung des Beklagten nur dahin verstehen können, dass er nicht „auf der Stelle“ handeln musste, sondern dass noch ein gewisser zeitlicher Spielraum zur Begleichung der Forderung und Zahlung des Gerichtskostenvorschusses bestand.

Damit hätte der Beklagte nach seinem eigenen Vorbringen den Kläger aber darüber im Ungewissen gelassen, bis wann genau die Klageerhebung erfolgt sein musste. **Der Gefahr, dass der Kläger die Formulierung „sofort“ in dem vom Beklagten gemeinten Sinn nicht richtig verstand, hätte der Beklagte nur begegnen können, wenn er dem Kläger ein genaues Datum genannt hätte**, bis zu dem – unter Einhaltung des sichersten Weges „spätestens Klage gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. hätte eingereicht werden müssen. Der Beklagte hat trotz entsprechender Hinweise des Senats nicht dargelegt, entsprechend verfahren zu sein. Insofern ist es dem Beklagten vorzuwerfen, dass er den Kläger jedenfalls nicht in der gebotenen Deutlichkeit unmissverständlich auf die Verjährungsproblematik hingewiesen hat.

Entgegen der Auffassung des Beklagten entfällt diese Pflichtverletzung nicht wegen des Nichtausgleichs etwa offestehender Honoraransprüche und der fehlenden Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses seitens des Klägers. Ein „Zurückbehaltungsrecht“, dessen sich der Beklagte dieserhalb berührt, besteht schon deshalb nicht, weil sein Vortrag hierzu insgesamt widersprüchlich und nicht nachvollziehbar ist. Obwohl der Beklagte ein weiteres Tätigwerden von der Zahlung des Klägers abhängig gemacht haben will, hat er schließlich **10 Wochen nach dem Beratungsgespräch vom 15.10.2003 – ohne vorherige Zahlung des Klägers – die Klage auf eigene Kosten eingereicht**.

Die Hintergründe für dieses Verhalten hat der Beklagte nicht ansatzweise erläutert, obwohl der Kläger diesen Widerspruch stets aufgezeigt, das Landgericht im angefochtenen Urteil diesen Umstand zur Begründung seiner Entscheidung mit herangezogen und der Senat den Beklagten mit Beschluss vom 13.1.2009 darauf hingewiesen hat, dass sich nicht ohne Weiteres erschließe, weshalb er letztlich, ohne auf die Zahlung des Gerichtskostenvorschusses und die Begleichung der Kostennote durch den Kläger weiter Wert zu legen, unter Aufwendung eigener Mittel für den Gerichtskostenvorschuss Klage erhoben habe.

Da sich dieses Verhalten des Beklagten auch nicht aus den Gesamtumständen heraus erklären lässt, ist dieser Vortrag des Beklagten im Ergebnis als unsubstantiiert anzusehen und kann prozessual keine Berücksichtigung finden: Die Handlungsweise des Beklagten legt ohne die gebotene nähere Erläuterung den Schluss nahe, dass dieser den Kläger über das Erfordernis der rechtzeitigen Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses gerade nicht hinreichend belehrt und die Zahlung gefordert hat.

Für dieses Ergebnis sprechen auch weitere Indizien: So hatte der Rechtsschutzversicherer den Beklagten unmittelbar vor dem Beratungsgespräch am 1.10.2003 mit Schreiben vom 17.9.2003 und 1.10.2003 aufgefordert, unter besonderer Berücksichtigung der Verjährungsproblematik Stellung zu nehmen. Dass der Beklagte dem entsprochen hätte, hat er nicht dargetan und ist auch sonst nicht ersichtlich. Nicht von der Hand zu weisen ist damit die Annahme, der Beklagte habe den Kläger deshalb nicht umfänglich und richtig über die Verjährungsproblematik aufgeklärt, weil er sie selbst nicht ausreichend geprüft hatte.

Auch die Schilderung des Beklagten, wie der Kläger auf seine angebliche Beratung und das Zahlungsbegehren reagiert haben soll, ist angesichts der Gesamtumstände und der Bedeutung der Angelegenheit für den Kläger nicht nachvollziehbar. Der Kläger forderte von der ... Versicherungsgesellschaft a.G. einen erheblichen Betrag.

In der Klageschrift vom 31.12.2003 im Verfahren 10 O 3/04 Landgericht Potsdam kündigte er u.a. folgende Anträge an:

„I. Es wird festgestellt, dass die Beklagte dem Kläger eine lebenslange Unterhaltsrente in Höhe von 1.278,23 EUR/Monat, beginnend ab April 1998 schuldet.

II. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 88.197,85 EUR rückständige Unfallrente zzgl. 5% Zinsen über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 1.5.1988 für jeden Monatsbeitrag zu zahlen. (...)“.

Schon dies belegt, welche **außerordentlich hohe wirtschaftliche Bedeutung** die Streitigkeit mit der ... Versicherungsgesellschaft a.G. für den Kläger besaß. Angesichts dieser Interessenlage ist kaum vorstellbar, dass der Kläger die Angelegenheit auf sich beruhen lassen oder **das bewusste Risiko des Verjährungseintritts** eingehen wollte, obwohl er mit seinem Begehren gegenüber den anderen Versicherern durchgedrungen war. Das vom Beklagten errechnete Kostenrisiko in Höhe von ca. 30.000 EUR für einen neuen Prozess dürfte insoweit für ihn keinen Hinderungsgrund dargestellt haben, da der Kläger nach dem bisherigen Verlauf der Verfahren berechtigterweise annehmen konnte, dass sich dieses nicht für ihn verwirklichte. Letztlich muss dies auch der Beklagte so eingeschätzt haben. Andernfalls wäre es nicht zu erklären, wieso er schließlich Klage erhoben hat, obwohl der Kläger noch nicht einmal den Gerichtskostenvorschuss gezahlt hatte.

Angesichts dieser Hintergründe hätte es näherer Darlegungen des Beklagten bedurft, die seinen Vortrag, der Beklagte habe nicht klagen wollen, plausibel machten. Dabei hätte er auch erläutern müssen, weshalb er später dann davon ausging, der Kläger wolle doch Klage erheben lassen.

Das Beklagtenvorbringen lässt daher – wie eine Gesamtwürdigung ergibt – angesichts der aufgezeigten Umstände die erforderliche konkrete Darlegung, wie die Beratung des Klägers ausgesehen hat, die der Beklagte erbracht haben will, vermissen.

Die Pflichtverletzung der unterbliebenen Klageerhebung ist dem Beklagten **fahrlässig** i.S.d. § 276 II BGB unterlaufen. Anhaltspunkte dafür, dass er sich etwa gemäß § 280 I 2 BGB entlasten könnte, liegen nicht vor.

Ein **Mitverschulden** des Klägers unter dem Gesichtspunkt der fehlenden Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses hat der Beklagte nicht dargetan. Wie bereits ausgeführt, ist sein Vorbringen zu der angeblichen Weigerung des Klägers, den Gerichtskostenvorschuss zu zahlen, unsubstantiiert.

Die Pflichtverletzung des Beklagten ist auch **kausal** für den von der Klägerin geltend gemachten Schaden geworden. Eine rechtzeitig eingereichte Klage gegen die Versicherungsgesellschaft a.G. hätte zu einem Erfolg im Sinn der nunmehr im vorliegenden Regressverfahren gestellten Klageanträge geführt.

Dass der Kläger bei entsprechender pflichtgemäßer Beratung durch den Beklagten gegen die ... Versicherung a.G. in unverjährter Zeit hätte Klage erheben lassen, kann zu seinen Gunsten vermutet werden. Es besteht eine tatsächliche Vermutung dafür, dass derjenige, der einen anderen wegen seiner besonderen Sachkunde um Rat fragt, sich beratungsgemäß verhalten hätte, wenn er von diesem zutreffend

aufgeklärt und beraten worden wäre (vgl. BGH, Urt. v. 30.3.2000 – IX ZR 53/99; Urt. v. 17.11.1994 – IX ZR 208/93). Sie greift dann ein, **wenn bei sachgerechter Aufklärung im Hinblick auf die Interessenlage oder andere objektive Umstände aus der Sicht eines vernünftig urteilenden Menschen eindeutig eine bestimmte Reaktion nahegelegen hätte** (vgl. BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93; Urt. v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93).

Diese Vermutung hat der Beklagte nicht erschüttert. Eine Kostenproblematik hätte sich bei dem gerichtlichen Vorgehen für den Kläger angesichts seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gestellt, so dass davon auszugehen ist, dass der Kläger auch etwaige Verbindlichkeiten gegenüber dem Beklagten beglichen und den Kostenvorschuss eingezahlt hätte.

Selbst wenn der Kläger die von anderen Versicherern erhaltenen Beträge zum damaligen Zeitpunkt fest angelegt gehabt hätte, wie der Beklagte auch vorgetragen hat, ist nicht ersichtlich, dass dies einer Finanzierung jedenfalls des Gerichtskostenvorschusses im Weg gestanden hätte. Denkbar wäre z.B. gewesen, dass der Kläger einen Kredit aufgenommen und Teile der angelegten Beträge an den Darlehensgeber zur Sicherheit verpfändet hätte.

In dem Verfahren 10 O 3/04 Landgericht Potsdam (= 13 U 170/04 Brandenburgisches Oberlandesgericht) gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. hätte der Kläger mit den Anträgen, wie sie nunmehr Gegenstand des vorliegenden Regressverfahrens sind, obsiegt, wenn der Kläger rechtzeitig in unverjährter Zeit Klage erhoben hätte.

Hängt im zu entscheidenden Fall die Haftung des Rechtsanwalts vom Ausgang eines Vorprozesses ab, ist nicht darauf abzustellen, wie dieser voraussichtlich geendet hätte, sondern welche Entscheidung – nach Auffassung des Regressgerichts – richtigerweise hätte ergehen müssen (vgl. BGH, Urt. v. 13.6.1996 – IX ZR 233/95).

Eine rechtzeitig erhobene Klage gegen die ... Versicherungsgesellschaft a.G. hätte deshalb zu einem Erfolg des Klägers geführt, weil ein Versicherungsfall eingetreten war und dafür auch Deckungsschutz bestand. Die ... Versicherungsgesellschaft a.G. hätte im Fall ihrer Inanspruchnahme nicht mit Erfolg geltend machen können, es habe sich um kein unfreiwilliges Unfallereignis gehandelt: (...)

Das Landgericht Potsdam hat in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteils ausgeführt, die inhaltliche Frage der **Möglichkeit einer Selbstverletzung**, die trotz zweier in Parallelverfahren eingeholter medizinischer Gutachten nicht abschließend geklärt sei, weil die erlittene Verletzung am Auge auf einen geraden Einstich hindeute, ein Holzstab in einem Farbeimer jedoch – der Gravitation folgend – schräg zu ruhen pflege und sich auch durch die geringe Eindringtiefe eine kontrollierte Zufügung nicht ausschließen lasse, stelle sich der Kammer nicht, da der Beklagte eine fehlende Einstandspflicht des Unfallversicherers nicht eingewandt habe.

Nachdem der Beklagte in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat klargestellt hat, sich im vorliegenden Verfahren auch gegen die Behauptung des Klägers zu wenden, er habe einen Unfall erlitten, hatte der Senat der Frage nachzugehen, ob der Kläger eine freiwillige Gesundheitsbeschädigung erlitten hat, die eine erfolgreiche Inanspruchnahme des Unfallversicherers ausgeschlossen hätte. Nach dem Ergebnis der vom Senat durchgeführten Beweisaufnahme ist dies nicht der Fall: Aufgrund der vom Senat am 10.11.2009 durchgeführten ergänzenden Anhörung des Sachverständigen Dr. C. zu seinem rechtsmedizinischen Gutachten vom 27.12.2002 steht zur sicheren Überzeugung des Senats die Unfreiwilligkeit des streitgegenständlichen Unfallgeschehens fest.

Der Sachverständige hat sich bei seiner Anhörung insbesondere mit den Angriffen der ... Versicherung a.G. der Klageerwidern vom 14.4.2004 im Verfahren 10 O 3/04 Landgericht Potsdam auseinandergesetzt und ist noch einmal nachvollziehbar und widerspruchsfrei zu dem Ergebnis gelangt, der vom Kläger geschilderte Handlungsablauf (Bücken über eine Badewanne, um sich die Haare zu waschen, dabei Verletzung am Auge durch das abgebrochene Ende einer Holzleiste in einem Farbeimer) erkläre die festgestellte Augenverletzung (quere Risswunde der Augenhornhaut mit Substanzverlust der Augenhornhaut sowie Verlust der Augenlinse) und sei somit plausibel. Diesen Ausführungen des Sachverständigen – schriftlich zusammengefasst in seiner ergänzenden Stellungnahme vom 6.11.2009 – schließt sich der Senat an.

Die insoweit nachgelassenen Ausführungen des Beklagten im Schriftsatz vom 30.12.2009 vermögen es nicht, Zweifel an dem Ergebnis der Begutachtung zu erwecken. Entgegen der Auffassung des Beklagten kommt es nicht darauf an, dass die Ausführungen des Sachverständigen nicht auf eigenständigen unmittelbaren Wahrnehmungen beruhen. Vielmehr war es Aufgabe des Gutachters, den ihm unterbreiteten Sachverhalt sachverständig zu überprüfen.

Dies ist in überzeugender Weise geschehen. Zudem hat sich der Sachverständige im Einzelnen sorgfältig mit den Angriffspunkten, die gegen das Ergebnis seines Erstgutachtens aus Sicht der ... Versicherungsgesellschaft a.G. sprachen, auseinandergesetzt. Gegen die konkreten Einzelergebnisse hat der Beklagte keine Einwendungen mehr erhoben.

Der auf die Pflichtverletzung des Beklagten zurückzuführende kausale Schaden des Klägers besteht in dem Ausfall derjenigen Versicherungsleistungen, die ihm aufgrund einer rechtzeitig eingereichten Klage und eines erfolgreichen Rechtsstreits letztlich zugesprochen worden wären. Auch insofern ist die erstinstanzliche Würdigung nicht zu beanstanden. Der Senat nimmt auf sie Bezug. (...)

Der Feststellungsantrag des Klägers hat aus den im Ergebnis zutreffenden Gründen der angefochtenen Entscheidung Erfolg.

Der Feststellungsantrag ist zulässig. Insbesondere verfügt der Kläger über ein dahingehendes Feststellungsinteresse gemäß § 256 I ZPO. Zwar könnte er heute seinen Antrag weiter beziffern. Zwingend erforderlich ist eine dahingehende Umstellung des Antrags aber trotz des grundsätzlichen Vorrangs der Leistungsklage vor der Feststellungsklage nicht. **Befindet sich der anspruchsbegründende Sachverhalt (z.B. der Schaden) zur Zeit der Klageerhebung noch in der Fortentwicklung,** so ist die Feststellungsklage insgesamt zulässig, auch wenn der Anspruch bereits teilweise beziffert werden könnte. Der Geschädigte kann aber auch bezüglich des bereits bezifferbaren Teils des Schadens Leistungsklage und im Übrigen Feststellungsklage erheben (Zöller/Greger, ZPO 28. Aufl., § 256 Rdnr. 7a m.w.N.).

Der Feststellungsantrag ist auch begründet. Insofern ergeben sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht keine Abweichungen zu der Beurteilung des bezifferten Leistungsantrags. (...) ■

Anwalts-/Steuerberaterhaftung

- Abgabe der Steuerbefreiungserklärung (StraBEG v. 3.2.2004)
- Unverzügliches Tätigwerden
- Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens
- Verspätete Abgabe der Erklärung
- Zahlungsfähigkeit des Mandanten (OLG Braunschweig, Urt. v. 16.12.2009 – 3 U 200/08)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Anwalt/vereidigte Buchprüfer handelt pflichtwidrig, wenn er nach Eingang aller Unterlagen nicht unverzüglich eine Strafbefreiungserklärung nach § 1 Abs. 1 StraBEG abgibt.
2. Wurde die Erklärung verspätet abgegeben und dadurch der Eintritt der Wirkungen des StraBEG verhindert, ist die unterlassene Zahlung des errechneten Steuerbetrages durchaus „vertretbar“ und unterbricht nicht die Ursachenkette zwischen der Pflichtverletzung und einem Schaden.
3. Behauptet der Anwalt/vereidigte Buchprüfer, der Mandant hätte den erforderlichen Betrag nicht zahlen können, wenn die Erklärung rechtzeitig abgegeben worden wäre, ist er hierfür darlegungs- und beweispflichtig (Schadeneintritt bei rechtmäßigem Alternativverhalten). ■

Aus den Gründen:

- I. Der Kläger verlangt von dem Beklagten, welcher Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht ist, Schadenersatz wegen Pflichtverletzung aus Anwaltsvertrag. (...)

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, weil der Kläger die Voraussetzungen des § 1 StraBEG auch unabhängig von der womöglich verspäteten Erklärung durch den Beklagten nicht erfüllt habe. Er habe nämlich nicht den in der Erklärung aufgeführten Steuerbetrag von 16.290 EUR, erst recht nicht den nach den angegebenen Einnahmen zu errechnenden von 82.260,50 EUR, innerhalb von 10 Tagen nach Abgabe der Erklärung an das Finanzamt gezahlt. Auf die weiteren Streitfragen komme es deshalb nicht an.

Mit der Berufung beanstandet der Kläger der Sache nach Fehler bei der Tatsachenfeststellung und trägt dazu weiter vor.

Die Kammer habe ohne tatsächliche Grundlage unterstellt, dass der Kläger die notwendige Zahlung innerhalb der gesetzlichen Fristen ohnehin nicht habe erbringen können. Bereits bei dem ersten Gespräch im Juni 2006 habe er dem Beklagten sämtliche notwendigen Unterlagen übergeben, und dieser habe sie **gemeinsam** mit ihm **geprüft** und **geäußert**, der Kläger **müsse** mit einer **Steuerforderung** von 16.000 bis 17.000 EUR rechnen. Der Beklagte habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Kläger einen solchen Betrag innerhalb von 10 Tagen an das Finanzamt zu zahlen haben werde. Seine Frage, ob der Kläger dazu in der Lage sei, habe dieser bejaht; denn dergleichen Beträge habe er aus seinen laufenden Einnahmen per Girokonto zahlen können. Ein anderer Betrag sei nicht genannt worden, und der Kläger habe auch keinen Anlass gehabt, an den Aussagen des Beklagten zu zweifeln.

Auch wenn man davon ausgehe, dass der zu zahlende Betrag die vom Landgericht angenommene Höhe hätte **haben müssen**, stehe damit ein **eklatanter Fehler des Beklagten fest**. Eine **Tatsachengrundlage für die Feststellung, dass der Kläger eine Summe von über 80.000 EUR nicht habe aufbringen können**, habe die Kammer nicht gehabt. Der Kläger sei Eigentümer eines Wohnhauses mit einem Verkehrswert von 300.000 EUR. Beleihbar seien 60 % davon entsprechend 180.000 EUR. Da noch Belastungen von ca. 50.000 EUR vorhanden gewesen seien, habe der Kläger sogar noch Kredit in Höhe von 130.000 EUR aufnehmen und deshalb auch einen Betrag von 82.260,50 EUR aufbringen können.

Unerfindlich sei, warum der Beklagte für eine an sich nur einen bis drei Tage in Anspruch nehmende Erklärung mehr als drei Monate gebraucht **habe**.

Am 20.9.2004 habe den Kläger der Sachbearbeiter des Finanzamts M., Herrn H., angerufen und ihm die **Einleitung des Strafverfahrens mitgeteilt**. Der Kläger habe die **Situation noch retten wollen**, der Sachbearbeiter habe ihm aber **mitgeteilt, dafür sei es zu spät**. Auf **entsprechende Nachfrage habe er auch gesagt, auch für die Zahlung sei es zu spät**; nun **beginne eine umfangreiche Prüfung des Finanzamts**, an deren Ende der der normalen Steuerlast entsprechende Betrag stehen werde. Das erkläre, warum der Kläger die von dem Beklagten errechnete Summe nicht gezahlt habe. Die Wirksamkeit der Strafbefreiungserklärung sei allein an der

von dem Beklagten pflichtwidrig verursachten Verspätung gescheitert.

Der Kläger macht unwidersprochen geltend, das Strafverfahren gegen den Kläger sei nunmehr gemäß § 153a StPO gegen Zahlung von 500 EUR eingestellt worden.

Der Kläger hat im Senatstermin vom 25.11.09 seinen Berufungsantrag zu 2) auf Freistellung des **Klägers** von seiner Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Finanzamt ... hinsichtlich aller noch bestehenden Verbindlichkeiten aus dem Veranlagungszeitraum 1997 bis 2002 zurückgenommen.

(Anträge...)

Der Beklagte verteidigt das angefochtene Urteil. Er behauptet, er habe dem Kläger keine verbindliche Zusicherung eines zu zahlenden Betrags von 16.000 bis 17.000 EUR gegeben; eine solche Angabe sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich gewesen. Zudem habe der Kläger ihm weder bei der Beauftragung noch unmittelbar danach Unterlagen übergeben; erst auf wiederholte Aufforderungen habe er die für die Errechnung der Steuern notwendigen Belege nachgereicht.

Für eine frühere **Abgabe der Strafbefreiungserklärung** hätte der Kläger **sämtliche Zahlen zur Berechnung** der Bemessungsgrundlage liefern müssen; er sei aber selbst nicht in der Lage gewesen, sich innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über sämtliche nicht erklärten Einnahmen zu verschaffen. Er habe bei Auftragserteilung geäußert, die Zahlen erst noch zusammenstellen zu müssen.

Eine verbindliche Höhe habe erst nach **Überprüfung** durch das Finanzamt festgestellt werden können; erst nach Vorliegen der Strafbefreiungserklärung und sämtlicher Steuererklärungen habe entschieden werden können, ob die Vorschriften des StraBEG oder die allgemeinen steuerrechtlichen **Rücktrittsvorschriften günstiger für den Kläger** sein würden. **Jedenfalls** habe der Kläger **unabhängig** davon, ob er sich die erforderlichen Beträge beschaffen können, nicht einmal 16.000 bis 17.000 EUR geleistet. Sie seien unabhängig davon zu zahlen **gewesen**, ob sie zu Recht oder zu Unrecht festgesetzt worden seien.

Das in der **Berufungsbegründung behauptete Gespräch** des Klägers mit dem **Sachbearbeiter H.** werde **bestritten**; darauf komme es aber nach dem Vorstehenden nicht mehr an.

Der Beklagte bestreitet den Wert des Wohnhauses des Klägers. Dieser trage nicht vor, ob er **Allein- oder Miteigentümer (neben seiner Ehefrau)** sei, belege die **bestehenden** Belastungen nicht und spreche nicht den der Ehefrau zustehenden Zugewinnausgleich an. Auch bestreitet der Beklagte, dass der Kläger seine gesamten Steuerschulden durch seine Bank finanziert erhalten hätte. Dieser räume jetzt auch endlich ein, **bereits am 20.9.2006 die Einleitung des Strafverfahrens mitgeteilt** bekommen zu haben; schriftlich sei die Mitteilung nach **Abgabe der Strafbefreiungserklärung und sämtlicher Steuererklärungen** erfolgt.

Das Rechtsbehelfsverfahren habe der Beklagte wegen Mandatskündigung durch den Kläger nicht mehr durchführen können. (...)

II. Die zulässige Berufung ist in dem noch rechtshängigen Umfang nur zu einem geringen Teil begründet, nämlich in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang. Denn nur in diesem Umfang ist die Klage begründet; im Übrigen ist sie unbegründet.

Der Kläger hat einen Anspruch gegen den Beklagten auf Schadenersatz wegen Pflichtverletzung im Anwaltsvertrag aus §§ 280 Abs. 1 i.V.m. 675 BGB in Höhe von 6.679,62 EUR. Einer Fristsetzung bedurfte es gemäß § 281 Abs. 1 Satz 1 BGB nicht, weil der Kläger dem Beklagten Unterlassung rechtzeitigen Handeins vor einem bestimmten Zeitpunkt (hier: Bekanntgabe der Einleitung des Ermittlungsverfahrens) vorwirft; in einem solchen Fall ist die geschuldete Leistung nicht nachholbar.

1. **Gegenstand des Vertrages** war – insoweit unstreitig – die Prüfung der Unterlagen des Klägers und die Abgabe der erforderlichen Erklärungen gegenüber dem Finanzamt M. Der Kläger hat von Anfang an umfassende Auftragserteilung behauptet; dem steht das Beklagtenvorbringen, zunächst habe sich das Mandat nur auf 2001 erstreckt und erst später auf die Folgejahre, nicht entgegenstehen. Von daher kommt es auch nicht auf die Frage an, welche der beiden vorgelegten, in der Unterschriftenzeile unterschiedlichen Vollmachten für die Auftragserteilung maßgeblich ist.

2. Es gehörte im Rahmen des zwischen den Parteien geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zu den Aufgaben des Beklagten, **durch Befragung des Klägers und Bitte um Bereitstellung der notwendigen Unterlagen (BGH, NJW 1961, 601, 602) die erforderlichen Erklärungen gegenüber dem Finanzamt vorzubereiten und sie dann unverzüglich abzugeben**. Der Beklagte durfte die Abgabe der Erklärung auch nicht einfach seinem Büropersonal überlassen, wie es in seiner Einlassung im erstinstanzlichen Termin anklingt (BGH, NJW 1981, 2741, 2743). Wäre ihm die angesonnene Aufgabe weniger vertraut gewesen, hätte er sich einarbeiten oder den Mandanten an einen spezialisierten Kollegen verweisen müssen (BGH, NJW 2001, 675, 678; Vollkommer/Heinemann, *Anwaltshaftungsrecht* 2. Aufl., Rz. 196 m.w.N.).

Dies alles gilt unabhängig davon, ob der Beklagte von Anfang an zu einer Erklärung nach § 1 Abs. 1 StraBEG geraten hat, wie der Kläger behauptet, oder die Möglichkeit einer Selbstanzeige nach § 371 AO offenhalten wollte, wie der Beklagte selbst geltend macht.

3. Eine **Pflichtverletzung** des Beklagten liegt darin, dass er auch nach Eingang aller Unterlagen **nicht unverzüglich für den Kläger eine Erklärung nach § 1 Abs. 1 StraBEG abgegeben hat**.

a) Soweit er dagegen einwendet, der Kläger habe anfangs keine Unterlagen bei sich gehabt und diese erst nach zahlreichen Erinnerungen beigebracht, kommt es darauf nicht

entscheidend an. Denn auch nach seinem eigenen Vorbringen hatte er alle Unterlagen am 16.8.2004 vorliegen, während er bzw. sogar nur eine Angestellte die Erklärung für den Kläger nach dem StraBEG unstreitig erst am 21.9.2004 vorbereitet und per Telefax abgeschickt hat. Das gilt auch hinsichtlich der Erklärung für das Jahr 2002. Insoweit hat der Beklagte nur behauptet, die Daten am 20.9.2004 eingegeben zu haben; dass er diesen Jahrgang nicht früher bearbeiten konnte, weil der Kläger seine Unterlagen erst unmittelbar vorher eingereicht hatte, hat er nicht vorgetragen.

Zumindest nach Sichtung der Unterlagen musste es für den Beklagten als Rechtsanwalt und vereidigten Buchprüfer innerhalb eines oder zweier Tage nach dem 16.8.2004 möglich gewesen sein, die Einnahmen für die StraBEG-Erklärung zu addieren und gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 StraBEG aufzuschlüsseln; mehr Angaben wurden für diese Erklärung nicht benötigt. Auch die Berechnung der Einkommensbeträge gemäß § 1 Abs. 2 bis 5 StraBEG erforderte nur wenige Minuten, weil sie sich auf die Addition der Roheinnahmen, die Multiplikation mit einem Prozentsatz und die Zusammenstellung aller so ermittelten Beträge beschränkte. Dass die Erklärung innerhalb einer ganz kurzen Frist hätte erstellt werden können, ergibt sich auch daraus, dass der Beklagte selbst die Erklärung unstreitig noch an demselben Tage abgesendet hat, an welchem der Kläger bei ihm deswegen vorgesprochen hatte, nämlich am 21.9.2004.

b) Auch der Einwand des Beklagten, er habe erst noch prüfen wollen, **ob die Alternative einer Selbstanzeige nach § 371 AO für den Kläger günstiger sei**, greift nach dem eigenen Vorbringen des Beklagten nicht.

Der Kläger gibt selbst zutreffend die Regelung des StraBEG wieder, wonach je nach Steuerart 10 bis 60 % der Einnahmen anzugeben und bei Zahlung bis 31.12.2004 pauschal ein Steuersatz von 25 % zu errechnen und zu entrichten war (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2–5 StraBEG). Wie der Senat im Termin vom 25.11.2009 ausgeführt hat, sprechen der Gesetzestext (§ 1 Abs. 2 Nr. 1, 2 StraBEG) und auch die amtliche Begründung der Bundesregierung zum Gesetzesentwurf (BT-Drucks. 15/1521 v. 8.9.2003, unter B.1. b)) ausdrücklich davon, dass von einem je nach Steuerart verschiedenen pauschalisierten Prozentsatz der (Roh-)„Einnahmen“ auszugehen ist, nicht aber von den bereits nach steuerrechtlichen Gesichtspunkten um Aufwendungen reduzierten „Einkünften“, wie der Klägerevertreter noch im Senatstermin gemeint hat. § 1 Abs. 2 Nr. 2 StraBEG spricht nicht dagegen, sondern enthält eine zweite Alternative für Fälle, in denen nicht die Einnahmen verschwiegen, sondern die Ausgaben überhöht angesetzt worden waren.

Dass der Berechnung die Einnahmen unter Einschluss der Umsatzsteuer und ohne Abzug von Freibeträgen für Aufwendungen zugrunde zu legen waren, ergibt sich ferner auch aus dem „Bundeseinheitlichen Merkblatt zur Anwendung des Strafbefreiungserklärungsgesetzes“ des Bundesministeriums der Finanzen v. 3.2.2004 – IV A 4 – S 1928-18/04 (Textziffern 3.2, 3.3, 3.3.5, 3.3.8, 3.3.9, 3.4, 3.4.1, 3.5, 3.5.1, 3.6, im Juris-Ausdruck S. 5–8).

Soweit der Klägervertreter dagegen im Senatstermin ein Extrembeispiel mit einer Gewinnspanne von lediglich 5 % (Roheinnahmen 1.000.000 EUR Aufwendungen 950.000 EUR) angeführt hat, belegt dies lediglich, dass in derartigen Ausnahmefällen durchaus die Prüfung sinnvoll sein konnte, ob sich die Abgabe der Erklärung nach StraBEG für den Steuerpflichtigen lohnte. Dadurch ändert sich aber nichts daran, dass im Interesse einer einfachen Prüfung ausdrücklich von den „Einnahmen“ ausgegangen werden soll und nicht von den bereits unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten ermittelten „Einkünften“. Soweit der Klägervertreter im Termin mündlich ausgeführt hat, wenn man dem folge, habe er selbst zahlreiche Erklärungen nach dem StraBEG mit falschen Angaben für andere Mandanten abgegeben, steht dies nicht entgegen. Es ist schon ungewiss, in welchem Umfang die Angaben trotzdem plausibel erschienen sind und in welchem die Finanzämter die eingegangenen Erklärungen überhaupt vereinzelt geprüft haben.

Der nicht nachgelassene Schriftsatz des Klägervertreters vom 26.11.2009 gab insoweit keinen Anlass zum Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung. Soweit der Klägervertreter mit nicht nachgelassenem Schriftsatz vom 1.12.9 auf Textziffer 12.10 des zitierten Bundeseinheitlichen Merkblatts hinweist, wonach die strafbefreiende Erklärung mit Eingang beim Finanzamt einer Steuerfestsetzung ohne Vorbehalt der Nachprüfung gleichstehe, führt auch dies nicht zu einem Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung, weil der Kläger sich bis zu deren Schluss den Inhalt der strafbefreienden Erklärung insoweit nicht zu eigen gemacht hat, im Gegenteil diese insoweit selbst für fehlerhaft hält, weil sie nicht auf 25 % des angegebenen Einnahmenbetrags von 329.042 EUR lautet. Das gilt auch, wenn man die nicht weiter durch Tatsachen untermauerte bloße Vermutung des Klägers im Telefax-Schriftsatz vom 3.6.2008 berücksichtigt, der Betrag von 16.290 EUR könne richtig sein.

Danach ist gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 1 StraBEG von einem Steuersatz von 25 % auf – je nach Steuerart – 10 bis 60 % der im Einzelnen anzugebenden und zu belegenden Einnahmen auszugehen. Dass bei Zahlung bis 31.3.05 ein erhöhter Steuersatz von 35 % fällig geworden wäre (§ 1 Abs. 6 StraBEG), bleibt außer Betracht. Denn für die Frage, was bei einer Betrachtung ex ante in der Beratungssituation Mitte August 2004 zu tun war, kommt es nicht darauf an, ob der Kläger nach Abgabe der Erklärung gezahlt hat oder nicht. Soweit der Beklagte meint, eine derartige allein an den Prozentsätzen ablesbare Vergünstigung, die unstreitig einen zusätzlichen Anreiz für das vereinfachte Verfahren bieten sollte, müsse stets noch daraufhin überprüft werden, ob nicht doch das Verfahren nach der Abgabenordnung günstiger sei, ist dem nicht zu folgen.

Zwar ist richtig, dass das StraBEG daneben die Möglichkeit der Selbstanzeige gemäß § 371 AO unberührt ließ (BFHE 218, 1; in Juris Rz. 30). **Es ist jedoch nicht erkennbar, warum sonst der Gesetzgeber die Sonderregelungen des StraBEG eingeführt haben sollte, wenn nicht deshalb, weil die Steuerlast danach für die säumigen Steuerpflichtigen günstiger als in der Mehrzahl der Fälle war.** Denn mit dieser Anordnung

von pauschalen Teil-Bemessungsgrundlagen von 10 bis 60 % der realen Einnahmen sollte ein besonderer Anreiz zur Rückkehr in die **Steuerehrlichkeit** geschaffen werden. Das ergibt schon die **Gesetzesbegründung** (vgl. *BT-Drucks. 15/1521* unter A.; *NdsFG, DStRE 2009, 693*; in *Juris Rz. 23*; *Bloehs, Das Strafbefreiungserklärungsgesetz – Die Brücke zur Steuerehrlichkeit, BB 2004, 247*; in *Juris, S. 2 f* unter 1., 2. b) und S. 8 unter III.).

Es mag nun zwar auch Fälle gegeben haben, in denen die Inanspruchnahme von Steuervorteilen wie Abschreibungen sogar gegenüber dem Verfahren gemäß StraBEG noch Vorteile bringt (vgl. *Bloehs, a.a.O.*; in *Juris S. 2 f*). Dass hier aber ein solcher **Ausnahmefall vorliege, hat der Beklagte nicht vorgetragen**. Deshalb kommt es in diesem Zusammenhang (noch) nicht entscheidend darauf an, wie hoch die erwartete Steuerlast in beiden Alternativen in DM und EUR tatsächlich war. Denn man hätte davon auszugehen, dass die Alternative des Verfahrens nach StraBEG für den Kläger mangels Vorliegens eines Ausnahmefalls günstiger war.

Selbst wenn man dies aber anders sähe, wäre es nach dem Sphärengedanken Sache des Beklagten gewesen, vereinzelt unter Vorlage der zugrunde liegenden Berechnungen darzutun, dass und warum (überhaupt) beide Alternativen ernsthaft in Betracht kamen. Dies ist ihm nicht gelungen. Denn zum Zeitpunkt, als er nach seinem eigenen Vorbringen endlich die Art der abzugebenden Erklärung prüfen konnte, also Mitte August 2004, wäre nach seiner eigenen Steuerberechnung (Klageerwiderung) nicht der gemäß § 1 Abs. 6 StraBEG fällige Betrag von 128.082,16 EUR, sondern der gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2 StraBEG fällige von 91.487,28 EUR zum Vergleich mit einer Lösung nach § 371 AO heranzuziehen gewesen. Solange nichts dafür ersichtlich war, dass der Kläger von vornherein nicht bis 31.12.2004 würde zahlen können, musste der Beklagte in der konkreten Beratungssituation bei der Betrachtung ex ante von der Möglichkeit ausgehen, dass der Kläger diesen Betrag würde aufbringen können, oder dies zumindest in Erfahrung bringen.

Da jedoch der Beklagte die Steuerlast bei Selbstanzeige selbst mit 98.166,90 EUR angibt, wäre nach seinen eigenen Berechnungen **in jedem Fall** eine umgehende Erklärung nach § 1 StraBEG **angezeigt** gewesen, zumal der Kläger auf diesem Wege zusätzlich die Kosten und die Strafe in einem Steuerstrafverfahren vermied. Dass die Finanzbehörde später nicht mehr als gut 70.000 EUR verlangt hat und das Strafverfahren **gegen den Kläger gegen** eine Geldbuße von lediglich **500 EUR gemäß § 153a StPO** eingestellt worden ist, ändert daran nichts.

Noch günstiger fiele der Vergleich für den Kläger aus, wenn die Einnahmen sich wie in der schließlich abgegebenen Erklärung nach dem StraBEG tatsächlich auf 329.042 EUR belaufen hätten; denn danach wären, wie die Kammer zutreffend ausgerechnet hat, nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 StraBEG nur 82.260,50 EUR zu zahlen gewesen. Erst recht wäre es günstiger, wenn der Kläger lediglich Einnahmen anzugeben gehabt hätte, die dem tatsächlich in der Erklärung angegebenen Steuerbetrag von 16.290 EUR entsprochen hätte,

also ($x \cdot 4 =$) 65.160 EUR. Das aber ist – wie ausgeführt – bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung vom Kläger nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden, ebenso wenig vom Beklagten.

Nach eigenem Vorbringen des Beklagten war die Eingabe der Belege für die Jahrgänge 1997–2001 bereits am 20.8.2004 abgeschlossen. Dann aber war es ihm auch ohne Weiteres möglich, unter Zuhilfenahme der üblichen Berechnungsprogramme innerhalb von 1–2 Tagen die voraussichtliche Steuerlast bei Selbstanzeige nach § 371 AO zu errechnen. Für den Jahrgang 2002 ist, wie ausgeführt, ebenfalls von diesem Zeitplan auszugehen, weil der Beklagte einen späteren Eingang der Unterlagen des Klägers nicht dargetan hat. Bei Zugrundelegung seines eigenen Zahlenwerks hätte der Beklagte aber dem Kläger zu raten gehabt, umgehend die Erklärung nach § 1 StraBEG abzugeben, und diese vorzubereiten gehabt.

c) Nach alledem hatte der Beklagte spätestens vier Wochen vor dem 20.9.2004 alle Daten zur Verfügung, die er selbst nach seinem eigenen Vorbringen für eine ordnungsgemäße Erklärung gegenüber dem Finanzamt M. brauchte; und auch nach seinen eigenen Berechnungen war die Erklärung nach § 1 Abs. 1 StraBEG angezeigt. **Spätestens nach einer Bearbeitungszeit von 1–2 Tagen und damit immer noch mehr als drei Wochen vor dem 20.9.2004 hätte er dem Kläger zu raten gehabt, die Erklärung umgehend abzugeben, und diese vorzubereiten gehabt.** Die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens war dem Kläger zu diesem Zeitpunkt noch nicht mitgeteilt. Eine Pflichtverletzung liegt deshalb nach dem eigenen Vorbringen des Beklagten vor.

d) Soweit sich der Kläger weiterhin darauf beruft, der Beklagte habe mit einem zu zahlenden Betrag von 16.290 EUR bei deklarierten Einnahmen von 329.042 EUR überhaupt eine fehlerhafte Erklärung abgegeben, weil der zu zahlende Steuerbetrag auf 25% der Einnahmen hätte lauten sollen, ist die Ursächlichkeit dieses (weiteren) Fehlers nicht dargetan. Die Finanzverwaltung hat sich nach dem eigenen Vorbringen des Klägers zur Begründung der Ablehnung seiner Erklärung gem. StraBEG von Anfang an allein auf die Versäumung einer rechtzeitigen Abgabe der Erklärung bezogen. Aus diesem Grund kann dahinstehen, was die Rechtsfolge von derartigen widersprüchlichen Angaben gewesen wäre, wenn die Erklärung rechtzeitig abgegeben worden wäre.

4. Zu Unrecht hat das Landgericht angenommen, die Ursächlichkeit des Pflichtverstoßes des Beklagten sei dadurch entfallen, dass der Kläger nicht nachfolgend den erforderlichen Steuerbetrag nach § 1 StraBEG gezahlt habe. Dabei hat die Kammer zusätzlich darauf abgestellt; dass nach der Angabe von Einnahmen in Höhe von 329.042 EUR nicht nur der in das StraBEG-Formblatt eingesetzte Betrag von 16.290 EUR, sondern vielmehr ein solcher von 82.260,50 EUR zu zahlen gewesen wäre.

Nur wenn man hier von einem nachfolgenden freien Willensentschluss des Klägers auszugehen hätte, der unsachgemäß war und nicht nur eine berechtigte Reaktion auf den

Anwaltsfehler, so wäre die **Ursachenkette** unterbrochen, der Pflichtverstoß nicht mehr adäquat-kausal für den etwaigen Schaden („Herausforderungsrechtsprechung“, BGH, NJW 2002, 1117, 1120; Vollkommer, a.a.O., Rz. 504 m.w.N. in Fn 603; Rinsche/Fahrendorf/Terbille, Die Haftung des Rechtsanwalts 7. Aufl., Rz. 772). Das ist aber nicht der Fall; es handelte sich um eine berechtigte Reaktion des Klägers auf die Mitteilung, die Erklärung sei zu spät eingegangen.

a) Der Kläger hat unstreitig nicht mehr gezahlt. **Da aber schon die verspätete Abgabe der Erklärung** – unabhängig von den Fragen, ob sie per Telefax zulässig, unterschrieben und inhaltlich richtig war – **den Eintritt der Wirkungen des StraBEG verhinderte, war es ohne Weiteres vertretbar, die Zahlung nicht mehr zu leisten.** Dies würde erst recht dann gelten, wenn der Kläger vom Sachbearbeiter beim Finanzamt auf Frage ausdrücklich gesagt bekommen hätte, die Abgabe der Erklärung und die Zahlung seien sinnlos; das aber kann im Ergebnis dahinstehen.

b) Das Vorbringen des Klägers geht dahin, dass er den erforderlichen Betrag in jeder hier in Rede stehenden Höhe hätte zahlen können, wenn die Erklärung denn nur rechtzeitig gewesen wäre, während das Vorbringen des Beklagten so zu verstehen ist, dass der Kläger ohnehin nicht hätte zahlen können. Damit handelt es sich um eine Frage nach dem **Schadeneintritt auch bei rechtmäßigem Alternativverhalten des Beklagten** (s. dazu Palandt/Heinrichs, BGB 68. Aufl., Rz. 105 ff vor § 249). **Dafür ist der Schädiger und damit hier der Beklagte darlegungs- und beweispflichtig** (ebenda Rz. 107; BGH, NJW 2005, 1718, 1720; 1993, 520, 521).

Hier kommt es nunmehr darauf an, von welchem zu zahlenden Steuerbetrag nach den Vorschriften des StraBEG auszugehen ist. Dies hängt von der tatsächlichen Höhe der Einnahmen des Klägers und ihrer Aufschlüsselung i.S.v. § 3 Abs. 1 Satz 3 StraBEG ab, wobei Letztere als Anlage zu der Erklärung vom 21.9.2004 nicht vorliegt. Die Höhe könnte nur dann dahinstehen, wenn feststünde, dass der Kläger keinen der in Betracht kommenden Beträge (bis zu dem vom Beklagten errechneten von 91.487,28 EUR) hätte bezahlen können.

Indessen hat der Beklagte dagegen **zur damaligen Bonität des Klägers nichts von Substanz vorgetragen.** Soweit dieser selbst in erster Instanz – entgegen der Auffassung der Kammer ausreichend substantiiert – vorgetragen hat, er hätte den Betrag von 16.290 EUR wie auch ca. 50.000 EUR ohne Weiteres zur Verfügung stellen können, und dies in der Berufungsinstanz weiter bis zu einem Betrag von 130.000 EUR konkretisiert hat, ist der Beklagte bei seinem pauschalen Bestreiten der Leistungsfähigkeit des Klägers geblieben. Da er darlegungspflichtig ist, geht der Mangel des Vortrags zu seinen Lasten. Deshalb waren die von Klägerseite benannten Zeugen K. und L. nicht zu vernehmen.

5. Für die Höhe des Schadens ist maßgeblich, inwieweit sich bei erfolgreichem Verfahren nach StraBEG aller Wahrscheinlichkeit nach (§ 287 ZPO) eine geringere Steuerlast und

geringere Kosten für den Kläger ergeben hätten, als er sie infolge der Pflichtverletzung des Beklagten zu tragen hatte. Für diese Differenz ist der Geschädigte darlegungs- und beweispflichtig. Danach aber ist davon auszugehen, dass dem Kläger nur ein Schaden in Höhe von 6.679,64 EUR entstanden ist.

Denn nach dem eigenen Vortrag des Klägers ist unklar, wie hoch seine Steuerbelastung insgesamt bei rechtzeitiger Erklärung nach StraBEG gewesen wäre. Seine Darlegungen und Berechnungen dazu im Schriftsatz vom 3.6.2008 hat der Beklagte insoweit substantiiert bestritten, als er behauptet, der Kläger sei für die Ermittlung der nach StraBEG fälligen Steuersumme fälschlich von Gewinnen statt (Roh-)Einnahmen ausgegangen. Der Kläger hat demgegenüber noch im Senatstermin vom 25.11.2009 lediglich daran festgehalten, dass sein Ansatz zutreffe. Der Senat hat bereits im Termin sowie nochmals vorstehend ausgeführt, dass gemäß § 1 Abs. 2–5 StraBEG im Interesse einer einfachen Ermittlung der Steuersumme je nach Steuerart pauschale, dem Steuerpflichtigen im Zweifel günstige Erfahrungswerte von 10 bis 60 % der Roheinnahmen zu deklarieren waren, worauf dann 25 % Steuern zu errechnen und zu entrichten waren. Dem entspricht das Rechenwerk des Klägers trotz Hinweises nicht. Auch insoweit gab der nicht nachgelassene Schriftsatz des Klägersvertreters vom 26.11.2009 keinen Anlass zum Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung.

Zudem hat der Kläger zu Unrecht die Jahre 1997 und 1998 aus seiner Berechnung ausgeklammert, weil das Finanzamt ersichtlich auch insoweit neue Bescheide erlassen hat. Die in der StraBEG-Erklärung vom 21./27.9.2004 enthaltene Einnahmensumme von 329.042 EUR hat sich der Kläger auch nicht zu eigen gemacht, wie sich aus seinem Schriftsatz vom 7.10.2008 ergibt.

Auch die tatsächliche Gesamt-Steuerlast hat der Kläger nicht substantiiert dargelegt; zumindest stehen die Berechnungen des Beklagten in der Klageerwidlung entgegen. Der Kläger hat zunächst – ohne Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag 2002 und unter unzutreffender Ausklammerung einer Zinsposition – einen Betrag von 83.155,36 EUR angenommen. Er hat aber schon im klageändernden Schriftsatz vom 5.2.2008 einen solchen von (58.155,62 + 53.181,85 =) 111.337,47 EUR angenommen.

Im Schriftsatz vom 3.6.2008 ist dagegen nur mehr von einem Gesamtbetrag von 98.142,92 EUR („siehe Klageschrift“) die Rede, der sich aber in der Klagebegründung nicht findet. Die Klageforderung ist nach wie vor nicht ordnungsgemäß berechnet, weil der Zahlungsantrag – trotz Hinweises des Senats – einerseits mit 41.865,06 EUR unverändert auf einen Betrag lautet, der die vorstehend aufgeführten Neuberechnungen außer Acht lässt, der Kläger sich aber andererseits unzutreffend den in der Erklärung nach StraBEG aufgeführten Steuerbetrag (16.290 EUR) abziehen lassen will. Geklärt ist mit Schriftsätzen des Klägers vom 19. und 23.11.2009 nebst Anlagen lediglich, dass ein Einkommensteuerbetrag für das Jahr 2002 deshalb nicht in den Berechnungen des Klägers auftaucht, weil er nicht angefallen ist.

Ein durch die Pflichtverletzung des Beklagten dem Kläger entstandener Schaden steht deshalb lediglich nach dem eigenen Vorbringen des Beklagten insoweit fest, als dieser bereits in der Klageerwidlung nebst Anlagen selbst die in den Bescheiden über Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag, Umsatz- und Gewerbesteuer nebst Zinsen für 1997 bis 2002 festgesetzten Beträge mit 98.166,90 EUR (Klageerwidlung) und diejenige bei Berechnung nach den Vorschriften des StraBEG mit 91.487,28 EUR angegeben hat. Daraus errechnet sich als jedenfalls dem Kläger entstandener Schaden eine Differenz von 6.679,62 EUR, die der Beklagte nach seinem eigenen Vorbringen dem Kläger zu erstatten hat.

6. Der Feststellungsantrag ist zulässig und begründet, weil der Kläger zu Recht geltend gemacht hat, dass ihm ein weiterer, noch nicht bezifferbarer Schaden in Form von Kosten des Strafverfahrens entstanden ist. Eine Umstellung auf die Leistungsklage wegen zwischenzeitlichen Feststehens der Summe braucht der Kläger in der Berufungsinstanz nicht mehr vorzunehmen (BGH, NJW-RR 2004, 79, 81 m.w.N.; Juris Rz. 26). (...) ■

Versicherungsschutz

- Vorvertragliche Obliegenheitsverletzung
- Falsche Angaben im Fragebogen
- Anfechtung wegen arglistiger Täuschung
- Rückwärtsversicherung
- Rückforderung gezahlter Anwalts honorare (LG Düsseldorf, Urt. v. 11.8.2010 – 9 O 289/09)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Versicherungsnehmer täuscht den Versicherer arglistig, wenn er im Fragebogen im Rahmen der „Erklärung zur Rückwärtsversicherung“ keine Angaben zu den möglichen Ansprüchen wegen Pflichtverletzungen gemacht hat.
2. Die wahrheitsgemäße Beantwortung der Frage nach bekannten Pflichtverletzungen versetzt den Versicherer in die Lage, sich auf das erhöhte Haftungsrisiko einzustellen. ■

Zum Sachverhalt:

Die Kläger machen gegen die Beklagte Ansprüche aus einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe und leitende Angestellte (sog. Directors & Officers-Versicherung) geltend.

Der Kläger zu 1) war zwischen dem 24.2.1999 und dem 31.12.2004 Vorstand der X. Die Aktien der X werden zu 100% von der X gehalten. Die X bildet zusammen mit der X die X. Der Kläger war ebenfalls Geschäftsführer der jeweiligen Komplementär-Gesellschaften, also der der X und der X. Schließlich war der Kläger zu 1) Kommanditist der X. Der

Kläger war sowohl als Vorstand der X als auch als Geschäftsführer der X alleinvertretungsberechtigt. Der Kläger zu 2) war zwischen dem 1.10.1999 bis zum 13.9.2004 Vorstand der X. Er war zur Gesamtvertretung zusammen mit dem Kläger zu 1) oder einem Prokuristen befugt.

Mit Schreiben vom 11.5.2005 wurden die Kläger durch die X auf Schadenersatz in Höhe von ca. 1.899.000 EUR wegen sorgfaltswidriger Geschäftsführung in Anspruch genommen. Diese Ansprüche wurden auf ein Fehlverhalten der Klägerin in vier Komplexen gestützt, nämlich eine Geschäftsbeziehung der X mit der X und X, eine Geschäftsbeziehung der X zu der X, die Durchführung des Windparkprojekts X sowie ein Vermittlungsvertrag mit einer Frau X.

Dem Komplex „X“ lag der folgende Sachverhalt zugrunde: Im Jahr 2001/2002 verhandelten die Kläger als Vertreter der X mit der X über den Abschluss eines Kooperationsvertrages über die gemeinsame Errichtung, Vermarktung und Betriebsführung von Windparkanlagen. Hintergrund der beabsichtigten Kooperation war eine vertragliche Vereinbarung zwischen der X und der X vom 19.7.2000, auf deren Grundlage die X gegenüber dem X mit Schreiben vom 31.8.2000 erklärt hatte, Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen ausschließlich der X zur Verfügung zu stellen. Die X hatte zu diesem Zeitpunkt mit der X einen Letter of Intent geschlossen und wähnte sich in der Lage, bevorzugten Zugriff auf sog. Konversionsflächen, also auf Grundstücke, auf denen möglicherweise Windparks angelegt werden können, nehmen zu können.

Am 27.2.2001 kam zwischen der X und der X, vertreten durch die Kläger, eine Kooperationsvereinbarung zustande. In der Präambel der Vereinbarung ist niedergelegt, dass die X über „vertraglich abgesicherte Rechte an ca. 20 Grundstücken zur Entwicklung und Realisierung von Windparks“ verfügt. Die X verpflichtete sich in § 3 Ziff. 6) der Vereinbarung, der X rückwirkend ab dem 1.2.2001 monatliche Zahlungen in Höhe von 100.000 DM zu erbringen. Für den Fall einer Kündigung seitens der X sah § 5 Ziff. 1 Abs. 2 der Vereinbarung vor, dass gezahlte Beträge nicht an die X zurückzuzahlen sind. Die Zahlungsverpflichtung der X wurde vier Monate lang erfüllt, d.h., es wurden 400.000 DM an die X gezahlt. Die X verfügte allerdings über keinerlei dinglich abgesicherte Rechte auf den Erwerb der in der Kooperationsvereinbarung genannten Grundstücke. Als eine Überlassung von Grundstücken an die X seitens des Landes Brandenburg infolge eines Politikwechsels ausblieb, war diese daher nicht in der Lage, entsprechend der mit der X getroffenen Vereinbarung Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Die X erklärte daraufhin mit Schreiben vom 1.8.2001 die Anfechtung des Vertrages mit der X wegen arglistiger Täuschung und erhob – nachdem zuvor die X erfolglos zur Rückzahlung der gezahlten Beträge aufgefordert worden war – Klage auf Rückzahlung vor dem Landgericht Kleve. Das Landgericht Kleve wies diese Klage mit Urteil vom 28.3.2002 (1 O 487/01) mit der Begründung ab, dass zwar seitens der X nicht darauf hingewiesen worden sei, dass diese

über keinerlei dingliche oder schuldrechtliche Nutzungsrechte an bestimmten Grundstücken verfügte, dass aber die X hinreichend Gelegenheit und angesichts ihres erheblichen geplanten finanziellen Engagements und der Formulierung des Vertragstextes auch Anlass gehabt habe, sich über die behaupteten Rechtspositionen zu informieren.

Der X sei bekannt gewesen, dass Dritte, nämlich die X bzw. die X, Eigentümer der Grundstücke bzw. Inhaber sonstiger Rechte an den Grundstücken waren, die zur Errichtung der Windparks dienen sollten. Dennoch habe die X von der X keinerlei schriftliche Nachweise über das Bestehen vertraglicher oder dinglicher Nutzungsrechte verlangt. Noch während des Verfahrens vor dem Landgericht Kleve wurde über das Vermögen der X das Insolvenzverfahren eröffnet, wovon die X am 2.1.2002 Kenntnis erlangte. Nach der Abweisung der Rückzahlungsklage durch das Landgericht Kleve machte der Insolvenzverwalter der X auf Grundlage des zwischen der X und der X geschlossenen Kooperationsvereinbarung Ansprüche in Höhe von 734.046 DM geltend, die sich aus sieben Monatsraten in Höhe von 100.000 EUR und den Kosten für die Erlangung einer Baugenehmigung in Höhe von 34.046 DM zusammensetzten.

Die Kläger ließen für die X Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Kleve einlegen. Am 21.5.2003 erging dann ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf zugunsten der X, durch das der Insolvenzverwalter der X verpflichtet wurde, Forderungen der X in Höhe von 204.516,75 EUR (= 400.000 DM) zur Insolvenztabelle festzustellen. Zugleich wurde der Geschäftsführer der X als Gesamtschuldner zur Zahlung eines entsprechenden Betrages verurteilt.

Am 20.2.2003 wurde zwischen der X, der X sowie der Beklagten die streitgegenständliche Directors & Officers-Versicherung abgeschlossen. Als Beginn des Versicherungsschutzes wurde der 1.1.2003 vereinbart. Dem Versicherungsvertrag lagen u.a. die Allgemeinen Versicherungsbedingungen der Beklagten (AVB OLA 2001) zugrunde. Der Versicherungsvertrag gewährte den versicherten Personen Versicherungsschutz für den Fall, dass diese wegen eines Fehlverhaltens von Dritten oder einem versicherten Unternehmen für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden (§ 1 Ziff. 1 OLA 2001). Versicherte Personen waren u.a. alle ehemaligen, gegenwärtigen und künftigen Mitglieder des Vorstands oder der Geschäftsführung von versicherten Unternehmen. Versicherte Unternehmen waren die Versicherungsnehmerinnen selbst sowie deren Tochterunternehmen (§ 13 OLA 2001).

Die Versicherung umfasste eine Rückwärtsdeckung, d.h., sie galt auch für Ansprüche wegen solcher Pflichtverletzungen, die bereits vor Vertragsschluss begangen worden waren (§ 2 Ziff. 1 OLA 2001). Maßgeblich war allein, dass Schadenersatzansprüche während der Laufzeit des Vertrages geltend gemacht wurden (sog. Claims-made-Prinzip). Der Versicherungsvertrag enthielt in § 5 OLA 2001 sowie in der Besonderen Bedingung Nr. 3 eine Reihe von Ausschlüssen vom Versicherungsschutz. So erfasste die Versicherung etwa keine Ansprüche wegen wesentlicher Pflichtverletzungen der ver-

sicherten Personen sowie wegen Pflichtverletzungen, die den Versicherten bereits bei Vertragsschluss bekannt waren.

Schließlich ist auch ein Eigenschadenausschluss vereinbart, was bedeutet, dass in dem Fall, dass Schadenersatzansprüche durch ein Unternehmen geltend gemacht werden, an dem die versicherte Person in Höhe von mindestens 15 % des Kapitals beteiligt ist, die Versicherung den Teil des Anspruchs nicht erfasst, der dem Anteil der versicherten Person entspricht. Einen weiteren Ausschluss enthält der Vertrag für solche Versicherungsfälle, „die von Mitgliedern der Familie X, d.h. Herrn X, seinen Eltern, Kinder, Enkeln oder Geschwistern“ betrieben werden.

Der Abschluss des Versicherungsvertrages kam wie folgt zustande: Mit Schreiben vom 23.9.2002 fragte die X bei der Beklagten nach einer Directors & Officers-Versicherung für die X-Firmengruppe an. Dem Schreiben beigelegt waren zwei auf den 17.6.2002 datierte Fragebögen, die durch den Kläger zu 1) unterzeichnet waren. Diese Fragebögen enthielten unter Ziff. 16 unter der Überschrift „Erklärung zur Rückwärtsversicherung“ folgende Angaben:

„Dem Unternehmen, den Tochterunternehmen und den zu versichernden Personen sind keine Handlungen, Unterlassungen bzw. Pflichtverletzungen bekannt, von denen anzunehmen ist, dass sie zu Schadenersatzansprüchen führen können, die unter die Deckung dieser Versicherung fallen.

ODER

Die Handlungen bzw. Unterlassungen gemäß den Erläuterungen auf dem beigelegten Blatt könnten einen Schadenersatzanspruch auslösen.

Die mit den genannten Handlungen bzw. Unterlassungen im Zusammenhang stehenden Schäden sind vom Versicherungsschutz ausgeschlossen.

Stellt sich im Schadenfall heraus, dass das Unternehmen, die Tochterunternehmen oder die versicherten Personen bei Abschluss des Vertrages Kenntnis von entsprechenden Pflichtverletzungen hatten, sind jegliche Ansprüche, die daraus entstehen, vom Versicherungsschutz ausgeschlossen.“

Der Kläger zu 1) machte hinsichtlich der Ziff. 16 des Fragebogens keine Angaben. Die Beklagte bot daraufhin den Abschluss einer Versicherung mit der Versicherungssumme 1.500.000 EUR an, allerdings unter Vorbehalt der Beantwortung der Frage 16 des Fragebogens. Daraufhin wurde der Beklagten ein Schreiben des Klägers zu 1) vom 10.12.2002 zugeleitet, in dem dieser im Hinblick auf Frage 16 der Fragebögen mitteilte, dass im Zusammenhang mit einer juristischen Auseinandersetzung mit der Gesellschafterfamilie X Strafanzeigen bzw. Klagen gegen Organe der Gesellschaft rechtskräftig abgewiesen worden seien. Das daraufhin eingeleitete Ausschlussverfahren gegen den Gesellschafter X sei derzeit noch nicht abgeschlossen. Vor diesem Hintergrund wurde in den Versicherungsvertrag der bereits dargestellte Ausschluss aufgenommen. Während einer Besprechung am

22.1.2003, an der u.a. der Kläger zu 1) sowie ein Vertreter der Beklagten teilnahmen, wurden dem Kläger zu 1) abermals die Fragebögen vorgelegt und die Beantwortung der Frage 16 eingefordert. Daraufhin kreuzte der Kläger zu 1) in den Fragebögen die verneinende Variante an.

Nach Eingang des Aufforderungsschreibens der X vom 11.5.2005 wurde dieses der Beklagten zugeleitet. Diese gewährte vorläufig Versicherungsschutz in Gestalt von Abwehrdeckung und stellte die Kläger von den Kostenrechnungen der Rechtsanwältin X über 33.825,17 EUR frei. Mit Schreiben vom 26.9.2005 übersandte die Rechtsanwältin X der Beklagten den Entwurf eines Erwidierungsschreibens an die X sowie vier Aktenordner mit Unterlagen, darunter das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 21.5.2003.

Anfang des Jahres 2006 beantragte die X einen Mahnbescheid gegen die Kläger und begründete im Folgenden ihren Anspruch im gerichtlichen Verfahren vor dem Landgericht Augsburg (1 HK O 1849/06). Im Verlauf dieses Verfahrens forderte die Beklagte bei der Rechtsanwältin X Informationen an, worauf diese mit Schreiben vom 13.7., 20.7. und 25.7.2007 antwortete. In dem Schreiben vom 13.7.2007 gab die Rechtsanwältin eine Risikoeinschätzung ab. Dem Schreiben vom 25.7.2007 beigelegt waren das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf sowie 18 in diesem Verfahren ausgetauschte Schriftsätze, das Urteil des Landgerichts Kleve sowie vier anwaltliche Schriftsätze aus diesem Verfahren sowie diverse Anlagen zu den Schriftsätzen der beiden Verfahren. Am 19.9.2007 besuchte ein Mitarbeiter der Beklagten der Firmensitz der X in Augsburg und nahm Einsicht in die Aktenbestände. Der Mitarbeiter stieß bei dieser Gelegenheit u.a. auf die Auskünfte zur Insolvenz der X und auf das Schreiben des Insolvenzverwalters der X, mit dem dieser Forderungen gegenüber der ECC geltend machte. Für diesen Besuch fielen aufseiten der Beklagten Reisekosten in Höhe von 259,69 EUR an. Am 26.2.2008 fand ein Gespräch zwischen Mitarbeitern der Beklagten und dem Kläger zu 2) statt.

Mit Urteil des Landgerichts Augsburg vom 8.5.2008 wurden die Kläger zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 148.274,63 EUR an die X verurteilt. Dieses Urteil wurde sogleich an die Beklagte weitergeleitet. Mit Schreiben vom 13.6.2008 erklärte die Beklagte dann mit Schreiben an die X die Anfechtung des Versicherungsvertrages wegen arglistiger Täuschung sowie den Rücktritt des Vertrages wegen Verletzung vorvertraglicher Anzeigepflichten. Mit Telefax vom 20.6.2008 forderte die Beklagte die Kläger zur Erstattung eines Betrages in Höhe von 36.614,35 EUR bis zum 11.7.2008 auf. Dieser Forderung lagen die genannten Kosten der Beauftragung der Rechtsanwältin X, die genannten Reisekosten sowie weitere Rechtsverfolgungskosten in Höhe von 2.529,50 EUR zugrunde, von denen die Beklagte den Kläger zu 1) freigestellt hatte.

In dem auf das Verfahren vor dem Landgericht Augsburg folgenden Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht München (14 U 416/08) wurden die Kläger sodann mit Urteil vom 7.5.2009 zur Zahlung von 352.791,38 EUR verurteilt.

Das Oberlandesgericht München begründete seine Entscheidung u.a. damit, dass die Kläger ihrer Pflicht zur angemessenen Information nach § 93 Abs. 1 und 2 AktG nicht gerecht geworden seien, da sie entweder den Vertrag mit der X im Vertrauen auf „vertraglich abgesicherte“ Zugriffsrechte der X geschlossen hätten, ohne sich über das Bestehen derartiger Rechte zu vergewissern, oder aber in Kenntnis der Tatsache, dass die X eigentlich nur „beste Beziehungen“ für sich in Anspruch nahm, hinter denen keine Rechtsansprüche standen.

Die Kläger hätten für den Fall einer Vertragskündigung durch die X während der ersten vier Monate einen Verlust des bis dahin zu zahlenden Betrages in Höhe von 204.516,75 EUR, was 1/3 des Vorjahresumsatzes entspreche, und für den Fall des Scheiterns der Fertigstellung des ersten Windparks verlorene Investitionen in noch deutlich höherer Größenordnung in Kauf genommen. Dies ist aus Sicht des Gerichts schlechterdings nicht vertretbar. Darüber hinaus stellte das Oberlandesgericht auch eine Pflichtverletzung dahingehend fest, dass die Kläger nicht die Zustimmung des Aufsichtsrats zu dem Vertrag mit der X eingeholt hätten.

Der Kläger zu 2) vereinbarte mit der X die Zahlung eines Betrages in Höhe von 75.000 EUR, die mit den Forderungen der X gegen die Kläger verrechnet werden sollte, damit die X davon absah, eine Übertragung des dem Kläger zu 2) gehörenden hälftigen Anteils an einer selbstgenutzten Wohnimmobilie auf seine Kinder im Jahr 2006 anzufechten. Der genannte Betrag wurde durch die Schwester und den Prozessbevollmächtigten des Klägers zu 2) gezahlt.

Der Kläger zu 1) wurde durch die X unter dem Aktenzeichen 1 HKO 399/08 vor dem Landgericht Augsburg durch die X zusätzlich in Anspruch genommen, weil er gegenüber der X Zahlungen in Höhe von 197.200 EUR angewiesen hat, obwohl die X geschuldete Gegenleistungen nicht oder nicht in ausreichendem Maß erbracht habe. Zu einer gerichtlichen Entscheidung kam es nicht, da der Kläger zu 1) am 28.9.2009 mit der X einen umfassenden Vergleich sowohl hinsichtlich des Verfahrens vor dem Landgericht Augsburg als auch hinsichtlich des bereits abgeschlossenen Verfahrens vor dem Oberlandesgericht München schloss. Auf Grundlage dieser Vereinbarung wurden Ansprüche der X gegen beide Kläger in Höhe von 455.000 EUR sowie Ansprüche gegen den Kläger zu 1) in Höhe von 197.200 EUR mit Abfindungsguthaben des Klägers zu 1) in Höhe von 298.000 EUR sowie mit einer weiteren Zahlung des Klägers in Höhe von 150.000 EUR verrechnet.

Die Kläger behaupten, zum Zeitpunkt des Abschlusses des Versicherungsvertrages keine Kenntnis in Bezug auf Pflichtverletzungen im Rahmen der Geschäftsbeziehungen zwischen der X und der X gehabt zu haben. Auch seien Ansprüche seitens der X bis zum Jahr 2005 nicht geltend gemacht worden, obwohl die Angelegenheit den zuständigen Aufsichtsräten und der Muttergesellschaft bekannt gewesen sei. Erst nach Ausscheiden der Kläger aus dem Konzern infolge eines Machtwechsels innerhalb der X seien Ansprüche geltend gemacht worden.

Der Kläger zu 1) behauptet, dass sämtliche Verhandlungen zwischen dem Versicherungsmakler, der X, und der Beklagten durch den Prokuristen der X, Herrn X, geführt worden seien. Dieser sei beauftragt gewesen, die Haftungsfälle zusammenzustellen, die in den Zeitraum der Rückwärtsversicherung fielen, und sei dabei nur auf den Komplex „X“ gestoßen. Weiterhin behauptet der Kläger zu 1), dass der Komplex „X“ im Hinblick auf seine wirtschaftliche Bedeutung gegenüber dem Komplex „X“ nicht sonderlich ins Gewicht falle, und ist daher der Ansicht, dass Erstgenannter gegenüber der Beklagten nicht offenzulegen gewesen wäre.

Der Kläger zu 2) ist der Ansicht, eine Verletzung der Anzeigepflicht im Rahmen des Abschlusses des Versicherungsvertrages sei bereits deshalb ausgeschlossen, weil ausweislich des Fragebogens der Beklagten die bei Vertragsschluss bekannten Pflichtverletzungen ohnehin vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind. Eine zusätzliche Angabe bestimmter Pflichtverletzungen habe daher nur deklaratorischen Charakter. Die Verneinung der Frage 16 des Fragebogens könne nicht falsch sein, da aufgrund des automatischen Ausschlusses bekannter Pflichtverletzungen diese von vornherein nicht unter den Versicherungsschutz fielen. Weiterhin handele es sich bei der Beantwortung der Frage 16 des Fragebogens um eine Prognose. Hierzu behauptet der Kläger zu 2), dass bei Abschluss des Versicherungsvertrages nicht davon auszugehen war, dass die Kläger wegen des Komplexes X durch die X erfolgreich in Anspruch hätten genommen werden können.

Die Kläger sind darüber hinaus der Ansicht, dass der Versicherungsvertrag durch die Beklagte nicht innerhalb der Jahresfrist des § 124 Abs. 1 BGB angefochten worden sei. Sie behaupten diesbezüglich, dass die Beklagte bereits mit der Übersendung des Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf am 26.9.2005 wegen der darin enthaltenen Zusammenfassung des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichts Kleve hinreichende Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung der Kläger gehabt habe. Eine solche ergebe sich auch aus dem Aufforderungsschreiben der X vom 11.5.2005. (...)

(Anträge ...)

Die Beklagte behauptet, den Klägern sei hinsichtlich des Komplexes „X“ von Anfang an bekannt gewesen, dass die X über keine rechtsverbindlichen, vertraglichen Ansprüche hinsichtlich der Nutzung und des Erwerbs von Grundstücken hatte. Auch sei den Klägern durch das Urteil des Landgerichts Kleve vom 28.3.2002 bekannt gewesen, dass sie im Rahmen der Geschäftsbeziehung mit der X Pflichtverletzungen begangen hätten, die Schadenersatzansprüche nach sich ziehen würden. Den Klägern sei weiterhin bewusst gewesen, dass wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Insolvenz der X etwaige Ansprüche gegen diese nicht mehr erfolgreich hätten geltend gemacht werden können.

Die Beklagte behauptet weiterhin, erstmals mit Übersendung des Schreibens der Rechtsanwältin X vom 25.7.2007 Kenntnis von dem Urteil des Landgerichts Kleve erlangt zu haben.

Auch von den Forderungen des Insolvenzverwalters gegen die X habe sie erstmalig durch die ebenfalls übersandte Berufungsbegründung der X vom 3.7.2002 erfahren. Bei dem Gespräch zwischen Mitarbeitern der Beklagten und dem Kläger zu 2) am 26.2.2008 habe dieser zugestanden, dass die X gegenüber der X niemals behauptet habe, Inhaberin dinglicher Grundstücksrechte zu sein. Die Kläger seien sich bewusst gewesen, dass die Rechtsposition der X unsicher war. Die Anfechtung des Vertrages mit der X sei entgegen der tatsächlichen Sach- und Rechtslage erfolgt, um sich der Zahlungsverpflichtung gegenüber der X zu entziehen. Die Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Kleve sei nur erfolgt, weil der Insolvenzverwalter der X Ansprüche gegen die X geltend gemacht habe.

Die Beklagte behauptet, dass sie den Versicherungsvertrag nicht abgeschlossen hätte, wenn die Kläger die Vorgänge aus den Geschäftsverbindungen mit der X angezeigt hätten. Jedenfalls wäre in diesem Fall ein Ausschluss von Ansprüchen aus diesem Komplex ähnlich dem Ausschluss von Ansprüchen der Familie X in den Vertrag aufgenommen worden.

Hilfsweise erhebt die Beklagte die Arglisteinrede nach § 853 BGB. Insoweit ist sie der Ansicht, dass ein etwaiger Anspruch der Kläger gegen sie durch eine unerlaubte Handlung erworben worden sei. Daher könne sie auch im Fall nicht rechtzeitiger Anfechtung von den Klägern die Befreiung von den Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag verlangen.

Die Beklagte ist der Ansicht, dass eine Haftung wegen einer wissentlichen Pflichtverletzung der Kläger, wegen deren vorvertraglicher Kenntnis von Schadenersatzpflichten und wegen des Eigenschadenausschlusses nicht gegeben ist. Hinsichtlich des letztgenannten Punktes bestreitet die Beklagte mit Nichtwissen, dass die Kläger nicht mit mindestens 15 % an der X beteiligt sind.

Schließlich ist die Beklagte auch der Ansicht, dass Ansprüche der Kläger wegen des Haftungsausschlusses für den Komplex „X“ in dem Versicherungsvertrag ausgeschlossen seien. Insoweit macht sich die Beklagte den Vortrag der Kläger zu eigen, wonach die Inanspruchnahme der Kläger aus Gründen persönlicher Rache durch die Familie X betrieben werde. (...)

Aus den Gründen:

1. Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet. Die Kläger haben gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Versicherungsvertrag. Dieser Vertrag gilt nach § 142 Abs. 1 BGB als von Anfang an unwirksam, da er durch die Beklagte mit Erklärung vom 13.6.2008 wirksam nach § 123 Abs. 1 BGB angefochten worden ist.

Die Beklagte wurde bei Abschluss des Versicherungsvertrages durch den Kläger zu 1) arglistig getäuscht. Die Täuschung des Klägers zu 1) ist darin zu sehen, dass er in den durch ihn unterzeichneten Fragebögen im Rahmen der Erklärung zur Rückwärtsversicherung keine Angaben zu möglichen Ansprüchen wegen Pflichtverletzungen im Rahmen der Geschäftsbeziehung der X zu der X gemacht hat.

Dass die Möglichkeit solcher Ansprüche bestand, war dem Kläger zu 1) indes zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bekannt. Wie sich auch aus dem Urteil des Oberlandesgerichts München ergibt, haben die Kläger den Vertrag mit der X vom 27.2.2001 nicht auf der Grundlage angemessener Information geschlossen und sind damit ein nicht mehr vertretbares unternehmerisches Risiko eingegangen. Sie schlossen einen Vertrag mit der X, der die monatliche Zahlung von 100.000 DM vorsah, vor dem Hintergrund, dass die X ausweislich der Präambel des Vertrages „über vertraglich abgesicherte Rechte an ca. 20 Grundstücken zur Entwicklung und Realisierung von Windparks“ verfügte. **Tatsächlich bestanden aufseiten der X keinerlei rechtverbindliche vertragliche Ansprüche hinsichtlich des Erwerbs oder der Nutzung solcher Grundstücke.**

Die Tatsache, dass der Zahlungsverpflichtung gegenüber der X **keine gesicherte Aussicht auf den Erwerb dieser Grundstücke** gegenüberstand, war den Klägern auch bewusst. So hat der Kläger zu 2) ausgeführt, dass man davon ausging, dass die X aufgrund der mit der X Brandenburg geschlossenen Kooperationsverträge vertragliche Zugriffsrechte oder zumindest bevorzugte faktische Zugriffsmöglichkeiten auf die Grundstücke der X hätte. Auch der Kläger zu 1) hat vorgetragen, dass die Kläger positiv wussten, dass die X über keine grundbuchmäßig abgesicherten Rechte verfügte, dafür aber über hervorragende Kontakte, sowie, dass die X eine Position innehatte, welche ihr den Zuschlag bezüglich der Projektrechte an den Konversationsflächen de facto garantierte. Hieraus ergibt sich, dass sich die Kläger letztlich allein von einer lediglich faktischen Zugriffsmöglichkeit ausgingen, von der in keiner Weise gesichert war, dass diese auch rechtlich durchsetzbar sein würde.

Dass dieses Vorgehen als pflichtwidrig angesehen werden und demnach die Möglichkeit von Schadensansprüchen gegen die Kläger mit sich bringen könnte, war den Klägern auch spätestens mit Erlass des Urteils des Landgerichts Kleve bekannt. **Nach Erlass dieses Urteils war der Versuch der X, die ohne Gegenleistung an die X erbrachten Zahlungen im Wege einer Vertragsanfechtung wegen arglistiger Täuschung zurückzuerlangen und damit einen Schaden in Höhe der erbrachten Zahlungen abzuwenden, vorläufig gescheitert.** Die Ablehnung einer arglistigen Täuschung durch die X wurde in diesem Urteil damit begründet, dass für die X, also für die für diese handelnden Kläger, sowohl Gelegenheit wie auch Anlass bestand, die durch die X behaupteten Positionen hinsichtlich der Grundstücke zu hinterfragen und zu prüfen. Aufgrund dieser Ausführungen war für die Kläger **ersichtlich, dass es Versäumnisse ihrerseits im Rahmen des Vertragsschlusses mit der X gegeben hat** und dass dadurch der X ein Schaden entstanden ist.

Un erheblich ist, dass die Kläger möglicherweise trotz des Urteils des Landgerichts Kleve weiterhin der Ansicht waren, arglistig getäuscht worden zu sein. Nachdem das Landgericht Kleve das Vorliegen einer arglistigen Täuschung verneint hatte, mussten die Kläger jedenfalls **die Möglichkeit in Betracht ziehen**, dass sie ihre Rechtsauffassung letztendlich nicht würden durchsetzen können und dass damit **auch die**

Möglichkeit bestand, wegen ihrer Vorgehensweise im Rahmen des X-Geschäfts auf Schadenersatz in Anspruch genommen zu werden. Dies galt umso mehr, als dem Kläger zu 1) zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses auch bereits die Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegen die X bekannt war, wodurch die Durchsetzbarkeit etwaiger Ansprüche gegen die X gänzlich unwahrscheinlich wurde.

Dass letztendlich das Oberlandesgericht Düsseldorf – nach Abschluss des streitgegenständlichen Versicherungsvertrages – doch noch eine arglistige Täuschung festgestellt hat, steht dem Vorstehenden nicht entgegen, da zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ein solcher Ausgang nicht mit Sicherheit prognostiziert werden konnte, sodass sich die Kläger darauf nicht verlassen konnten. Unerheblich ist weiterhin, dass entsprechende Ansprüche gegen die Kläger durch die X **zunächst nicht geltend gemacht** wurden. Es kann auch dahinstehen, ob diese Ansprüche erst aufgrund eines „Machtwechsels“ innerhalb der X verfolgt wurden.

Dass nicht darauf abgestellt werden kann, ob Ansprüche bereits geltend gemacht wurden, ergibt sich bereits aus dem dem Versicherungsvertrag zugrunde liegenden „Claims-made-Prinzip“, wonach ein Versicherungsschutz nur für solche Ansprüche besteht, die während der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden. **Wären die Kläger also bereits vor Vertragsschluss durch die X in Anspruch genommen worden,** wären dies von vornherein nicht vom Versicherungsschutz umfasst gewesen. Ebenso wenig kann darauf abgestellt werden, dass eine Verfolgung etwaiger Ansprüche zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses wegen der damaligen Machtverhältnisse innerhalb der X **wenig wahrscheinlich** war.

Maßgeblich für die Einschätzung des zu versichernden Risikos kann nicht die ohnehin kaum abschätzbare Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Anspruchsverfolgung sein, sondern allein das objektive Vorliegen von Umständen, die Grundlage eines Schadenersatzanspruchs sein können. Dass eine Verfolgung der Ansprüche zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses faktisch ausgeschlossen war, dass also die X gleichsam den Verzicht auf die Durchsetzung etwaiger Schadenersatzansprüche erklärt hätte, ist nicht ersichtlich.

Der Kläger zu 1) war auch verpflichtet, die Möglichkeit des Bestehens derartiger Ansprüche der Beklagten mitzuteilen. Die Beklagte **fragte in ihren Fragebögen** im Rahmen der Erklärung zur Rückwärtsversicherung explizit nach bekannten **Handlungen, Unterlassungen bzw. Pflichtverletzungen, von denen anzunehmen ist, dass sie zu Schadenersatzansprüchen führen können**, die unter die Deckung der Versicherung bei der Beklagten fallen. Der Kläger war verpflichtet, diese Frage wahrheitsgemäß zu beantworten. Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, ob die Anbahnung des Versicherungsvertrages durch den Kläger selbst oder stattdessen durch einen Herrn X durchgeführt wurde. Jedenfalls hat der Kläger zu 1) die maßgeblichen Fragebögen der Beklagten unterschrieben und sich die darin enthaltenen Angaben damit zu eigen gemacht. Auch hat die Beklagte vorgetragen – ohne dass dies durch die Kläger hinreichend bestritten worden ist –, dass es auch eine Besprechung des Klägers zu 1) mit

Mitarbeitern der Beklagten vor dem Vertragsschluss gegeben hat, in der der genannten Passus der Fragebögen thematisiert worden sei.

Den Klägern kann auch nicht in der Einschätzung gefolgt werden, dass die Angaben des Klägers zu 1) im Rahmen der Erklärung zur Rückwärtsversicherung objektiv richtig gewesen seien. Die Kläger berufen sich darauf, dass die Fragestellung unter der Ziffer 16 des Fragebogens in sich widersprüchlich sei, da einerseits bekannte Pflichtverletzungen, die zu Ansprüchen führen können, welche unter den Versicherungsschutz fallen, angegeben werden sollen, dass aber andererseits unter Ziffer 16 weiter ausgeführt wird, dass bei Vertragsschluss bekannte Pflichtverletzungen generell vom Versicherungsschutz ausgenommen seien. Nach Auffassung der Kläger wird die Frage 16 damit sinnlos, da es keine Ansprüche geben könne, die der Aufklärungspflicht der Frage 16 unterfallen.

Dieser Gedanke der Kläger geht indes fehl. Die Kläger verkennen, dass der generelle Ausschluss nur für solche Ansprüche gilt, hinsichtlich derer sich im Schadenfall herausstellt, dass sie bereits bei Vertragsschluss bekannt waren. Dies bedeutet, dass die Beklagte im Streitfall nachweisen müsste, dass die Ansprüche bekannt waren und dass daher kein Versicherungsschutz besteht. Demgegenüber dient die Frage 16 des Fragebogens gerade dem Zweck, eine derartige Nachweislast der Beklagten im Streitfall zu vermeiden, indem die **Kenntnis von etwaigen Pflichtverletzungen bereits im Vorfeld des Vertragsschlusses abgefragt wird. Die Beklagte wird durch wahrheitsgemäße Beantwortung der Frage in die Lage versetzt, sich auf das erhöhte Haftungsrisiko infolge der bekannten Pflichtverletzung einzustellen**, etwa indem sie bestimmte Ansprüche ausdrücklich vom Versicherungsschutz ausnimmt oder indem sie vom Vertragsabschluss gänzlich absieht.

Infolge der Täuschung durch den Kläger zu 1) wurde bei der Beklagten eine **Fehlvorstellung hinsichtlich des für sie mit dem Versicherungsvertrag verbundenen Risikos** herbeigeführt.

Diese Fehlvorstellung war auch **kausal für den Abschluss des Versicherungsvertrages** in seiner konkreten Form. Bereits grundsätzlich spricht viel dafür, dass eine Versicherung ein ihr mitgeteiltes bekanntes Haftungsrisiko in nicht völlig unbedeutender Höhe bei der konkreten Gestaltung des zu schließenden Versicherungsvertrages berücksichtigt und entsprechende Anpassungen, sei es durch Haftungsausschlüsse oder durch Prämienenerhöhung, vornimmt. Da das bekannte Haftungsrisiko aus dem Geschäftsbeziehung mit der X hier jedenfalls bei über 200.000 EUR lag, kann dieses keinesfalls als unbedeutend eingestuft werden.

Darüber hinaus bestehen hier aber auch konkrete Anhaltspunkte für eine Auswirkung der unterlassenen Angaben des Klägers zu 1) auf die Willensentscheidung der Beklagten. Bereits die Tatsache, dass die Beklagte in ihren Fragebögen **explizit nach bekannten Pflichtverletzungen** fragt, indiziert, dass derartige Angaben für ihre Entscheidung zum Abschluss

des Vertrages relevant sind. Eindeutig wird dies sodann aufgrund der Tatsache, dass hinsichtlich des möglichen Haftungskomplexes „X“ nach der entsprechenden Mitteilung durch den Kläger zu 1) ein ausdrücklicher Haftungsausschluss in den Vertrag aufgenommen wurde. Es sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass die Beklagte im Hinblick auf den möglichen Haftungskomplex „X“ insoweit anders reagiert und eine Anpassung des Vertrages vollständig unterlassen hätte.

Ein solcher Anhaltspunkt liegt entgegen der Auffassung der Kläger auch nicht darin, dass der mögliche Haftungsumfang des Komplexes „X“ wesentlich höher liegt als der des Komplexes „X“. Wie bereits dargelegt, erreicht der Haftungsumfang des letztgenannten Komplexes zumindest die nicht unerhebliche Summe von 200.000 EUR. Vor diesem Hintergrund kann auch bei einer unterstellten erheblichen Diskrepanz der Haftungssummen nicht angenommen werden, dass die Mitteilung der Möglichkeit von Ansprüchen aus dem Komplex „X“ für die Vertragsgestaltung seitens der Beklagten keinerlei Rolle gespielt hätte.

Der Kläger zu 1) handelte auch arglistig. **Arglist setzt sowohl hinsichtlich der Unrichtigkeit der gegenüber dem Vertragspartner gemachten Angaben wie auch hinsichtlich einer Beeinflussung der Willensbildung des Vertragspartners zumindest bedingten Vorsatz voraus.** Nach dem soeben Ausgeführten musste der Kläger spätestens nach Erlass des Urteils des Landgerichts Kleve mit der Möglichkeit einer Inanspruchnahme durch die X wegen seiner Vorgehensweise im Rahmen der Geschäftsbeziehung mit der X rechnen, auch wenn er weiterhin die Auffassung vertrat, durch die X getäuscht worden zu sein. Als er bei der Beklagten durch seine Angaben in dem Fragebogen den Eindruck erweckte, eine solche Möglichkeit bestehe nicht, nahm er daher zumindest billigend in Kauf, dass seine Angaben unrichtig waren.

Darüber hinaus nahm der Kläger zu 1) auch zumindest **billigend in Kauf, dass seine falschen Angaben zu bekannten Haftungsrisiken Einfluss auf die Entscheidung der Beklagten zum Abschluss des Vertrages haben würden.** Hiervon musste der Kläger zu 1) bereits deshalb ausgehen, weil die Beklagte im Rahmen des Fragebogens derartige Informationen explizit eingefordert hat. Dass sich der Kläger zu 1) der Relevanz dieser Informationen auch bewusst war, ergibt sich daraus, dass er hinsichtlich des Komplexes „X“ auch entsprechende Angaben machte, die dann zu einem entsprechenden Haftungsausschluss durch die Beklagte führten.

Die Erklärung der Anfechtung durch die Beklagte war auch nicht verfristet. Die Beklagte hat die Anfechtung noch **innerhalb der Jahresfrist** des § 124 Abs. 1 BGB erklärt. Diese Frist beginnt nach § 124 Abs. 2 BGB mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anfechtungsberechtigte die Täuschung entdeckt. Es kann dahinstehen, wann genau bei der Beklagten hinreichende Informationen vorlagen, um den Lauf der Jahresfrist des § 124 Abs. 1 BGB in Gang zu setzen. Jedenfalls ist nicht davon auszugehen, dass der Beklagten diese Informationen vor der Übersendung des Urteils des Landgerichts Kleve im Juli 2007 bekannt waren.

Soweit die Kläger vortragen, die Beklagte sei bereits durch die im Mai 2005 durch die Rechtsanwältin X übersandten Unterlagen über alle maßgeblichen Umstände informiert worden, kann dem nicht gefolgt werden. Die der Beklagten zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen waren unklar und zum Teil auch widersprüchlich. So lagen der Beklagten etwa die Anspruchsbegründung der Rechtsanwälte der X sowie die Einschätzung der Prozesslage durch die Rechtsanwältin X vor. Hieraus konnte die Beklagte entnehmen, dass sich die X Ansprüchen gegenüber den Klägern berühmte sowie dass die Rechtsanwältin die Berechtigung solcher Ansprüche nicht ausschließen konnte.

Wenngleich die Beklagte hierdurch Kenntnis von Umständen erlangte, die eine Schadenersatzverpflichtung der Kläger gegenüber der X begründen können, so verfügte sie jedoch noch **nicht über die Kenntnis davon, dass der Kläger zu 1) diese Umstände bei Abschluss des Versicherungsvertrages auch bewusst verschwiegen hatte.** Vielmehr musste die Beklagten wegen des ebenfalls übersandten Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf den Eindruck gewinnen, dass die Kläger im Rahmen des Vertragsschlusses mit der X arglistig getäuscht worden waren und dass daher ein etwaiger Schaden der X gerade nicht auf einem pflichtwidrigen Verhalten der Kläger beruhte. In diesem Fall wäre der Kläger zu 1) nicht verpflichtet gewesen, gegenüber der Beklagten Angaben zum dem Komplex „X“ zu machen.

Frühestens nach Kenntnis des Urteils des Landgerichts Kleve, welches ausführte, dass aufseiten der X Gelegenheit und Anlass zu einer Prüfung der Rechtspositionen der X bestand, bzw. nach einem durch die Beklagte behaupteten Zugeständnis des Klägers zu 2), dass den Klägern die fehlende rechtliche Absicherung des Grundstückserwerbs von Anfang an bekannt war, konnte die Beklagte mit hinreichender Sicherheit davon ausgehen, arglistig getäuscht worden zu sein.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, dass das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf eine Zusammenfassung des Urteils des Landgerichts Kleve enthielt. Aus dieser Zusammenfassung ergibt sich lediglich, dass nach Auffassung des Landgerichts Kleve keinerlei Aufklärungspflicht seitens der WEG verletzt wurde. Die entscheidende Aussage des landgerichtlichen Urteils, wonach vielmehr aufseiten der X die Notwendigkeit weiterer Prüfung bestand, ist nicht in der Zusammenfassung enthalten.

Die Beklagte hat auch keine Pflicht zur Nachfrage bzw. zu weiteren Nachforschungen verletzt. Zum einen hat die Beklagte umfangreich vorgetragen, entsprechende Nachforschungen angestellt zu haben. Im Übrigen hätten sich weitere konkrete Erkenntnisse der Beklagten nur aus einer Einsichtnahme in das Urteil des Landgerichts Kleve ergeben können. Eine Verpflichtung der Beklagten, dieses Urteil einzusehen, ist jedoch nicht anzunehmen, weil die Beklagte keinen Anlass für die Annahme hatte, dass sich aus diesem Urteil über den Inhalt der Zusammenfassung im Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf hinaus weitere Erkenntnisse ergeben, insbesondere, dass das Urteil die soeben benannte

zusätzliche Passage, aus der sich ein Sorgfaltsverstoß der Kläger ergibt, enthält. Eine weitere Nachforschung in Richtung des landgerichtlichen Urteils lag vielmehr eher fern, weil sich dieses ausweislich der abändernden Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf gerade als im Ergebnis unrichtig darstellte.

Infolge der wirksamen Anfechtung ist der Versicherungsvertrag zur Gänze nichtig. Die Beklagte war nicht verpflichtet, den Vertrag etwa nur in Teilen anzufechten und im Übrigen bestehen zu lassen (vgl. BGH, Urt. v. 28.10.2009 – IV ZR 140/08). Infolge der Gesamtnichtigkeit des Vertrages stehen auch dem Kläger zu 2) keinerlei Ansprüche zu, ungeachtet der Tatsache, dass er bei dem Vertragsschluss nicht beteiligt war.

2. a) Die durch die Beklagte erhobene Widerklage ist zulässig. Insbesondere steht der Zulässigkeit nicht entgegen, dass die Widerklage nur für den Fall der Klageabweisung, also bedingt, erhoben wurde. Eine solche bedingte Klageerhebung ist zulässig, da es sich um eine innerprozessuale Bedingung handelt.

b) Die Widerklage ist auch zum überwiegenden Teil begründet.

Die Beklagte hat einen **Anspruch gegen die Kläger auf Rückzahlung der an diese gezahlten Rechtsanwaltskosten in Höhe von 33.825,17 EUR**. Wegen der Unwirksamkeit des Versicherungsvertrages infolge wirksamer Anfechtung ergibt sich ein solcher Anspruch aus § 812 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. BGB.

Entgegen der Auffassung der Kläger ist die Beklagte nicht darauf beschränkt, einen solchen Rückzahlungsanspruch gegen die X und die X als Versicherungsnehmerinnen geltend zu machen. Aus dem durch die Kläger zitierten Urteil des Bundesgerichtshofs (BGHZ 122, 46 ff) ergibt sich nichts anderes. Allerdings hat der Bundesgerichtshof in diesem Urteil entschieden, dass dann, wenn ein Kaskoversicherer die Versicherungsleistung in Unkenntnis eines leistungsbefreienden Tatbestands an einen Leasinggeber zahlt, weil diesem die Rechte aus dem Versicherungsvertrag abgetreten waren und ihm ein Sicherungsschein erteilt war, sich der bereicherungsrechtliche Rückzahlungsanspruch regelmäßig gegen den Leasing- und Versicherungsnehmer richtet. Dabei hat der Bundesgerichtshof zugrunde gelegt, dass der Leasinggeber durch die Abtretung der Rechte aus dem Versicherungsvertrag die Rechtsstellung eines Versicherten i.S.d. § 75 VVG a.F. erlangt und die Versicherung dadurch zu einer solchen auf fremde Rechnung wird.

Aus diesen Ausführungen des Bundesgerichtshofs kann indes nicht abgeleitet werden, dass im Fall einer Fremdversicherung stets nur eine **Rückabwicklung „über das Dreieck“** also zunächst im Verhältnis des Versicherers zu dem Versicherungsnehmer in Betracht kommt. Der Bundesgerichtshof hat nämlich betont, dass es für den bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff entscheidend auf die tatsächlichen Zweckvorstellungen des Zahlungsempfängers und des Zuwendenden im Zeitpunkt der Leistung ankommt (BGH, a.a.O.).

In dem dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorliegenden Fall waren indes die Zuwendende und die Zahlungsempfängerin übereinstimmend davon ausgegangen, dass mit der Zahlung eine Verbindlichkeit aus dem Versicherungsvertrag gegenüber dem Versicherungsnehmer erfüllt werden sollte.

Demgegenüber stellt sich im vorliegenden Fall die erbrachte Zahlung ausschließlich als Leistung der Beklagten an die Kläger, nicht aber als Leistung an die X und die X dar. Die Parteien gingen nämlich aufgrund der Vorschrift des § 9 Ziff. 1 der AVB OLA 2001, dem zufolge die Rechte aus dem Versicherungsvertrag den versicherten Personen zustehen, davon aus, dass durch die Übernahme der Rechtsanwaltskosten ein unmittelbarer Anspruch der Kläger gegen die Beklagte erfüllt wurde. Diese Tatsache wird durch das vorliegende Verfahren bestätigt, da die Kläger auch hier eigene Ansprüche gegen die Beklagte geltend machen.

Auch der Gesichtspunkt des **Vertrauensschutzes**, den der Bundesgerichtshof in dem durch ihn zu entscheidenden Fall als weiteres Argument für eine Leistungsbeziehung zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer herangezogen hat, stützt im vorliegenden Fall die Rechtsansicht der Kläger nicht. Anders als in dem durch den Bundesgerichtshof entschiedenen Fall erfolgte die Leistung der Beklagten an die Kläger hier nicht aufgrund eines vertrauensbegründenden Verhaltens der Versicherungsnehmerinnen, sondern vielmehr aufgrund der Angaben der Kläger, die behaupteten, gerade durch eine Tochtergesellschaft der Versicherungsnehmerin unberechtigt wegen Pflichtverletzungen in Anspruch genommen zu werden. Vor diesem Hintergrund spricht der Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes also gerade für eine Rückabwicklung der Leistungen im Verhältnis der Parteien.

Schließlich unterscheidet sich der vorliegende Fall von dem durch den Bundesgerichtshof zu entscheidenden auch dadurch, dass eine Bereicherung der Versicherungsnehmerinnen durch eine Zahlung der Beklagten an die Kläger nicht ersichtlich ist. Anders als in dem durch den Bundesgerichtshof entschiedenen Fall eines Leasingverhältnisses, in dem der Versicherungsnehmer durch die Zahlung des Versicherers von einem Schadenersatzanspruch des Versicherten befreit wurde, liegt hier keine Befreiung der Versicherungsnehmerinnen von Ansprüchen der Kläger vor, weil diese ja gerade durch die X als Tochterunternehmen der Versicherungsnehmerinnen letztlich erfolgreich wegen Pflichtverletzungen in Anspruch genommen wurden.

In Höhe von weiteren 2.529,50 EUR besteht ein Anspruch nach § 812 BGB indes nur gegenüber dem Kläger zu 1), da nicht ersichtlich ist, dass auch der Kläger zu 2) insoweit Leistungsempfänger ist.

Dagegen bleibt die Widerklage ohne Erfolg, soweit die Beklagte **Ersatz von Reisekosten** in Höhe von 259,68 EUR von den Klägern verlangt. Ein entsprechender Anspruch, der nur unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes in Betracht kommt, besteht nicht.

Ein solcher Anspruch ergibt sich zum einen nicht aus **Verschulden bei Vertragsschluss**. Einem solchen Anspruch nach §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB steht bereits entgegen, dass der Vertrag nicht durch die Kläger abgeschlossen wurde, sondern durch die Versicherungsnehmerinnen, für die der Kläger zu 1) lediglich als Vertretungsorgan auftrat. Insoweit kommt aber auch ein Anspruch nach §§ 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB gegen den Kläger zu 1) nicht in Betracht, da nicht ersichtlich ist, dass dieser mehr als nur normales Verhandlungsvertrauen in Anspruch genommen hat, dass er also etwa auch ausdrücklich in eigenem Namen ein Garantieverprechen für die durch ihn abgegebenen Erklärungen abgegeben hat.

Fehlt es an einem solchen besonderen Vertrauenstatbestand, so kommt eine Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsschluss auch dann in der Regel nicht in Betracht, wenn ein Gesellschafter oder Geschäftsführer den Verhandlungspartner durch täuschendes Verhalten schädigt (*Palandt/Grüneberg, BGB, § 31 Rdnr. 65*).

Ein **Anspruch gegen die Kläger aus §§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB bzw. aus § 826 BGB** besteht ebenfalls nicht, da nicht ersichtlich ist, dass die Kläger mit der Absicht handelten, sich zulasten der Beklagten zu bereichern bzw. einen Vermögensschaden der Beklagten zu verursachen. Nach den Ausführungen zum Vorliegen einer arglistigen Täuschung waren den Klägern bei Vertragsschluss allerdings Umstände bekannt, die Grundlage von Schadenersatzansprüchen gegen sie sein könnten, sodass sie zu diesem Zeitpunkt sowie zu dem Zeitpunkt, in dem sie ihre Rechtsverteidigungskosten gegenüber der Beklagten geltend machten, eine Schädigung der Beklagten bzw. eine eigene Bereicherung durch unbegründete Versicherungsleistungen billigend in Kauf nahmen. Jedoch ist auch nach dem Vortrag der Beklagten nicht ersichtlich, dass die Kläger sicher mit ihrer erfolgreichen Inanspruchnahme durch die X und damit mit einem Schadeneintritt bei der Beklagten rechneten und ein solches Ergebnis gerade anstrebten. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass es die Kläger trotz des Urteils des Landgerichts Kleve und insbesondere nach Erlass des in ihrem Sinn ergangenen Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf noch für möglich hielten, einer Inanspruchnahme durch die X letztlich zu entgehen.

3. Soweit der Kläger zu 1) im nachgelassenen Schriftsatz vom 11.1.2001 die Klage dahingehend erweitert hat, dass er nunmehr die Freistellung von Rechtsverfolgungskosten ersetzt verlangt, die im Rahmen der Inanspruchnahme durch die X entstanden sind, so war dieser erweiterte Antrag bei der Entscheidung nicht zu berücksichtigen, da er entgegen §§ 261 Abs. 2, 297, ZPO erst nach Schluss der mündlichen Verhandlung gestellt wurde (*vgl. Zöller/Greger, ZPO, § 296a Rdnr. 2a*). Gleiches gilt für den im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 23.2.2010 enthaltenen Hilfsantrag. Ein Grund für eine Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung bestand nicht. Im Übrigen wäre die Klage nach dem Vorstehenden auch im Hinblick auf diese Klageanträge unbegründet, da mangels eines wirksamen Versicherungsvertrages eine Leistungspflicht der Beklagten dem Grunde nach nicht besteht. (...)

Steuerberaterpflichten

- Beihilfe zur Insolvenzverschleppung
- Angaben in Rentabilitätsplänen
- Berufspflichtverletzung, § 57 Abs. 1 StBerG
- Bilanzielle Verschuldung
- Insolvenzantrag

(LG Stuttgart, Urt. v. 16.7.2010 – 14 StL 3/10)

Leitsätze (d. Red.):

Der Steuerberater muss seinen Mandanten auf die Notwendigkeit der Insolvenzantragsstellung nach Eintreten entsprechender Voraussetzungen hinweisen. (Beispiele: Liquiditätsprobleme, bilanzielle Überschuldung, aussichtslose Sanierungsbemühungen). ■

Aus den Gründen:

(abgekürzt gemäß §§ 153 StBerG, 267 Abs. 4 StPO)

I. Der 48-jährige Angeschuldigte ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Seit Kurzem lebt er von seiner Familie getrennt. Er ist seit 1997 Steuerberater, seit 1999 ist er daneben noch Wirtschaftsprüfer. Seine Betätigung als Wirtschaftsprüfer übt er als selbstständiger Einzelunternehmer aus, diejenige als Steuerberater durch eine GmbH, deren Geschäftsführer und alleiniger Gesellschafter der Angeschuldigte ist. Als Geschäftsführer bezieht der Angeschuldigte ein monatliches Gehalt in Höhe von 5.000 EUR vor Steuern; durch seine Betätigung als Steuerberater verdient er weitere rund 8.000 EUR im Monat, ebenfalls vor Steuern. An seine Familie zahlt der Angeschuldigte monatlich 5.000 EUR Unterhalt.

Berufsrechtliche Vorbelastungen des Angeschuldigten sind nicht bekannt.

II. Gegenstand dieser Verurteilung ist derselbe Sachverhalt, wie er einem Strafverfahren vor dem Amtsgericht Stuttgart zugrunde lag. Der Angeschuldigte wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts Stuttgart vom 18.1.2008 – 16 Cs 154 Js 19026/055 wegen **Beihilfe zur Insolvenzverschleppung** zu der Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 60 EUR verurteilt. Der dem Urteil zugrunde liegende Sachverhalt, ergänzt um lediglich ausfüllende weitere, im berufsgerichtlichen Verfahren getroffene Feststellungen, ist folgender:

Der Angeschuldigte war seit Mitte 2001 für die ... GmbH in Stuttgart als Steuerberater tätig. Gegenstand des Unternehmens war die Vermietung von Sportgeräten und Sporträumen sowie der Betrieb einer krankengymnastischen Praxis mit angeschlossener ambulanter Rehabilitation. Die Gesellschaft unterhielt zuletzt Geschäftsräume in ... Der Geschäftsbetrieb wurde zum 31.1.2005 eingestellt.

Die ... war spätestens seit **1.8.2002 nicht mehr in der Lage, ihre fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen**. Dies war sowohl der einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführerin, der GmbH ..., als auch dem Angeschuldigten bekannt. So konn-

te die Gesellschaft die **Arbeitnehmeranteile an den Sozialversicherungsbeiträgen** ihrer Mitarbeiter zwischen Januar 2002 und Dezember 2004 mehrfach erst verspätet bzw. überhaupt nicht abführen. Bereits im Juni 2002 war die GmbH nicht in der Lage, die Miete für ihre Geschäftsräume (monatlich 18.876,46 EUR einschließlich Nebenkosten) aufzubringen. Auch im August 2002, März 2003 und August 2003 wurde die **Miete nicht vollständig entrichtet**. Im November 2003 bezahlte die Gesellschaft überhaupt keine Miete. Zwischen dem 1.10.2002 und dem 19.11.2004 ergingen insgesamt fünf Mahnbescheide gegen die Gesellschaft. Dem am 1.10.2002 zugestellten Mahnbescheid lag eine Hauptforderung vom 24.1.2002 zugrunde. Es folgten insgesamt vier Vollstreckungsbescheide. Der erste Vollstreckungsbescheid erging am 28.10.2002.

Ferner **deckte spätestens seit dem 30.6.2002 das Vermögen der GmbH nicht mehr ihre Verbindlichkeiten**. Die vom Angeschuldigten am 23.12.2002 erstellte Bilanz zum 30.6.2002 wies einen **nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag** in Höhe von 37.955,13 EUR auf. Stille Reserven waren nicht vorhanden. Die Überschuldung, die der Geschäftsführerin der GmbH aufgrund zeitnaher Buchhaltung spätestens am 1.8.2002 bekannt war, konnte auch in der Folgezeit nicht beseitigt werden. Zum 30.6.2003 erhöhte sich das negative Eigenkapital auf 45.879,79 EUR und zum 30.6.2004 auf 228.975,79 EUR. Auch diese Bilanzen stellte jeweils der Angeschuldigte auf.

Am 1.1.2005 beantragte die Geschäftsführerin der ... GmbH die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft. Das Insolvenzverfahren wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart vom 8.4.2005 wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung eröffnet und Rechtsanwalt ... zum Insolvenzverwalter bestellt (3 IN 113/05).

Während des gesamten Zeitraums der Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung wurde die ... GmbH durch den Angeschuldigten beraten. Ihm waren die wirtschaftlichen Verhältnisse der GmbH von Anfang an genau bekannt. Dennoch unterstützte er die Geschäftsführerin der Gesellschaft wesentlich und willentlich dabei, die spätestens Ende August 2002 gebotene Stellung des Insolvenzantrags hinauszuzögern, indem er nach der Kündigung des Mietvertrages über die Geschäftsräume durch die ... GmbH zumindest ab Juli 2004 über mindestens sechs Monate hinweg selbst **mit der Vermieterin Vergleichsverhandlungen führte** und der Geschäftsleitung der ... GmbH bei ihren – wie er wusste – **aussichtslosen Sanierungsbemühungen beratend zur Seite stand**.

Am 3.2.2004 erklärte die Vermieterin der ... GmbH, die ... GmbH, die Kündigung des Mietvertrages über die Geschäftsräume. Der Angeschuldigte sicherte der Vermieterin daraufhin bereits im Frühjahr 2004 bewusst wahrheitswidrig zu, dass die finanziellen Probleme der GmbH allein auf den hohen Renovierungskosten beim Einzug beruhten, während der laufende Geschäftsbetrieb kostendeckend sei und Gewinn abwerfe. Hierzu legte er am 10.12.2004 einen von ihm erstellten **Rentabilitäts- und Liquiditätsplan** für das Jahr

2005 vor, um die Vermieterin zur Fortführung des Mietverhältnisses zu bewegen. Darin führte er nicht nur die – der Vermieterin bekannten – Mietrückstände (ca. 182.000 EUR Kaltmiete und ca. 73.000 EUR Mietnebenkosten) und Darlehensverbindlichkeiten (ca. 118.000 EUR aus der Übernahme von Renovierungskosten) nicht auf, sondern **verschwieß bewusst weitere Altverbindlichkeiten** der ... GmbH und die darauf entfallenden, mit den Gläubigern vereinbarten, Tilgungsraten. Ferner unterließ er es, auf die bestehenden Rückstände bei den Sozialversicherungsträgern und weitere Zahlungsrückstände hinzuweisen.

Jedenfalls auch aufgrund des vorgelegten Rentabilitäts- und Liquiditätsplans entschloss sich die Vermieterin der Gesellschaft zur Fortführung des Mietverhältnisses. Die Miete für Dezember 2004 wurde von der GmbH verspätet geleistet. Mangels Liquidität konnte die Gesellschaft die Miete für Januar 2005 nicht bezahlen.

Der Angeschuldigte hat damit – neben der strafrechtlichen Ahndung als Beihilfe zur Insolvenzverfahrensverhinderung – eine Berufspflichtverletzung nach § 57 Abs. 1 und Abs. 2 StBerG begangen.

Es gehört zu den Berufspflichten eines gewissenhaften Steuerberaters, **seinen Mandanten auf die Notwendigkeit der Insolvenzantragstellung bei Eintreten der entsprechenden Voraussetzungen hinzuweisen**. Ein Verstoß hiergegen stellt jedenfalls dann eine Berufspflichtverletzung i.S.d. § 57 Abs. 1 StBerG dar, wenn die berufliche Fehlleistung auf Vorsatz, grobem Verschulden oder auf einem allgemein gleichgültigen Verhalten gegenüber den Berufspflichten beruht. Davon ist vorliegend angesichts des zeitlichen Ablaufs auszugehen.

Gleichermaßen ist der Steuerberater bei seiner beruflichen Tätigkeit verpflichtet, bei der Erstellung von Plänen vollständige und wahrheitsgemäße Angaben zu machen und nicht bewusst falsche Zahlen zu präsentieren.

Angesichts des erheblichen Zeitraums, während dessen der Angeschuldigte es unterließ, die Geschäftsführerin der von ihm beratenen GmbH auf die Notwendigkeit der Stellung des Insolvenzantrags hinzuweisen, besteht die Notwendigkeit, über die strafrechtlichen Folgen hinaus eine berufrechtliche Maßnahme festzusetzen, und damit ein disziplinarischer Überhang i.S.d. § 92 StBerG.

IV. Bei der bisherigen Unauffälligkeit des Angeschuldigten mit beruflichen Verfehlungen, dem seit den abzuurteilenden Pflichtverletzungen verstrichenen Zeitraum, der bereits erfolgten Ahndung durch ein Strafgericht sowie dem Umstand, dass der Angeschuldigte sein Fehlverhalten annimmt und die Konsequenzen dafür zu tragen bereit ist, andererseits mit Blick auf das Maß der dem Angeschuldigten anzulastenden Pflichtwidrigkeit, die dem Kernbereich des Pflichtenkreises eines Steuerberaters zuzuordnen ist, erschienen ein Verweis sowie eine Geldbuße in Höhe von 3.500 EUR ausreichend, aber auch zur hinreichenden Ahndung der dem Angeschuldigten anzulastenden Pflichtvergessenheit erforderlich. (...) ■

GI Leitsätze

Anwaltshonorar / Stundenhonorar / Überflüssiger Aufwand / Ungeklärte Bearbeitungszeiten

1. Ist mit Stundenhonorar abgerechneter Zeitaufwand teilweise überflüssig oder nicht nachweislich angefallen, so geht dies zulasten des Rechtsanwalts und seine Kostenrechnung ist entsprechend zu kürzen.

2. Ungeklärte Bearbeitungszeiten geben nur dann Anlass, den gesamten aufgezeichneten Zeitaufwand anzuzweifeln, wenn wegen der Häufung von Unrichtigkeiten und Ungeheimtheiten von betrügerischem Handeln des Rechtsanwalts auszugehen ist.

(*OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.6.2011 – I-24 U 183/05*) ■

Anwaltshonorar / Verrechnungsvereinbarung

1. Eine Verrechnungsvereinbarung zwischen Rechtsanwalt und Mandanten über nach gesetzlichen Gebühren ausgestellte Kostenrechnungen stellt einen Vergleich oder ein selbstständiges Schuldanerkenntnis, nicht aber eine Honorarvereinbarung dar.

2. Eine einzige gebührenrechtliche Angelegenheit liegt vor, wenn die in Auftrag gegebene Geschäftstätigkeit des Rechtsanwalts einen einheitlichen Lebensvorgang betrifft.

(*OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.12.2010 – 24 U 96/10*) ■

Dienstvertrag / Werkvertrag / Anwaltliche Schlechtleistung

Der Auftraggeber eines Rechtsanwalts kann den aus einem Anwaltsdienstvertrag entstandenen anwaltlichen Vergütungsanspruch nicht kraft Gesetzes wegen mangelhafter Dienstleistung kürzen; denn das Dienstvertragsrecht kennt keine Gewährleistung.

(*OLG Düsseldorf, Beschl. v. 18.10.2011 – I-24 U 50/10*) ■

GI Literatur-Ecke

Haftungs- und Versicherungsfragen 2010/2011

Fischer: Die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Haftung des Beraters in den Jahren 2009 bis 2011, *DB 2011, 1919*

Gahle: Sozialversicherungsrechtliche Statusfeststellung – Haftungsrisiken des Steuerberaters, *DB 2011, 1622*

Geipel: Brennpunkte des Zivilprozesses und Reaktionsmöglichkeiten auf gerichtliche Fehler, *MDR 2011, 336*

Hellwig: Haftpflichtversicherung statt Handelndenhaftung bei der Partnerschaftsgesellschaft, *NJW 2011, 1557*

Luckey: Zeitpunkt des „Einschlafens“ von verjährungshemmenden Verhandlungen, *VersR 2011, 894*

Matz/Henkel: Zur Dritthaftung sowie Pflichtenstellung von Mehrfachberuflern und gemischten Sozietäten der rechts- und steuerberatenden Berufe, *VersR 2010, 1406*

Meixner: Schadenersatzpflicht wegen Verhängung einer Geldbuße, *Stbg 2011, 176*

Peetz: Haftpflichtversicherungsbeiträge und Arbeitslohn, *DStZ 2011, 413*

Schneider: Anwaltlicher Rat zu unternehmerischen Entscheidungen bei Rechtsunsicherheit, *DB 2011, 99*

Seibt/Wollenschläger: Dritthaftung des Abschlussprüfers kapitalorientierter Unternehmen, *DB 2011, 1378*

Seichter: Anwaltshaftung bei mehrfacher Beratung („Mega-Kasten-Gewinnspiel“), *jurisPR-WettbR 7/2011 Anm. 4*

Sommer/Treptow/Dietlmeier: Haftung für Berufsfehler nach Umwandlung einer Freiberufler-GbR in eine Partnerschaftsgesellschaft, *NJW 2011, 1551*

Zenzen: Die Bindungswirkung eines Versäumnisurteils im Deckungsprozess und zum Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater in den Fällen des § 164 AO, *VersR 2011, 522*

Ihr Navi im Verkehrsrecht.

Dieses Anwalts-Handbuch ist der Leitfaden für die sichere und wirtschaftliche Bearbeitung jedes verkehrsrechtlichen Mandats. Erläutert es Ihnen doch alle wesentlichen Aspekte der vielen unterschiedlichen Rechtsgebiete, aus denen das Verkehrsrecht besteht, mit allen spezifischen Einzelfragen in einem einzigen Band.

Wie alle Werke der erfolgreichen Handbuch-Reihe aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt wurde auch dieses von erfahrenen Praktikern konzipiert, die die gesamte Materie durchgehend



van Bühren/Jahnke/Lemcke (Hrsg.) **Anwalts-Handbuch Verkehrsrecht** Herausgegeben von RA Dr. Hubert van Bühren, RA Jürgen Jahnke, RA Hermann Lemcke. Bearbeitet von sechs erfahrenen Praktikern des Verkehrsrechts. 2., überarbeitete Auflage 2011, rd. 1.200 Seiten Lexikonformat, gbd. 99,- €. ISBN 978-3-504-18060-7

aus Sicht des praktizierenden Anwalts behandeln – vom ersten Gespräch bis zur Gebührenabrechnung.

Neben umfangreicher Kasuistik geben sie Ihnen immer wieder praktische Beispiele, Muster für zwingende Schriftsätze, Checklisten und jede Menge Tipps zum richtigen Vorgehen im Einzelfall an die Hand. Alles auf neuestem Stand natürlich.

Anwalts-Handbuch Verkehrsrecht. Gas geben, schnell bestellen! Leseprobe?

www.otto-schmidt.de

----- **Bestellschein** ausfüllen und faxen **(02 21) 9 37 38-9 43** -----

☒ Ja, ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht van Bühren/Jahnke/Lemcke (Hrsg.) **Anwalts-Handbuch Verkehrsrecht** 2. Auflage, gbd. 99,- € plus Versandkosten. ISBN 978-3-504-18060-7

Name

Straße

PLZ

Ort

Telefon

Fax

Datum

Unterschrift

09/11

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt • Postfach 51 10 26 • 50946 Köln

GI Service

Beilage

Die Oktober-Ausgabe der GI enthält eine weitere Ausgabe von GI service – unser Kundenmagazin mit aktuellen Themen zu Versicherungen, Berufsrecht und dem gewohnten Blick auf aktuelle Haftungsrechtsprechung für Steuerberater und Rechtsanwälte.

Neben einem kurzen Beitrag zur Kfz-Versicherung beschäftigt sich Rafael Meixner – einer unserer beiden Chefredakteure – mit der Fragestellung, inwieweit sich der Steuerberater in Anbetracht der Vielzahl der beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren über diese informieren muss. Und was passiert, wenn er ein anhängiges Verfahren übersehen hat. Fragestellungen, die den Berufsträger bei der Menge der rechtlichen Problemstellungen im normalen Beratungsalltag immer wieder einholen.

Ein weiterer Kurzbeitrag zur betrieblichen Altersversorgung informiert darüber, was Arbeitgeber und Steuerberater für ihre Mandanten im Versorgungsausgleich beachten müssen. Daneben finden Sie weitere interessante Informationen und Kurzmeldungen rund um den Berufsstand.

Nutzen Sie auch weiterhin unseren Downloadbereich unter www.hdi-gerling.de/giservice

Service-Fax

(0511) 645 111 3909

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI-Gerling steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI-Gerling gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe - ISSN 1430-550 X

Herausgeber

HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG
Marion Mahlstedt, Riethorst 2, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3909

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht (verantwortlich für den Inhalt)
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3909

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen



Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt